

NACHRICHTEN

16. MAI 1975
Freie Universität Berlin
BIBLIOTHEK

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTS-SPIEGEL • INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt/M., April 1975

Einzelpreis 2,50 DM

XV. Jahrgang

D 21 395 E

4/75

Aus dem Inhalt:

DGB-Konferenzen
für kämpferischen 1. Mai 2

Voller Lohnausgleich bei
Kurzarbeit:
So wehrt man Krisenfolgen ab 5

Bundeshaushalt 1975: Rekord
bei Rüstung und Schulden 8

Die Verleger müssen spüren, daß
wir es bitter ernst meinen /
Gespräch mit Fritz Gent, Landes-
bezirksvorsitzenden der
IG Druck und Papier
Anträge zum DGB-Kongreß
fordern: Konzertierte Aktion
verlassen! 12

Maiaufruf 1975 des DGB

CDU CSU-Politiker diffamieren
gewerkschaftliche Kontakte / Von
Christian Götz, Leiter der
HBV-Pressestelle

Dokumente der ersten
Europäischen
Gewerkschaftskonferenz

Pressestimmen 13-20

IG Druck und Papier stellt
Programm-Entwurf zur Diskussion 21

Vertreterversammlung der GEW
mit widersprüchlichen Aussagen 22

Arbeitslose und Gewerkschaften
haben die gleichen Interessen 25

CDU-Berufsbildungskongreß
für „Lehrlingskopfpämie“ 26

Vordringlich ist die Verbesserung
der sozialen Sicherung der Frau 27

Europäische
Gewerkschaftskonferenz fördert
die Zusammenarbeit / Interview
mit Pierre Gensous, WGB-
Generalsekretär 29

Der DGB hat den 1. Mai unter das Motto gestellt „Arbeitnehmer kämpfen um ihre Rechte — Sichere Arbeitsplätze — Gerechtigkeit — Starke Gewerkschaften — DGB! — Internationales Jahr der Frau“. Für die Arbeiterbewegung der Bundesrepublik kommt es an diesem 1. Mai darauf an zu zeigen, daß sie nicht bereit ist, die Folgen der Krise auf ihre Schultern abwälzen zu lassen.

Der 1. Mai 1975 steht im Zeichen des Kampfes der Arbeiter und Angestellten um sichere Arbeitsplätze. Mehr als 1,2 Millionen Arbeitslose und fast 1 Million Kurzarbeiter bringen Sorgen in viele Familien. In den Betrieben nutzen die Unternehmer die wachsende Existenzunsicherheit aus, um die Antreiberei zu erhöhen und über-tarifliche Lohnbestandteile abzubauen. Die Verteidigung der Arbeitsplätze und eine aktive Lohnpolitik sind daher wichtige gewerkschaftliche Aufgaben. Nach wie vor wird den Arbeitern, Angestellten und Beamten eine wirksame Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb und in der Gesellschaft verweigert. Der vorliegende Ge-setzentwurf zur Mitbestimmung ist für die Gewerkschaften unannehmbar, wie auch

der Entwurf des Berufsbildungsgeset-
zes unzumutbar ist. Starke politische
Kräfte in unserem Lande um den CSU-
Vorsitzenden Strauß verstärken ihre
Angriffe gegen Entspannung und Ver-
ständigung. Sie wollen die Krise nut-
zen, um die politische Entwicklung in
der Bundesrepublik weiter nach rechts
zu drücken. Weil die Arbeiterklasse
freiwillig nicht bereit ist, Opfer im In-
teresse derer zu bringen, die für die
Krise verantwortlich sind, wollen
Strauß und seine Freunde eine Linken-
hatz betreiben und „bis zum Rest die-
ses Jahrhunderts aufräumen“. Der

1. Mai: Kampf um Rechte der Arbeiterklasse

1. Mai wird aus diesem Grunde auch im Zeichen des Kampfes gegen diese gefähr-
liche Rechtsentwicklung stehen müssen.

Gerade im Internationalen Jahr der Frau wird den Interessen der berufstätigen Mäd-
chen und Frauen stärkere Bedeutung geschenkt und insbesondere die alte gewerk-
schaftliche Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit hervorgehoben
werden. Der 1. Mai ist ein Tag der internationalen Solidarität. Die Arbeiterklasse der
ganzen Welt, vor allem die der westeuropäischen Länder, muß sich im Kampf gegen
die Macht der nationalen und multinationalen Konzerne zusammenfinden.

Nur wenn die Gewerkschaften auch über die notwendige organisatorische Stärke ver-
fügen, sind gewerkschaftliche Aufgaben durchsetzbar. Es ist daher unumgänglich,
daß sich noch mehr Arbeiter, Angestellte und Beamte in den jetzt fast 7,5 Millionen
zählenden Gewerkschaften organisieren und solidarisch handeln. Der DGB stellt in
seinem Mai-Aufruf 1975 fest, daß nur der Zusammenschluß in Einheitsgewerkschaf-
ten in parteipolitischer und weltanschaulicher Unabhängigkeit die Mächtigen der
Gesellschaft in ihre Schranken weisen kann. Sicherlich werden die Themen des
1. Mai auch auf dem 10. ordentlichen DGB-Bundeskongreß eine wesentliche Rolle
spielen.

-fer

DGB-Konferenzen für kämpferischen 1. Mai

Wie kaum zuvor, standen die Vorbereitungen zum 1. Mai im Mittelpunkt der Bemühungen zahlreicher gewerkschaftlicher Gremien. Auf den DGB-Landesbezirkskonferenzen in Hessen, Nordmark und Rheinland-Pfalz sowie auf der 9. DGB-Bundesjugendkonferenz wurden spezielle Anträge und Entschlüsse angenommen. Auch zahlreiche DGB-Kreise und Ortskartelle haben entsprechende Beschlüsse gefaßt.

Die 10. DGB-Landesbezirkskonferenz Rheinland-Pfalz stellt in einem Antrag fest, daß der 1. Mai als Kampftag der Arbeiter, Angestellten und Beamten für die Durchsetzung ihrer Interessen von unverminderter Bedeutung sei. Er müsse „künftig noch stärker als in den vergangenen Jahren genutzt werden, um die Position der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen unserer Zeit sichtbar und verständlich zu machen“.

Die Delegierten der DGB-Landesbezirkskonferenz Hessen forderten den DGB-Bundesvorstand auf, dafür zu sorgen, daß bereits für die Veranstaltungen zum 1. Mai 1975 wieder ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um DGB-Kundgebungen und Demonstrationen durchführen zu können, die der politischen Bedeutung des DGB und seinen Forderungen im gesellschaftspolitischen Raum gerecht werden. Es sei zu berücksichtigen, daß in den Parolen und Redediskussionen des DGB die kämpferische Bedeutung dieses Tages eindeutig zum Ausdruck komme. Die 1.-Mai-Veranstaltungen dürften nicht entpolitisiert werden und zu akademischen Feierstunden herabsinken.

Der DGB Nordmark verpflichtete den DGB-Landesbezirksvorstand, in den Kreisen des Landesbezirks zum 1. Mai die traditionellen Kampfformen, Demonstration und Kundgebung unter freiem Himmel, zu unterstützen. In der Begründung wird hervorgehoben, daß der 1. Mai als internationaler Kampftag der Arbeiterbewegung von großer Bedeutung und ein jährlicher Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital sei, an dem die Arbeiter für ihre aktuellen und grundlegenden Interessen kämpfen. Angesichts der inflationären Preissteigerungen, des Angriffs der Unternehmer auf die Reallöhne, der steigenden Steuerbelastungen, der wachsenden Arbeitsplatzunsicherheit und Arbeitsethete steige die Bereitschaft der Arbeiter, Angestellten und Beamten, für die Durchsetzung ihrer Interessen die traditionellen Kampfformen neu zu beleben.

Auf der 9. DGB-Bundesjugendkonferenz wurden die Gremien der DGB-Gewerkschaften und der DGB-Bundesvorstand aufgefordert, dafür zu sorgen, daß in den einzelnen DGB-Kreisen wieder die kämpferische 1.-Mai-Kundgebung durchgeführt werden. Zur finanziellen Absicherung solle der Verkauf von Mai-Plaketten dienen. Die Gewerkschaften und Industriegewerkschaften werden aufgefordert, alle aktiven Gewerkschafter aus Betrieben und Verwaltungen stärker an der Vorbereitung und Durchführung des 1. Mai zu beteiligen.

In weiten Teilen der Bundesrepublik haben diese gewerkschaftlichen Beschlüsse einen positiven Widerhall gefunden. In Hamburg wird zum erstenmal seit Jahren wieder eine offizielle DGB-Demonstration durchgeführt, die vom Bahnhof Hasselbrook zum Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof zieht, vor dem dann die abschließende Kundgebung stattfindet, auf der der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, Bundesfinanzminister Apel und die Betriebsräte Pischner sprechen werden. Die Veranstaltung wird vom DGB-Kreisjugendausschuß vorbereitet. In einem Rundschreiben wurden die Einzelgewerkschaften aufgerufen, in den Betrieben möglichst viele Teilnehmer zu gewinnen. 4000 Plakate sollen für die 1.-Mai-Veranstaltung werben. Zur Finanzierung sollen 50 000 Mai-Abzeichen verkauft werden.

In Frankfurt/Main führen die Gewerkschaften eine Demonstration vom Opernplatz zum Römer durch. Auf der Abschlußkundgebung spricht der stellvertretende DGB-Landesvorsitzende, Jochen Richert. Der DGB beabsichtigt, mit Informationsständen und anderen gewerkschaftlichen Veranstaltungen am 1. Mai die Bevölkerung mit den gewerkschaftlichen Anliegen vertraut zu machen. In Nürnberg findet auf dem Kornmarkt eine Mai-Kundgebung statt, zu der Demonstrationen aus drei verschiedenen Richtungen ziehen. Für die DGB-Kundgebung in München ist der Königsplatz vorgesehen. Anschließend beginnt von hier aus die Demonstration. Am Vorabend des 1. Mai findet

eine Veranstaltung der Gewerkschaftsjugend statt.

Auch in vielen anderen Städten, wie Mainz und Karlsruhe, wird demonstriert, während in Mannheim in diesem Jahr keine Demonstration stattfindet und lediglich eine Kundgebung im Eisstadion durchgeführt wird. In Bremen wird ebenfalls nicht demonstriert. Es findet eine Kundgebung auf dem Marktplatz statt, auf der der DGB-Vorsitzende von Niedersachsen, Drescher, sprechen wird. H. Sch.

GLOSSE

Geldsack-Solidarität

Nun geht's los. Die Gewinne sprudeln wieder öffentlich. Denn die dicken Brocken der Tarifbewegung dieses Jahres mit den dürftigen Abschlüssen sind über die Bühne: 6,8 Prozent in der Metallindustrie, 6 Prozent im öffentlichen Dienst, 6,6 Prozent für Bauarbeiter usw.

Jetzt kann man wieder fettige Schlagzeilen lesen, daß manchem das Profitwasser im nimmersatten Maul zusammenläuft. Allein in der Springer-„Welt“ vom 26. März: „Metallgesellschaft hat glänzend verdient“, „Bremer Vulkan speit Gewinne“, „VEW stockt Kapital auf“, „Oldenburgische Landesbank schüttet 16 Prozent aus“, „Commerzbank zahlt 17 Prozent“, „Wieder mehr Autos verkauft“, „Bayerische Vereinsbank füllt das Sparschwein“.

Das mag für den Tag genügen. Denn am nächsten geht's so weiter. Für Großunternehmer ist nun auch bei Licht das Jammertal zu Ende. Wir erinnern uns: Vor wenigen Wochen, als um höhere Löhne gerungen wurde, klagten nicht nur die Unternehmerfunktionäre ihr garstig Lied. Auch die Minister und ihre Bonner Parteien sangen mit – den Untergangssong. Wegen der Gewerkschaftsforderungen. Das war die Goldsack-Solidarität.

Und nun geht's los. Auch in Bonn. Die 6,5-Prozent-Abschlüsse für die Arbeiter sind geritzt. Jetzt kommen die 6,5-Prozent-Abschlüsse für Abgeordnete. Gleich nach den Sommerferien, so kündigte Bundestagspräsidentin Renner am 25. März an, würden die Diäten der Abgeordneten um 6,5 Prozent erhöht. Sie sollen nämlich fortan Steuern zahlen. Und unterm Strich bleibt natürlich ein fatter Happen.

Die Dreckarbeit gegen gewerkschaftliche Tarifpolitik ist geleistet. Nun kann man Kasse machen. Der Konzern – und sein Volksvertreter. okolus

Internationale Proteste

Die Tatsache, daß in der Bundesrepublik zunehmend auch SPD- und FDP-Mitglieder von den Berufsverboten betroffen sind, hat eine neue starke und breite Solidaritäts- und Protestwelle ausgelöst. Gegen die Nichteinstellung von Prof. Narr (SPD) an der TH Hannover aufgrund seines politischen Engagements gegen die Notstandsgesetze und den Vietnamkrieg haben zahlreiche niedersächsische, hessische und Bremer Professoren protestiert. In Oldenburg kämpft der SPD-Unterbezirksvorstand dagegen, daß 13 Absolventen der Universität Oldenburg, die Mitglieder der SPD sind, nicht in den Schuldienst eingestellt werden sollen.

Auch die Bundeskongresse der Jungsozialisten in Wiesbaden und der Jungdemokraten in Lahnstein bekräftigten noch einmal die ablehnende Haltung ihrer Organisationen gegen die Berufsverbote. In einer umfangreichen Stellungnahme hat der GEW-Landesvorstand Bayern gegen die Berufsverbote Stellung bezogen.

Zugenommen haben vor allem auch die internationalen Proteste. In einem Antwortbrief an drei vom Berufsverbot betroffene Lehrerinnen hat UNO-Generalsekretär Waldheim sein „großes Verständnis“ für deren Anliegen ausgesprochen. Eine Gruppe von Abgeordneten des Europa-Parlaments hat eine Anfrage an die EG-Kommission gerichtet und darauf hingewiesen, daß die schwere Verletzung der Menschenrechte nicht nur Gegenstand berechtigter Empörung in der BRD, sondern in der gesamten Weltöffentlichkeit sei.

An der Universität in Amsterdam ist ein niederländisches Aktionskomitee gegen die Berufsverbote in der BRD gegründet worden. Am 7. Juni wird der „Zentrale Arbeitsausschuß gegen Berufsverbote“ in Bonn ein internationales Hearing zu der verfassungswidrigen Berufsverbotspraxis durchführen. D.

Mahnung zum 30. Jahrestag

Mit einer großen zentralen Kundgebung und anschließenden Demonstration am 10. Mai in Frankfurt, zu der neben zahlreichen Persönlichkeiten auch führende Gewerkschaftsfunktionäre aufgerufen haben, wird in der Bundesrepublik der 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus begangen. Wenn in dem Aufruf betont wird, daß diese „30 Jahre Kampf um ein Europa des Frie-

dens“ waren, dann haben die Gewerkschafter der Bundesrepublik maßgeblichen Anteil.

Dennoch bleibt viel zu tun. Nach wie vor erweist sich die Erfüllung der 1945 gestellten Hauptaufgabe der Gewerkschafter besonders vordringlich: die Beseitigung der Macht der Konzerne als Hauptwurzel des Faschismus. Chile mahnt. Mittel, um die Macht der Konzerne einzuschränken, sind die paritätische Mitbestimmung sowie die Investitionslenkung und -kontrolle.

Und um mit Bertolt Brecht zu sprechen – „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“, sei in diesem Zusammenhang an die zunehmende Rechtsentwicklung erinnert. Dafür sind nicht nur die Sonthofener Tiraden des CSU-Chefs Strauß und die scharfmacherischen Ausführungen des hessischen CDU-Vorsitzenden Dregger, sondern auch die von der Bundesregierung praktizierten Berufsverbote im öffentlichen Dienst ein Signal. Der Zeitschrift der IG Metall (1. April-Ausgabe) ist zuzustimmen, wenn sie schreibt: „Und wenn für Strauß, wie er sagt, die Europäer total degeneriert (früher hieß es gut deutsch entartet) sind und Deutschland wieder der ‚Stabilitätsfaktor in Europa werden soll – wirtschaftlich, gesellschaftlich und vor allem militärisch, dann kann man sich ausrechnen, wohin die Reise gehen wird. Schon einmal sollte am ‚deutschen Wesen die Welt genesen‘.“

Mehr denn je kommt es darauf an, den Anfängen zu wehren. Gerade dabei haben die Gewerkschaften gemeinsam mit allen demokratischen Kräften ihre Aufgabe. Daran sollte dieser 30. Jahrestag erinnern. gim

Arbeiterseminar '75 am 7. und 8. Juni

Entgegen der bisherigen Mitteilung findet das für den 14. und 15. Juni vorgesehene Arbeiterseminar '75 der Redaktion NACHRICHTEN bereits am 7. und 8. Juni 1975 im Terrassensaal des Hauses der Jugend in Frankfurt/M. statt. Für die Vorverlegung waren technische Gründe maßgebend, da an dem ursprünglich vorgesehenen Termin in Frankfurt/M. der Evangelische Kirchentag stattfindet.

Nichts verändert hat sich an der Thematik des Arbeiterseminars. Herausgeber und Redaktion konnten als Referenten zu dem Thema „Investitionen – Konzerne – Kontrolle“ den Gewerkschafter Manfred Balder gewinnen. Rechtzeitig vor dem 7. und 8. Juni wird Manfred Balder Thesen zu seinem Referat vorlegen.

Reaktionäre

Anarchismus und geistiger Terrorismus erheben in der Bundesrepublik immer frecher ihr Haupt. Ob die Lorenz-Entführung oder die Strauß-Rede von Sonthofen – beides hat ein und dieselben Wirkungen: die Aufputschung von Emotionen auf der nationalistischen Welle, die Weckung faschistoider „Ordnungs“-Vorstellungen, die Etablierung des krisengeschüttelten Kapitalismus.

Und das ist offenkundig auch die Absicht von tätigen und geistigen Terroristen. Bei Strauß ist das keine Frage; seine Innigkeit mit dem großen Kapital ist mehr als platonisch. Mit den Anarchisten dagegen ist das nicht so simpel. Sie beteuern lauthals, die revolutionärsten Revolutionäre für die handstreichartige Überwindung des kapitalistischen Systems zu sein, aber sie tun stets nur, was eben diesem System zum Weiterleben verhilft.

Als Bismarck 1878 die damals marxistisch orientierte Sozialdemokratie über den Kopf zu wachsen drohte, leisteten ihm Anarchisten den Liebesdienst eines Attentats auf den Kaiser. Heraus kam das Sozialistengesetz zur Unterdrückung der sozialistischen Arbeiterbewegung. Als der Kapitalismus Anfang der 30er Jahre in Deutschland nicht mehr weiter wußte und die kommunistische und sozialdemokratische Bewegung lawinenartig anwuchs, dingte Hermann Göring einen Anarchisten, der den Reichstag in Brand steckte als Signal der Nazis für ihren Mord- und Terrorfeldzug gegen die Arbeiterbewegung.

Heute kann der abermals in Schwierigkeiten geratene deutsche Kapitalismus nicht so ohne weiteres auf den Faschismus als die „rettende“ Herrschaftsform zurückgreifen: Er ist durch Hitler, Mussolini und Franco in Europa gründlich als unmenschlich vorerzogen worden und die Arbeiterbewegung ist gegen ihn hellwach. So sind es wiederum Anarchisten, die dem Kapital zu Hilfe kommen mit Aktionen, die seinen reaktionärsten Vertretern wie Strauß, Dregger und anderen wie gerufen kommen und das Odium von „starken Männern“ in der „Stunde der Not“ verschaffen.

Dem Staat geben die Anarchisten-Aktionen den Vorwand, das an Demokratie Vorhandene weiter einzuzengen und durch polizeistaatliche Mittel zu ersetzen um sie gegen die wirkliche linke, demokratische und sozialistische Bewegung anzuwenden, die allein echte politische Alternativen zu bieten vermag. Das gilt es zu durchschauen; dieses gefährliche Spiel kann nur die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften gründlich verderben. Sb.

Unternehmer wollen Abschlüsse noch weiter nach unten drücken

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Schleyer, ließ verlauten, daß die Unternehmer mit den bisherigen Lohnabschlüssen äußerst zufrieden sind. Sie brachten in der Regel allenfalls eine Stagnation der Reallohne, für große Teile der Arbeiterklasse jedoch bereits deren Sinken. Die Unternehmerverbände begnügen sich jedoch keinesfalls damit. Schleyer meinte, daß es dringend geboten sei, daß die Unternehmer in den noch ausstehenden Verhandlungen die erreichten Ergebnisse keinesfalls überschreiten. Aus allen Unternehmerpublikationen geht hervor, daß die Unternehmerstrategie nicht nur darauf gerichtet ist, für 1975 einen Reallohnstopp durchzusetzen, sondern daß sie dies auch in den nächsten Jahren vorhaben.

Die Unternehmer haben unter Schleyer ihre Kräfte in einem bisher nicht gekannten Umfang konzentriert. Die Gewerkschaften werden sich darauf einstellen müssen, daß auch bei den kommenden Lohnrunden heftiger Widerstand der Unternehmer gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten sowie ihrer Gewerkschaften zu erwarten ist.

Bei den Verhandlungen in der Textil- und Bekleidungsindustrie Westfalens sind die Unternehmer, erstmals in diesem Bereich, unter Beteiligung auch der anderen Regionalverbände in die Verhandlungen eingetreten. Sie weigerten sich, ein Angebot vorzulegen. Die Banken ließen die Verhandlungen mit der Gewerkschaft HBV scheitern, weil diese sich nicht auf ein 6,5-Prozent-Lohnstopp einlassen wollte. Um die gewerkschaftliche Kampfkraft zu lähmen, zahlen die Banken ohne vertragliche Vereinbarung ab 1. März 1975 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Eine solche Verhaltensweise der Unternehmer wirft viele Fragen auf, so z. B., ob es in einer solchen Situation überhaupt noch zweckmäßig ist, einen Tarifvertrag abzuschließen oder aber den tariflosen Zustand fortbestehen zu lassen und sich alle Wege offen zu lassen, in einem günstigen Zeitpunkt die Unternehmerrepression zu durchbrechen. Wie wir aus Kreisen der Gewerkschaft HBV erfahren, will sie durch Aktionen das Unternehmersdiktat verhindern.

Die Unternehmer gehen dazu über, in breitem Umfang die tariflichen Lohnerhöhungen auf übertarifliche Verdiensteilbestandteile teilweise oder ganz anzurechnen, vor allem im Metallbereich, in dem es aus diesem Grunde zu mehreren Streiks kam. Aber auch in der Bauindustrie findet man ähnliche Erscheinungen. Insbesondere im Stuck- und Putzbereich werden übertarifliche Zulagen gestrichen und in vielen Fällen sogar Tariflöhne willkürlich gekürzt. Auch in der Druckindustrie haben die Unter-

nehmerverbände in Rundschreiben an ihre Mitgliedsfirmen auf die Möglichkeit verwiesen, Tariflohn erhöhungen mit übertariflichen Zahlungen zu verrechnen. Hier zeigt sich einmal mehr, daß tariflich nicht gesicherte Zulagen den Manövrierraum der Unternehmer erweitern.

Die Gewerkschaften haben sich auf den Konfrontationskurs der Unternehmer noch völlig ungenügend eingestellt. In ihrer überwiegenden Mehrheit verzichten sie bisher noch auf eine umfassende Mobilisierung der Mitgliedschaft. Die Tarifbewegungen werden nicht offensiv geführt und die Hauptlast den Tarifkommissionen aufgebürdet, die aber nur dann positive Ergebnisse in Verhandlungen erzielen können, wenn sie sich auf kämpferische Belegschaften stützen können. Die IG Chemie-Papier-Keramik kündigte zwar termingerecht die Tarifverträge in den drei großen Tarifbereichen der chemischen Industrie Nordrhein, Hessen und Rheinland-Pfalz, ohne jedoch schon eine Forderung zu nennen. Andere Gewerkschaften, wie die IG Bergbau und Energie, die Gewerkschaften Textil-Bekleidung und die IG Druck und Papier, stellten Forderungen zwischen 9 und 10 Prozent auf, die andeuten, daß sie sich mit Abschlüssen zufriedengeben könnten, die lediglich in der Nähe der Preissteigerungsrate liegen werden.

Den Bestrebungen der Unternehmer, Tariflohn erhöhungen mit übertariflichen Lohnzahlungen zu verrechnen, kann mit Betriebsvereinbarungen entgegen gewirkt werden, in denen festgelegt wird, daß übertarifliche Zulagen selbständige Zulagen zu den jeweiligen Tarifbezügen sind und von den Tarifbezügen getrennt ausgewiesen werden müssen.

Im Zusammenhang mit der Lohnbewegung in der Druckindustrie gibt es wiederum eine Diskussion über die Art der zu stellenden Forderung. Stärker als

zuvor wurden Forderungen nach einem einheitlichen Geldbetrag erhoben. Ob Tarifabschlüsse in festen DM-Beträgen, Sockelbeträgen und Prozenten oder Prozenterhöhungen erfolgen, ist keine Frage des Prinzips, sondern der Zweckmäßigkeit. Bei jeder Lohnbewegung wird zu prüfen sein, welche Forderung am ehesten geeignet ist, eine umfassende Mobilisierung der Belegschaften zu erreichen. Bei einem gleichen Geldbetrag besteht die Gefahr, daß für die höheren Tarifgruppen Reallohnsenkungen erfolgen, während bei einer prozentualen Erhöhung die absoluten Differenzen zu den unteren Lohngruppen wachsen. Gemischte Forderungen können in einem gewissen Umfang die Nachteile beider Forderungsarten ausgleichen. Die Gewerkschaften waren in den letzten Jahren bemüht, durch eine stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen dem Auseinanderklaffen der Lohndifferenzen entgegenzuwirken.

Eine aktive Lohnpolitik, die ihren Namen verdient, kann nur zum Ziele haben, eine Umverteilung zugunsten der Arbeiter und Angestellten und zugunsten der Unternehmer zu erreichen. Eine Lohnpolitik, die lediglich eine Umverteilung innerhalb der Arbeiterklasse bezweckt und vor allem die höher verdienenden Schichten benachteiligt, entspricht nicht den Prinzipien einer aktiven Lohnpolitik.

Zahlreiche Gewerkschaften stehen noch mitten in der Tarifbewegung. Für sie kommt es darauf an, möglichst erfolgreich abzuschließen und größtmögliche Erhöhungen durchzusetzen als andere Gewerkschaften zu Beginn des Jahres. Der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft gelang dies jetzt mit ihrem 7,5-Prozent-Abschluß im tscheischen Ausmaß. Zugleich wird es erforderlich sein, ohne Pause mit der Vorbereitung der nächsten Lohnrunde zu beginnen. Bis zur Möglichkeit der Kündigung im Bereich der IG Metall und des öffentlichen Dienstes liegt nur noch ein gutes halbes Jahr.

Heinz Schäfer

7,5 Prozent Erhöhung für Landerbeiter

In einem Schlichtungsverfahren haben sich am 19. März in Würzburg die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft und der Gesamtverband der Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände darauf verständigt, die Ecklöhne der Landerbeiter um 7,5 Pfennig je Stunde anzuheben. Diese Regelung gilt ab 1. Februar rückwirkend für zwölf Monate; ab 1. August sollen weitere 2 Pfennig zugelegt werden. Damit beträgt die Erhöhung des Landerbeiterecklohns 7,5 Prozent.

Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit: So wehrt man Krisenfolgen ab

Ende Februar 1975 betrug die amtliche Zahl der Arbeitslosen 1 183 000, die Arbeitslosenquote 5,2 Prozent. 956 000 Arbeiter und Angestellte mußten kurzarbeiten. Unternehmer und Regierung versuchen nicht nur über den Reallohnabbau und die an den Interessen des Großkapitals orientierten Investitionsprogramme sämtliche Krisenlasten auf die Arbeiter und Angestellten abzuwälzen. Auch in den Betrieben wird die Krise dazu benutzt, soziale und materielle Vergünstigungen, die in der Regel vorenthaltener Lohn sind, abzubauen und gleichzeitig die Arbeiter und Angestellten zu disziplinieren.

Mittel dieser Unternehmerpolitik sind neben Betriebsstillegungen, Massenentlassungen und Kurzarbeit u. a. der Abbau von Sozialleistungen, geringere oder keine Investitionen in den Gesundheits- und Unfallschutz, Rationalisierungen im Betrieb — verbunden mit Umsetzungen und Herabgruppierungen — ebenso wie der Abbau übertariflicher Lohnbestandteile, z. B. durch die Anrechnung von Tarifierhöhungen.

Dagegen setzen sich die Belegschaften in zunehmendem Maße zur Wehr. Voraussetzung für eine wirksame Gegenstrategie im Betrieb sind ein hoher Organisationsgrad, ein starker Betriebsrat, ein funktionsfähiger Vertrauensleutkörper und eine aktive Belegschaft, die in enger Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft diese Angriffe abwehren. Um Alternativen im Interesse der Arbeiter und Angestellten entwickeln zu können, brauchen Betriebsrat und Vertrauensleutkörper Informationen und Daten über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Unternehmens.

Die Unternehmer halten aufgrund ihrer Interessenlage entweder wichtige Informationen zurück oder sie informieren Betriebsrat und Belegschaft einseitig, um ihre Politik zu rechtfertigen und als die einzig mögliche hinzustellen.

Zwar hat der Unternehmer nach Paragraph 90 BetrVG die Pflicht, den Betriebsrat über Investitionen, technische Änderungen und Änderungen der Arbeitsverfahren und -abläufe umfassend und rechtzeitig zu informieren und die vorgesehenen Maßnahmen mit ihm zu beraten. Auch die Vorschriften über den Wirtschaftsausschuß (Paragraphen 106 bis 109) und die Unterrichtspflicht gegenüber der Belegschaft (Paragraph 110) geben Betriebsrat und Vertrauensleutkörper eine rechtliche Handhabe, umfassend informiert zu werden.

In der Praxis wird jedoch gerade gegen diese Unterrichts- und Beratungspflichten in erheblichem Umfang

verstoßen. Ohne nachhaltigen Druck auf den Unternehmer wird dieser die erforderlichen Informationen, die im Interesse der Belegschaft ausgewertet werden können, kaum geben. Dazu bieten sich in erster Linie Betriebsversammlungen an, die — durch den Vertrauensleutkörper gut vorbereitet — ein Forum bilden können, um den Unternehmer zu klären und vor allem detaillierten Aussagen zu veranlassen.

Will der Unternehmer beispielsweise Kurzarbeit einführen, so sollte er nicht nur für die betroffenen Arbeiter und

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

Angestellten die genauen Arbeitsausfallstunden bekanntgeben, ebenso wie den gegenwärtigen Auftragsbestand, sondern durch Vergleichszahlen zum vorigen Jahr die Notwendigkeit, gerade jetzt Kurzarbeit einzuführen, nachweisen. Außerdem muß geprüft werden, ob tatsächlich alle anderen Möglichkeiten, Kurzarbeit zu verhindern — z. B. durch Einstellungsstopp, Abbau von Überstunden, Einhaltung der tariflichen Besetzungsvorschriften — ausgeschöpft worden sind.

Eine Gegenstrategie, die Betriebsrat, Vertrauensleutkörper und Gewerkschaft gegen den Abbau von sozialen und materiellen Leistungen entwickeln, muß von dem Grundgedanken ausgehen, daß das gesamte Betriebsrisiko auf keinen Fall auf die Arbeiter und

Angestellten des Betriebs abgewälzt werden darf. Ebenso wie der Unternehmer in Zeiten der Hochkonjunktur die zusätzlichen Profite einstreicht, ist er verpflichtet, in Krisenzeiten das Betriebsrisiko zu tragen.

Die Alternativen, die Betriebsrat, Vertrauensleutkörper und Gewerkschaft in diesen Fällen vorschlagen, sollten einmal sicherstellen, daß ein geschlossenes und einheitliches Handeln gewährleistet ist und daß durch diese Alternativen das Kräfteverhältnis im Betrieb zugunsten der Belegschaft verändert werden kann. Dazu ist auch die offensive Ausnutzung aller rechtlichen Möglichkeiten notwendig. Kann Kurzarbeit nicht verhindert werden, so sollten über die Mitbestimmungspflicht des Paragraphen 87 Abs. 1 Ziff. 3 BetrVG Regelungen angestrebt werden, die den Beschäftigten wenigstens über eine Sozialpauschale einen Teil des Lohnausfalls ersetzen. Von dieser Möglichkeit geht eine Reihe von Tarifverträgen, z. B. Paragraph 7 des Manteltarifvertrags für Arbeiter und Angestellte der chemischen Industrie, aus.

In der hessischen Druckindustrie ist es gelungen, eine Reihe von Betriebsvereinbarungen abzuschließen, nach denen bei Einführung von Kurzarbeit der volle Lohnausgleich gezahlt wird. Das konnte deshalb auf breiterer Front durchgesetzt werden, weil in einigen gut organisierten Schwerpunktbetrieben die Belegschaften in Aktionen (Auftreten auf Betriebsversammlungen, Unterschriftenaktionen, Information über Erfolge in anderen Betrieben) diese Forderung mit Nachdruck unterstützt haben.

Gerade in Krisenzeiten zeigt sich, wie notwendig eine vorausschauende, kontinuierliche, zwischen Gewerkschaft und Betriebsräten abgestimmte Betriebsarbeit ist. Droht — wie zum gegenwärtigen Zeitpunkt — der Abbau von Lohnbestandteilen durch die Anrechnung von Tarifabschlüssen, so muß bereits vor Beginn der Tarifrunden die Forderung, die Tarifabschlüsse nicht anzurechnen, im Betrieb und auf gewerkschaftlichen Veranstaltungen systematisch und breit diskutiert und müssen möglichst frühzeitige Zusagen bis hin zu Betriebsvereinbarungen von Seiten der Unternehmer erwirkt werden.

Auch der Widerstand gegen Entlassungen und Kurzarbeit ist wirkungsvoller zu organisieren, wenn über das Instrument der Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Personalplanung (Paragraph 92) vorher bereits ein Stellenplan aufgestellt wurde, in dem u. a. urlaubs- und krankheitsbedingte frühzeitige, tarifliche Besetzungsrichtlinien, Schichtpläne, Leistungsregelungen und Umschulungsmaßnahmen miteinbezogen werden. B. Degen

Alleingang des IG Chemie-Vorstandes Empörung bei den Gewerkschaftern

Die rund 650 000 in der chemischen Industrie der Bundesrepublik beschäftigten Arbeiter und Angestellten sollen künftig 6,8 Prozent mehr Lohn und Gehalt bekommen. In mehreren zentral geführten Geheimverhandlungen zwischen dem Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik und dem zuständigen Unternehmerverband, dem „Arbeitsring der Chemischen Industrie“, kam am 26. März 1975 dieses Ergebnis, das von der Unternehmerzeitung „Handelsblatt“ als „Pioniertat“ hochgelobt wird, zustande.

Entgegen gewerkschaftlichen Beschlüssen und entsprechenden Satzungsbestimmungen erfuhren selbst die Mitglieder der regionalen Tarifkommissionen und hauptamtlichen Sekretäre erst am 1. April von den Ergebnissen aus Rundfunk und Zeitungen. Bekanntlich hatte die IG Chemie-Papier-Keramik in den drei größten Tarifbezirken Nordrhein, Rheinland-Pfalz und Hessen fristgemäß zum 31. März die Tarife gekündigt. Mit Ausnahme von Bayern und dem Saarland, wo die Tarife am 31. Mai auslaufen, stehen in den anderen Tarifbezirken zum 30. April Tarifkündigungen an.

Neben den 6,8prozentigen Lohn- und Gehaltserhöhungen sollen die vermögenswirksamen Leistungen der Unternehmer von gegenwärtig 26 DM monatlich ab Januar 1976 auf 39 DM und ab April 1977 auf 52 DM angehoben werden. Darüber hinaus soll ein gemeinsamer Unterstützungsfonds gebildet werden, aus dem ab 1. Oktober 1975 an arbeitslos gewordene Chemiewerker und -angestellte ein Zuschuß von 15 Prozent des Arbeitslosengeldes gezahlt wird. Mindestvoraussetzung dafür ist allerdings eine vorangegangene achtjährige Tätigkeit in der chemischen Industrie sowie eine Entlassung aus „betriebsbedingten oder unverschuldeten personenbedingten Gründen“. Bedingt durch diese Klausel muß ein großer Teil der arbeitslosen Chemiewerker, vor allem die jungen Menschen, die nach ihrer Ausbildungszeit entlassen werden, leer ausgehen.

In den Chemiebetrieben haben die Geheimverhandlungen Empörung ausgelöst. Funktionäre der Gewerkschaft verwiesen auf die vom letzten Gewerkschaftstag beschlossene Änderung der Tarifrichtlinien, die eine stärkere Einbeziehung der Vertrauensleute in die Vorbereitung der Lohnrunde vorsehen. So seien „mit Unterstützung der zuständigen Verwaltungsgestellten Versammlungen der gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den jeweiligen Tarifbezirken durchzuführen“. Diese Bestimmung wurde vom Hauptvorstand einfach ignoriert. Gegenüber NACHRICHTEN stellten Chemie-Gewerkschafter empört die

Frage: „Warum überhaupt noch zentrale Tarifkommissionen, wenn der Hauptvorstand zentral verhandelt, ohne sich vorher über die Forderungen der Kollegen zu informieren.“ Es wurde auch der Verdacht geäußert, daß das schnelle Verhandlungsergebnis ebenso wie bei der IG Bau-Steine-Erden auf Druck der Bundesregierung zustande gekommen ist.

Bis zum 18. April läuft nun die Erklärungsfrist ab. Selbst der Hauptvorstand rechnet mit starkem Widerstand der Gewerkschaftsmitglieder vor allem über die Mißachtung der innergewerkschaftlichen Demokratie.

Schon seit geraumer Zeit war in den Betrieben über die Höhe der Forderungen diskutiert worden. Sie lagen teilweise bei 11 Prozent. Zahlreiche Gewerkschafter verlangten einen einheitlichen Betrag von 180 DM monatlich. Wieder andere sprachen sich für Lohn- und Gehaltserhöhungen von 100 DM Sockel plus 5 oder 6 Prozent aus. In zahlreichen Diskussionen war die Ansicht vertreten worden, daß eine spürbare Erhöhung der Realeinkommen durchgesetzt werden müsse.

Mit Recht verwiesen die Chemiewerker in ihren Diskussionen auf die enormen Gewinne, die gerade die Großchemie, vor allem die Giganten Bayer, BASF und Hoechst auch im letzten Geschäftsjahr gemacht haben. Beispielsweise der Geschäftsbericht der Farbwerke Hoechst weist für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Gewinnsteigerung von 60 Prozent aus. Die BASF konnte 1974 ihren Nettoumsatz gegenüber dem Vorjahr um 47,1 Prozent auf 10,16 Milliarden DM steigern. Vor Steuern betrug der Gewinn 896 Millionen DM. Das ist eine Erhöhung um 27,5 Prozent. Erstmals seit ihrem Bestehen wurde das Pharma-Unternehmen Merck in Darmstadt Umsatz-Milliardär. Allein in diesem Jahr sollen hier 90 Millionen DM in Sachanlagen investiert werden. Das sind 80 Prozent mehr als im Durchschnitt der letzten sechs Jahre.

Angesichts dieser Gewinne wird das in den zentralen Geheimverhandlungen erreichte Ergebnis den tatsächlichen Möglichkeiten nicht gerecht. G. M.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

■ **30. April**
Textil- und Bekleidungsindustrie (850 000), Groß- und Außenhandel – Teilbereiche (300 000), Einzelhandel in den Bezirken Schleswig-Holstein und Pfalz (200 000), chemische Industrie in Schleswig-Holstein, Bergbau (175 000).

■ **31. Mai**
Chemische Industrie in den Bezirken Bayern und Saar (64 000), Einzelhandel im Bezirk Saar (40 000), Energie- und Versorgungsunternehmen im Bezirk Baden-Württemberg (300 000).

■ **30. Juni**
Kautschukindustrie in den Bezirken Hamburg, Essen und Niedersachsen (60 000), Großhandel Rheinland-Pfalz (57 000), Großhandel Saar (15 000).

■ **31. Juli**
Hohlglaserzeugende Industrie in Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

■ **31. August**
Glasindustrie (100 000), Papiererzeugung (70 000), feinkeramische Industrie (40 000), Brauereien in den Bezirken Nordrhein-Westfalen und Hessen (27 000).

■ **30. September**
Holzverarbeitung – restliche Bezirke (240 000 insgesamt).

■ **15. Oktober**
Eisen- und Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen (220 000).

■ **31. Dezember**
Metallindustrie ohne Bayern (3 250 000), Holzindustrie verschiedener Bereiche (200 000), Papierverarbeitende Industrie (130 000), Land- und Forstwirtschaft (130 000), Kfz-Gewerbe in Nordrhein-Westfalen (55 000), Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen (400 000).

■ **31. Januar 1976**
Öffentlicher Dienst einschließlich Post und Bahn (2 224 000), Metallindustrie in Bayern (68 000), Volkswagenwerke (109 000).

Bei Audi-NSU in Neckarsulm: Der Tod kommt auf Raten

Was wird aus unseren Arbeitsplätzen? Diese Frage stellen besorgt über ihre ungewisse Zukunft die 10 200 Arbeiter und Angestellten der Audi-NSU-Werke in Neckarsulm. Seit Wochen werden ihre Nerven strapaziert durch hinhalende Worte aus der VW-Vorstandsetage in Wolfsburg.

Von Solidarität wird jetzt im baden-württembergischen Unterland nicht nur geredet, Solidarität wird praktiziert. Die Unterschriftenaktion der IG Metall zur Erhaltung der Arbeitsplätze bei Audi-NSU wird von über 90 000 Bürgern unterstützt. Denn das Leben einer ganzen Region hängt von diesem Werk ab. Von den 10 200 Audi-Beschäftigten sind etwa 8000 Pendler, die aus einem Einzugsbereich bis zu 40 Kilometer an ihren Arbeitsplatz fahren. Sie kommen aus einer Gegend, in der es keine Industrie gibt und der Lebensstandard nicht höher ist als im Bayerischen Wald.

25 000 Menschen kamen zu der IG-Metall-Kundgebung Anfang März nach Neckarsulm. Die Kaufleute der Stadt schlossen aus Solidarität bei Kundgebungsbeginn ihre Geschäfte. Der örtliche Gewerbeverein schloß sich der Kundgebung an. Arbeiter und Angestellte anderer Betriebe legten die Arbeit nieder und solidarisierten sich mit dem „Protest der 10 000“ Audi-NSU-Beschäftigten.

Franz Steinkühler, Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg, sagte auf der Kundgebung: „In dieser Wirtschaftsordnung entscheiden Unternehmer und Manager über Preise und Investitionen, über Produktionsprogramme und Verkaufskonzepte – und damit auch über Arbeitsplätze mit möglichen Folgen, die ein Unternehmer überhaupt nicht mehr verantworten kann.“

Im Arbeitsamtsbezirk Heilbronn beträgt schon jetzt die Arbeitslosenquote 3,9 Prozent. Das ist der höchste Anteil im Bundesland Baden-Württemberg. Würde Audi-NSU stillgelegt, steigt die Quote auf 15 Prozent an. Damit wäre der Raum Heilbronn/Neckarsulm wirtschaftliches Notstandsgebiet.

Bei Audi-NSU kommt offensichtlich der Tod auf Raten. Zuerst wurde die Belegschaft innerhalb eines Jahres von 13 000 auf 10 200 „geschrumpft“. Dann wurden Überstunden abgebaut, Kurzarbeit eingeführt (1974 an 59 Tagen) und seit Jahresbeginn wird nur noch einschichtig gearbeitet. Nach Schätzungen des Betriebsratsvorsitzenden – mußten

die Arbeiter 1974 Lohneinbußen von 20 Prozent hinnehmen.

Aber was kümmert das schon VW-Vorstandsvorsitzenden Toni Schmücker. Bei der Sanierung des Rheinstahl-Konzerns hat er bewiesen, daß für ihn nur der Profit zählt, egal, was aus der Existenz Zehntausender Menschen wird. Deutlich wird das auch daran, daß ein neues VW-Werk in den USA geplant wird. Dadurch sind 40 000 Arbeitsplätze bei VW gefährdet. In dieser Situation kommt es darauf an, die Arbeitsplätze in allen VW-Werken zu sichern.

„Wir müssen uns davor hüten“, so Steinkühler, „daß die Belegschaften und ihre Interessenvertretungen gegeneinander ausgespielt werden: alt gegen jung, Ausländer gegen Deutsche, das eine Werk gegen das andere. Wir dürfen auch nicht auf jene Patentrezepte hereinfallen, die da heißen: Die ausländischen Kollegen gehören in ihre Heimat, Frauen an den Kochtopf, die Alten auf die Rente und die Jungen zum Militär. Das sind Parolen, die auf eine Zersplitterung und Spaltung der Arbeiter hinauslaufen. Unsere entscheidende Waffe: die Solidarität!“ H. P.

IGBE fordert 9,5 Prozent

Zum 30. April 1975 wurden die Lohn- und Gehaltstarifverträge im Steinkohlenbergbau für rund 208 000 Beschäftigte gekündigt. Der Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie fordert 9,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt.

Seit spätestens Oktober 1973 werden im Steinkohlenbergbau Überschichten in nicht geringem Umfang verfahren. Eine solche Situation ist für eine erfolgreiche gewerkschaftliche Lohnpolitik günstig. Um eine Erhöhung der Realeinkommen und eine Verbesserung der Bergarbeiterlöhne in der Lohnskala zu erreichen, wäre es notwendig, daß der Lohnabschluß nicht wesentlich von der Forderung abweicht. Nur so wird auch der harten und gefährlichen Arbeit der Bergarbeiter Rechnung getragen. sol

Druck und Papier für 10 Prozent

Für die Arbeiter der Druckindustrie fordert die IG Druck und Papier ab 1. April 1975 eine lineare Lohnerhöhung um 10 Prozent. Außerdem sollen die Verhandlungen über eine neue Struktur des Lohntarifvertrages zum Abschluß gebracht werden. Diese neue Form, nach der die Anzahl der Lohngruppen reduziert werden soll und eine bessere tarifliche Absicherung der Effektivverdienste angestrebt wird, soll ab 1. April 1976 zur Anwendung kommen.

In vorausgegangenen Mitgliederversammlungen haben eine Reihe von Ortsvereinen höhere Forderungen erhoben, beispielsweise 13 Prozent in mehreren Orten von Rheinland-Pfalz oder einen einheitlichen Betrag von 45 DM pro Woche in München. Für die Lehrlinge wurde z. B. in Frankfurt am Main die Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 150 DM monatlich verlangt.

Kritik gab es in der Mitgliedschaft, daß in der Tarifkommission Meinungen vertreten wurden, mehr als 6,8 Prozent wären nicht zu erreichen und dementsprechend müßte die Forderung aufgestellt werden. Als am 19. März 1975 die ersten Verhandlungen stattfanden, unterbreiteten die Unternehmer keinerlei Angebot. Dafür malten sie die Lage in der Druckindustrie schwarz in schwarz und diffamierten die bescheidene gewerkschaftliche 10-Prozent-Forderung als „weit überzogen und fern von aller Realität“.

Anstatt die Mitgliedschaft zum Kampf für die Durchsetzung der 10-Prozent-Forderung zu mobilisieren, kam die Tarifkommission mit den Unternehmern überein, daß zur nächsten Lohnverhandlung am 7. und 8. April „vorsorglich“ der Schlichter Kemter in Bereitschaft stehen soll. Hieran zeigt sich, wie das bestehende Schlichtungsabkommen sich zu Ungunsten der Arbeiter auswirkt und den Handlungsspielraum der Gewerkschaft einschränkt. Darum hatte auch der letzte Gewerkschaftstag gefordert, dieses Schlichtungsabkommen schnellstens zu kündigen.

Zahlreiche Mitglieder verlangten von der Tarifkommission und dem Hauptvorstand, daß sie keinem Abschluß zustimmen, der den Reallohn in der Druckindustrie schmälert. Zugleich müßte alles getan werden zu verhindern, daß die Unternehmer obendrein noch über-tarifliche Lohnbestandteile auf die Tariflohnerhöhung anrechnen. Entscheidend dafür ist die Kampfkraft der IG Druck und Papier in den Betrieben.

W. P.

Bundeshaushalt 1975: Rekord bei Rüstung und Schulden

Die neue Rekordmarke von über 47 Mrd. DM für die direkte und indirekte Rüstung bei einer gleichzeitigen, in dieser Größenordnung noch nicht bekannten Neuverschuldung, kennzeichnet den diesjährigen Bundesetat. Der gesamte Haushalt 1975 umfaßt 155 Mrd. DM. Angesichts der Krisenentwicklung in der Bundesrepublik ist es besonders interessant, daß der Haushalt eine Deckungslücke von 23 Mrd. DM enthält. Diese Summe soll durch Kreditaufnahme beschafft werden.

Die Zinsen, die der Steuerzahler allein für die Kreditaufnahme des laufenden Jahres an den Kreditgeber Bonns, vor allem also den Großbanken, zahlen muß, überschreitet bei weitem die 5-Mrd.-DM-Grenze. Das bedeutet, daß an laufenden Zinsen mehr ausgegeben wird, als der gesamte Bildungsetat mit 4,4 Mrd. DM umfaßt. Mit dem Schuldenberg wird gleichzeitig die im Grundgesetz festgelegte Grenze nahezu erreicht. Artikel 115 des Grundgesetzes verlangt, daß sich der Bund in einem Jahr nicht mehr verschulden darf, als er investiert. Die laufenden Investitionen übersteigen die Schulden jedoch nur noch geringfügig.

Zählt man zu der genannten Deckungslücke noch die 2,5 Mrd. DM hinzu, die sich die Bundesregierung per Schuldverschreibung bei den Rentenversicherungen besorgt, ist bereits die grundgesetzwidrige Grenze erreicht. Da gegenüber den Rentenversicherungen in den vergangenen Jahren bereits ähnlich verfahren wurde, erreicht allein diese Schuldenlast mit Zinsen insgesamt weitere 12 Mrd. DM.

In Bonn ist es daher für niemanden verwunderlich, daß im Vorfeld und während der dreitägigen Debatte Gerüchte über eine nicht allzu ferne Steuererhöhung neuen Auftrieb erhielten. Regierungssprecher Grünewald schwächte vor allem bisherige Dementis in bezug auf eine Mehrwertsteuererhöhung deutlich ab. So kündigte Grünewald für den Sommer „schwerwiegende Entscheidungen“ an, und Finanzminister Apel schloß eine Mehrwertsteuererhöhung in seinen Reden während der Haushaltsdebatte nie ausdrücklich aus.

Strauß, finanzpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, lehnte eine solche Maßnahme „grundsätzlich“ nicht ab. Er nannte eine Erhöhung unter anderem „unter dem Gesichtspunkt einer europäischen Steuerharmonisierung“ für denkbar. Dazu ist festzuhalten, daß die Mehrwertsteuersätze in anderen Ländern Westeuropas erheblich über denen der Bundesrepublik liegen. Der Satz beträgt – wegen der grundsätzlich anderen Steuersysteme – zum

Beispiel in Frankreich 20 Prozent, in Irland 19,5 Prozent, in Belgien 18 Prozent und in den Niederlanden 16 Prozent. Allein eine Erhöhung um 1 Prozent würde in der Bundesrepublik eine Erhöhung der Preise und damit eine Verminderung der Massenkauflkraft um rund 5,6 Mrd. DM bedeuten.

Nachdem der Haushaltsausschuß des Bundestages dem Verteidigungsministerium vor der zweiten und dritten Lesung 1 Mrd. DM mehr zusprach als ursprünglich vorgesehen und auch die versteckten Rüstungslasten in einem Dutzend Einzelstetats heraufgesetzt wurden, kletterten die Militärausgaben nach NATO-Kriterien über die 47-Mrd.-DM-Grenze. 1975 betragen die offen ausgewiesenen Rüstungslasten knapp 31 Mrd. DM. Der Bundestag schloß sich gleichzeitig zahlreichen weiteren Ausschußempfehlungen an, die eine Erhöhung von Ausgaben gegenüber dem eigentlichen Ansatz in einem Dutzend anderer Einzelstetats vorsieht, die eindeutigen Rüstungscharakter haben. Während die Westberlin-Hilfe, die die Bundesregierung ebenso wie die anderen versteckten Rüstungsausgaben im Brüsseler NATO-Hauptquartier als „Verteidigungsleistung nach NATO-Kriterien“ geltend macht, mit 6,2 Mrd. DM im Einzelplan 06 „Allgemeine Finanzverwaltung“ gegenüber dem Entwurf relativ konstant blieb, erhöhten sich andere Positionen. So darf sich der „Beitrag zum zivilen Teil des Haushalts der NATO“, vorwiegend Verwaltungskosten für die Brüsseler Bürokratie, eines Inflationszuschlags von 3,5 Mrd. DM erfreuen.

Nicht ganz so „bescheiden“ ist der Bundesgrenzschutz. Ihm stehen im Haushalt des Innenministeriums weitere 85 Millionen DM zur Verfügung. Aber auch die Ausgaben für Geheimdienste usw. im Bereich des Kanzleretats werden mit 5,6 Millionen DM mehr verbucht. Und im Einzelplan „Versorgung“ wurden die Witwen- und Waisengelder für Hinterbliebene von Bundeswehrsoldaten – offensichtlich auch als Konsequenz des Absturzes einer Transall-Bundeswehrmaschine auf Kreta mit zahlreichen Todesopfern – um 109

Millionen DM auf über 1,4 Mrd. DM heraufgesetzt. Die Zahl der nachträglichen Rüstungsaufstockungen durch den Haushaltsausschuß und die kommentarlose Annahme durch den Bundestag in zweiter und dritter Lesung zeigen, daß die Bundesregierung auch im Detail keinen Beweis ihrer unveränderten Hochrüstungspolitik schuldig bleiben wollte. So ergibt sich unter dem Strich die genannte Summe von über 47 Mrd. DM.

Die Rüstungspolitik der Bundesregierung fand dann auch die volle Zustimmung der CDU/CSU-Fraktion. Sie forderte gleichzeitig die Bundesregierung auf, auch in Zukunft im Rüstungsbereich „alle erdenklichen Anstrengungen zu unternehmen“.

Die neue Rekordmarke in der Rüstung veranlaßte die Bundesregierung damit hausieren zu gehen, daß der Einzelplan des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung zum erstenmal der „größte Einzelposten“ sei. In Wahrheit jedoch enthält der Haushalt von Sozialminister Arendt über 10 Mrd. DM für „Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen“ und eine weitere Milliarde DM für „Kriegsopferfürsorge“. Beides sind Haushaltstitel, die als Folgekosten des Krieges zu bezeichnen sind und mit aktuellen „Sozialleistungen“ im eigentlichen Sinne nichts zu tun haben. Direkt zum Verteidigungshaushalt sind sogar jene 175 Millionen DM zu zählen, die für die 16 000 Ersatzdienstleistenden in der Bundesrepublik in diesem Jahr ausgegeben werden, weil diese sich weigern, in der Bundeswehr Dienst zu tun und vor dem Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung Gebrauch machen. Nichtsdestoweniger werden sie im Sozialetat geführt.

Das Ansteigen des Sozialstats vor knapp 27,3 Mrd. DM für 1974 auf gar 31,4 Mrd. DM in diesem Jahr ist keineswegs ein Zeichen für die Verwirklichung des sozialen Fortschritts und von mehr und umfassender sozialer Sicherheit der Arbeiter und Angestellten. Es ist genau umgekehrt: Dieses Ansteigen der Sozialausgaben ist überwiegend eine Folge der zunehmenden sozialen Unsicherheit. Mehr als 3 Mrd. DM der 4,1 Mrd. DM Mehrausgaben aus dem Sozialetat werden nämlich als Darlehen des Bundes der Bundesanstalt für Arbeit zur Verfügung gestellt, damit diese bei anhaltender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nicht zahlungsunfähig wird. Im Vergleich zum Vorjahr wurden die Mittel zur Erforschung von Berufskrankheiten um 23 Millionen DM gekürzt. Für Förderungsmaßnahmen zum Schutz vor Lärm am Arbeitsplatz strich der Haushaltsausschuß des Bundestages nachträglich 200 000 DM. Diese Position erreicht nunmehr die lächerliche Höhe von 1,3 Millionen DM. Alles in allem steht der Haushalt 1975 in der Tradition seiner Vorgänger: Er ist unsozial und inflationstreibend H. W.

„Die Verleger müssen spüren, daß wir es bitterernst meinen“

Gespräch mit Fritz Gent, Landesbezirksvorsitzender der IG Druck und Papier

Im Zeichen ständig fortschreitender Pressekonzentration, dem Verlust Zehntausender Arbeitsplätze und der Bedrohung der Pressefreiheit hat die IG Druck und Papier dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) bereits 1974 zwei Tarifverträge zur wirtschaftlichen Mitwirkung, personellen Mitbestimmung und Kompetenzabgrenzung zwischen Verlegern und Redaktionen unterbreitet. Ein Sondertarifausschuß, der auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Hamburg beschlossen wurde, steht zu Verhandlungen bereit. Am 21. Februar 1975 kam es in Bonn zwischen den Spitzen der Gewerkschaft und des BDZV zu einem ersten Gespräch. Fritz Gent, Landesbezirksvorsitzender der IG Druck und Papier in Nordrhein-Westfalen und Mitglied des Sondertarifausschusses, nahm daran teil. Unser Mitarbeiter Peter Baumöller unterhielt sich mit ihm über das Ergebnis und die Erwartungen der Gewerkschaft.

„Von einem Ergebnis zu sprechen wäre vermessen“, sagte Fritz Gent. Er läßt keinen Zweifel, daß das Gespräch, dem ein weiteres im April folgen soll, für die IG Druck unbefriedigend war. Der Präsident des BDZV, Dr. Binkowski, traktierte die Gewerkschaftsvertreter mit „starken Worten“, bezeichnete die jüngste Erklärung des Hauptvorstandes der IG Druck zur Pressekonzentration als „Pamphlet“, verteidigte beredt die „private Struktur“ der Presse und verschwand wegen anderer Verpflichtungen vorzeitig aus der Sitzung.

„Wir können nur hoffen, daß das nächste Gespräch unter positiveren Aspekten verläuft und es sehr bald zu Verhandlungen kommt, weil die Kollegen in den Betrieben sonst die Geduld verlieren könnten“, meint Fritz Gent. Denn: „Gewartet haben wir nun lange genug. Wir sind der Meinung, daß nun endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden müssen.“

Fritz Gent beschreibt die Lage so: „1956 gab es noch 225 publizistische Einheiten in der Bundesrepublik, 1974 blieben ganze 120 davon übrig. Das kostete nicht nur vielen unserer Kollegen den Arbeitsplatz, es beschränkte gleichzeitig auch die Meinungsfreiheit der Redakteure und die Informationsfreiheit der Bürger. Das brachte den Monopol-Verlegern erhebliche Gewinnmaximierung, verleitete zu Fehlinvestitionen und Schaffung von Überkapazitäten.“

Die Belegschaften und ihre Betriebsräte blieben unter Verweis auf den sogenannten Tendschutzparagrafen 118 im Betriebsverfassungsgesetz von wirtschaftlicher Mitwirkung und personeller Mitbestimmung weitgehend

ausgeschaltet. Es gab und es gibt in den großen Pressebetrieben keinen Wirtschaftsausschuß, wie er in anderen Betrieben gesetzlich vorgeschrieben ist. Unsere Kollegen wurden von Kooperationen, Fusionen und Betriebsstillegungen in Nacht-und-Nebel-Aktionen überrascht. Redaktionen wurden wie Aktienpakete verscherbelt. Gesinnung war nicht gefragt, wenn um höherer Gewinne willen Zeitungen verkauft und gekauft wurden.“

Als Musterbeispiel für eine systematisch betriebene Konzentration weist der Landesbezirksvorsitzende der IG Druck und Papier auf die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ im Ruhrgebiet hin. Sie schluckte im Laufe der Jahre folgende früher eigenständige Blätter: das „Westdeutsche Tageblatt“, die „Herner Zeitung“, den „Duisburger General-Anzeiger“, den „General-Anzeiger Oberhausen“, die „Wanne-Eikeler Zeitung“, die „Ruhr-Wacht“, die „Essener Allgemeine Zeitung“ und zuletzt die „Velberter Zeitung“. Dazu kommt der Kooperationsvertrag mit der „Westfälischen Rundschau“ und Vertriebsabsprachen mit einigen anderen Blättern. Die Gewinne des Konzerns waren so groß, daß er sich auch außerhalb des Druckbereichs, z. B. im Otto-Versand, einkaufen konnte.

Einer solchen Entwicklung sollen die Belegschaften nicht mehr unvorbereitet und hilflos ausgesetzt sein, fordert die IG Druck und Papier. Was man vom Abschluß der vorgeschlagenen Tarifverträge erwartet, nennt Fritz Gent kurz und bündig: „Wir wollen Wirtschaftsausschüsse auch in den Pressebetrieben. Wir wünschen definitive Informationen über die wirtschaftliche Lage, über Investitionsvorhaben, Rationalisierungspläne, Personalplanung, wir wol-

len uns nicht weiter von Nacht-und-Nebel-Aktionen überraschen lassen.“

Und weiter: „Die Verleger sollen im Konfliktfall nicht mehr allein entscheiden, welcher Artikel oder Kommentar erscheint oder nicht erscheint, ob und welcher Chefredakteur eingestellt oder nicht eingestellt wird, ob und wie die politische Grundhaltung einer Zeitung verändert wird oder nicht. Die Redakteure- und Redaktionsversammlungen sollen hier mitentscheiden können. Es geht um innere Pressefreiheit, die eine wesentliche Frage der Erhaltung und Festigung der Demokratie ist.“

„Wir haben sicher nicht die Illusion“, sagt Fritz Gent, „daß mit dem Abschluß der Tarifverträge alle Arbeitsplätze mit einem Schlag gesichert sind und die Pressefreiheit für immer auf festen Füßen steht. Aber wir sind sicher, daß mit unseren Vertragsentwürfen ein Schritt in die richtige Richtung getan wird.“

Wäre es möglich, die beiden Tarifverträge auch auf betrieblicher Ebene abzuschließen?

„Das ist nicht nur möglich, wie das 1973 bei der ‚Westfälischen Rundschau‘ und kürzlich bei der Hamburger ‚Morgenpost‘ bewiesen wurde, sondern auch wünschenswert“, sagt Fritz Gent. Er sieht in der Zeit der Vorbereitung der Betriebsratswahlen, die Ende April stattfinden, eine gute Möglichkeit, in Betriebsversammlungen darüber zu diskutieren. In Nordrhein-Westfalen plant die IG Druck und Papier eine Aufklärungsaktion dazu. „Die Verleger müssen spüren, daß wir es bitter ernst meinen.“

Chile-Tagung des DGB Hessen

Eine gemeinsame Tagung mit chilenischen Gewerkschaftern führte der DGB Hessen am 22. März 1975 in Frankfurt durch. Themen der Tagung, an der auch Forschungsminister Matthöfer teilnahm, waren „die Geschichte des chilenischen Gewerkschaftsbundes CUT und die heutige Situation der arbeitenden Menschen in Chile“ sowie „Geschichte und Aufgaben des DGB“.

In einer Abschlusserklärung forderten die Tagungsteilnehmer noch einmal in einem dringenden Appell von der Bundesregierung, nicht an den Pariser Umschuldungsverhandlungen teilzunehmen. Die Verpflichtung zur sofortigen Zurückhaltung gewählter Kredite könne den Sturz der chilenischen Militärjunta beschleunigen. Gerade die Bundesregierung könne dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Bundesregierung verniedlicht Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit

Als Beilage zu den Tageszeitungen hat das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMAS) den Haushalten der Bundesrepublik eine neue bilderreiche und farbige Propagandaschrift zugehen lassen. Unter der beruhigenden Überschrift „Klarer Kurs“ wird darin stolz verkündet: „Mit unserer sozialen Sicherung stehen wir an der Spitze der Welt.“ Angesichts von mehr als zwei Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeitern ist eine solche Aussage wahrlich eine propagandistische „Spitzenleistung“.

Soziale Sicherung — darunter verstehen die Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaften von jeher zuerst und vor allem die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Aber die Zahl der Arbeitslosen erreichte im Februar trotz äußerst milder Witterung mit 1,18 Millionen einen neuen Höchststand. Die Arbeitslosenquote kletterte damit auf 5,2 gegenüber 2,7 Prozent im Februar des Vorjahres. Auch die Zahl der Kurzarbeiter ist im Februar um weitere 56 000 auf die Rekordhöhe von 956 500 gestiegen. Von der Arbeitslosigkeit besonders hart betroffen sind die ausländischen Kollegen mit einer Arbeitslosenquote von 7,1 Prozent und die Arbeitsamtbezirke Passau mit 18,8 Prozent, Deggendorf mit 14,8 Prozent und Schwandorf mit 14,3 Prozent.

Nun gibt es in der Welt Länder mit noch höherer Arbeitslosigkeit. Dazu gehört das Musterland der „freien“ Welt, die USA. Jedoch die Welt ist größer. Schon seit einigen Jahrzehnten existieren Staaten — immerhin wohnt dort jeder zweite Europäer —, in denen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit schon lange Fremdworte sind: die sozialistischen Staaten. Doch damit „wir“ mit unserer sozialen Sicherheit an der Spitze in der Welt stehen können, haben die Verfasser der Propagandaschrift des BMAS die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Staaten kurzerhand aus der Welt ausgeschlossen!

Von ebensolcher „realistischer“ Welt-sicht zeugt ein anderer Satz: „Im Kampf gegen die Preissteigerungen haben wir große Erfolge erzielt.“ Ist damit etwa die durchschnittliche Preissteigerungsrate von 7,1 Prozent im Jahr 1974 — die höchste seit mehr als 20 Jahren — gemeint? Oder sind die heraufgesetzten Krankenversicherungsbeiträge und die Ankündigung, daß Milch, Butter und andere Güter des Massenbedarfs wie auch PKWs noch teurer werden, „große Erfolge“ im Kampf gegen die Preissteigerung? Vielleicht bezieht sich das BMAS auf von ihm und ande-

ren Ministerien verfügte erhöhte Mieten, Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung, Krankenhauspflugesätze, Post- und Bundesbahntarife sowie kommunale Leistungen?

Als nächstes wird vom BMAS verkündet: „Jetzt hat die langfristige Sicherung eines hohen Beschäftigungsstandes Vorrang.“ Aber nach dem Wirtschaftsbericht der Bundesregierung ist für 1975 eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 750 000 einkalkuliert. Das entspricht einer Jahresarbeitslosenquote von 3 Prozent, und das wären ein Drittel mehr Arbeitslose als 1974. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Gewerkschaften rechnet für 1975 sogar mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 3,5 Pro-

zent. Der Arbeitslosigkeit kann vom Standpunkt der Gewerkschaften nur entgegengewirkt werden, wenn es gelingt, durch eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik die Massenkauflust zu steigern und die Unternehmer nicht mehr allein über die Investitionen und damit über die Arbeitsplätze bestimmen zu lassen.

In der Schrift des BMAS wird über das neue Arbeitssicherheits-, das Schwerbehinderten-, das Rehabilitations-Angleichungs- und das Betriebsrentengesetz informiert. Auch hier wird aber über Tatsachen, die die Wirksamkeit dieser Gesetze für Millionen Arbeiter und Angestellte in Frage stellen, einfach hinweggesehen. Beispielsweise, daß die verbesserten Schutz- und Eingliederungsbestimmungen des Schwerbehinderten- und des Rehabilitations-Angleichungsgesetzes keineswegs verhindert haben, daß die Arbeitslosigkeit auch und gerade bei den Schwerbehinderten zugenommen hat und etwa 80 Prozent der behinderten Jugendlichen keinen Ausbildungsplatz finden.

Statt fragwürdiger Propagandaschriften sollte das BMAS den berechtigten Forderungen der Gewerkschaften entsprechen und nicht noch in dem Pamphlet den von der IG Metall als „unannehmbar“ abgelehnten Gesetzentwurf zur Mitbestimmung als große soziale Tat hinzustellen versuchen. Solange die Macht des Großkapitals unangetastet bleibt, wird es Krisen und keine soziale Sicherheit für die Arbeiter und Angestellten geben. A. B.

Arbeiter in Erwitte und Kaldorf kämpfen um ihre Arbeitsplätze

Seit dem 10. März streikt die 150köpfige Belegschaft des Zementwerkes Seibel & Söhne in Erwitte (Kreis Lippstadt) um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Unterstützt von der gesamten Bevölkerung halten die Arbeiter und Angestellten Tag und Nacht das Werk besetzt. Auch die Beschäftigten der zum Mannesmann-Konzern gehörenden Firma DEMAG-Kunststofftechnik in Kaldorf/Lippe sind entschlossen, durch Kampfkaktionen die Demontage ihres Werkes zu verhindern.

Mitte Februar hatte der Zement-Unternehmer Seibel in Erwitte vom Betriebsrat die Zustimmung zur Einführung von Kurzarbeit verlangt. Er weigerte sich aber, den gewählten Belegschaftsvertretern entgegen den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes Einblick in die Betriebsunterlagen zu geben. Mit Recht lehnte der Betriebsrat das Ansinnen des Unternehmers ab. Und dann ging es Schlag auf Schlag. Zuerst sollten 50 Arbeiter und Angestellte entlassen werden. Der Betriebsrat verweigerte die Zustimmung. Wenig

später waren es schon 100, die auf der Entlassungsliste standen, unter ihnen 14 Betriebsräte, Betriebsratskandidaten und Mitglieder des Wahlvorstandes für die anstehende Betriebsratswahl.

Schließlich war die Geduld der 150 zu Ende. Am 7. März traten sie in einen zweistündigen Warnstreik und zwei Tage später kam es in Erwitte zu einer Kundgebung mit 2000 Bürgern des Ortes. Der Unternehmer sperrte daraufhin die Auszahlung der noch ausstehenden Löhne und Gehälter. Seit

dieser Zeit hält die Belegschaft, der von allen Seiten Solidaritätsbekundungen zugehen, das Werk besetzt. Die Aktionen werden von der Gewerkschaft unterstützt. Der zuständige IG-Chemie-Sekretär Borghoff bezeichnete die Willkürmaßnahmen Seibels, „der auf eure Kosten ein Privatflugzeug und Privatkonten im Ausland unterhält“, als Beweis für die Notwendigkeit einer qualifizierten Mitbestimmung. Die Entlassungspläne, die wirtschaftlich unbegründet seien, stellten einen skrupellosen und allen Rechtsnormen widersprechenden Versuch dar, sich auf billige Art von der Belegschaft zu trennen, um sie dann nach einiger Zeit unter schlechteren Lohnbedingungen wieder einzustellen.

Ebenso wie die Erwitte Zementarbeiter sind die 600 Arbeiter der DEMAG in Kaldorf bereit, für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze zu kämpfen. Mit Kundgebungen, Demonstrationen, Warnstreiks, Aussperrung des Personalchefs kämpfen sie um die Erhaltung ihrer Existenz. Andere Arbeit gibt es in der Umgebung nicht. Und viele der 600 haben die Versprechungen von sicheren Arbeitsplätzen bei der DEMAG für bare Münze genommen, sich ein Haus gebaut oder eine Eigentumswohnung angeschafft, die noch nicht bezahlt sind. Geschlossen steht die Bevölkerung des gesamten Kalletals — das ist ein Zusammenschluß von 17 Gemeinden — hinter den Demag-Arbeitern. In wenigen Tagen wurden 15 000 Unterschriften gesammelt, auch 50 evangelische Pastoren Nordrhein-Westfalens protestierten in einem offenen Brief gegen die geplante Betriebsschließung. „Alle 600 Kollegen müßten jahrelang stempeln gehen“, so Betriebsratsvorsitzender Ackermann. „Es gibt hier keine Arbeitsplätze für uns. Die Arbeitslosenquote würde dann auf über 12 Prozent klettern. Von uns hängen 50 Zulieferbetriebe mit vielen hundert Kollegen ab.“

1969 hatte die DEMAG die Spritzgußmaschinenfabrik mit ihren 1280 Belegschaftsmitgliedern gekauft. Schon ein Jahr später gab es die ersten Entlassungen. Nach und nach wurde die Produktion eingeschränkt, die Geschäftsleitung nach Nürnberg verlegt, bis Ende 1974 die Belegschaft auf die Hälfte reduziert und im August 1974 Kurzarbeit eingeführt. Inzwischen ist es nicht nur den DEMAG-Arbeitern klar geworden: Der Betrieb wurde nur aus dem Grunde gekauft, um einen unliebsamen Konkurrenten loszuwerden.

Die Konzernleitung hat jedoch die Rechnung ohne die Arbeiter gemacht. Ihren Willen brachte der Bevollmächtigte der IG Metall in Detmold, Reichel, zum Ausdruck: „Die Konzernspitze sollte das Werk ruhig den Mitarbeitern übergeben. Sie sind durchaus in der Lage, das Unternehmen eigenverantwortlich weiterzuführen.“ G. M.

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Index der industriellen Nettoproduktion

1970 = 100	Dezember 1974	November 1974	Veränderung in v. H. geg. Dezember 1973
Gesamte Industrie	108,2	— 9,7	— 9,3
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	98,5	— 5,7	— 10,7
Investitionsgüterindustrie	110,0	— 6,9	— 14,5
Verbrauchsgüterindustrie	108,4	— 7,9	— 6,1
Eisenschaffende Industrie	111,8	— 7,6	— 1,7
Chemische Industrie	103,8	— 15,9	— 16,8
Maschinenbau	116,2	— 6,5	— 12,5
Textilindustrie	94,0	— 19,2	— 9,6

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/75, S. 89 f.)

2. Industrielle Auftragseingänge (1970 = 100)

	Januar 1975	Dezember 1974	Veränderung in v. H. geg. Januar 1974
Gesamte Industrie	121,9	+ 4,7	— 10,1
Aus dem Inland	113,6	+ 7,7	— 5,9
Aus dem Ausland	148,7	— 1,9	— 18,1
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	123,9	+ 2,9	— 17,6
Investitionsgüterindustrie	124,5	+ 3,6	— 4,7
Verbrauchsgüterindustrie	112,3	+ 11,1	— 8,4

(Quelle: Statistisches Bundesamt, zit. in: FAZ v. 15. 3. 75)

3. Preisindizes (1970 = 100)

	Februar 1975	Januar 1975	Veränderung in v. H. geg. Februar 1974
Industrielle Erzeugerpreise	134,7	+ 0,1	+ 7,7
Private Lebenshaltung aller Haushalte	132,0	+ 0,5	+ 5,8
Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	131,2	+ 0,5	+ 6,0
Renten- und Sozialhilfeempfänger	131,4	+ 0,6	+ 6,1
Einfache Lebenshaltung eines Kindes	135,8	+ 0,7	+ 7,3
Private Lebenshaltung ohne Saisonwaren	—	+ 0,7	+ 6,5

(Quelle: Statistisches Bundesamt, zit. in: FAZ v. 22. 3. 75 und HB v. 24. 3. 75)

4. Arbeitsmarkt (in 1000)

	Februar 1975	Januar 1975	Veränderung in 1000 geg. Februar 1974
Arbeitslose	1 183	+ 29	+ 763
Kurzarbeiter	956	+ 55	+ 647
Offene Stellen	246	+ 25	— 87
Zahl der kurzarbeitenden Betriebe	15 500	+ 2 900	—

(Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, zit. in: FAZ v. 8. 3. 75)

7,4 Millionen im DGB

Ende 1974 zählten die DGB-Gewerkschaften 7 405 760 Mitglieder. Davon waren 5 416 282 Arbeiter, 1 313 586 Angestellte und 675 892 Beamte. Der Anteil der Angestellten nahm prozentual am stärksten zu. Gegenüber 1973 stieg der Anteil der organisierten Frauen von 16,5 auf 17,3 Prozent. 1974 betrug die Gesamtzunahme 238 237 Mitglieder.

Mit 2 593 480 Mitgliedern ist die IG Metall die größte Einzelgewerkschaft im DGB und stellt 35 Prozent aller Mitglieder der DGB-Gewerkschaften. Die ÖTV

hat mit 1 051 098 Mitgliedern die Milliongrenze überschritten und erhöhte ihren Anteil an der Gesamtmitgliedschaft auf 14,2 Prozent. Mit 655 703 Mitgliedern ist die IG Chemie, Papier, Keramik die drittgrößte Gewerkschaft im DGB.

Ende 1970 betrug die Gesamtmitgliederzahl der DGB-Gewerkschaften 6 712 547. Innerhalb der letzten vier Jahre ist also die DGB-Mitgliederzahl um rund 700 000 gestiegen. Diese Zahlen zeigen, daß immer mehr Lohnabhängige erkennen: starke und kampffähige Gewerkschaften sind notwendig.

Anträge zum DGB-Kongreß fordern: Konzertierte Aktion verlassen!

In wenigen Wochen, vom 25. bis 31. Mai, findet im Hamburger Congreß-Centrum der 10. ordentliche DGB-Kongreß statt. Nachdem die 16 Einzelgewerkschaften die insgesamt 478 Delegierten gewählt und die dazu berechtigten Organe Anträge eingereicht haben, arbeitet gegenwärtig die Antragskommission Empfehlungen für die zu fassenden Beschlüsse aus. Angesichts der gegenwärtigen Krisensituation und der verstärkten Angriffe auf die Unabhängigkeit der Gewerkschaften erwarten die mehr als 7,4 Millionen Mitglieder der DGB-Gewerkschaften klare Entscheidungen zur Wahrung des sozialen Besitzstandes und zur Verbesserung der Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten (vgl. NACHRICHTEN 3/75 S. 11).

In der Mitgliederentwicklung kann der DGB in Hamburg auf Erfolge hinweisen: Gegenüber dem 9. Kongreß 1972 konnten mehr als eine halbe Million neuer Gewerkschafter gewonnen werden. Insbesondere bei den Angestellten und den Frauen lag der Mitgliederzuwachs über dem Durchschnitt. Allerdings ist der Organisationsgrad mit rund 30 Prozent der Beschäftigten immer noch relativ niedrig. Vor allem bei jugendlichen Arbeitern und Angestellten ist noch viel aufzuholen.

Dazu werden sicherlich die Aktionen der Gewerkschaftsjugend gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenverknappung helfen. In den letzten Wochen folgten Zehntausende von Jugendlichen den Aufrufen der Gewerkschaftsjugend und demonstrierten für ihre berechtigten Forderungen. Allein in Hamburg waren es mehr als 15.000. Die Aktionen der Gewerkschaftsjugend sind ebenso wie die Kundgebungen und Demonstrationen zum 1. Mai ein positiver Auftakt für den DGB-Kongreß. Sie werden es den Delegierten erleichtern, konkrete Forderungen zur Überwindung der Berufsbildungsmisere zu beschließen und auch Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Forderungen festzulegen.

Wenn in Hamburg die Delegierten die zurückliegende Arbeit kritisch prüfen, so müssen sie feststellen, daß 1975 Tarifverträge abgeschlossen wurden, die für Millionen Arbeiter und Angestellte zu stagnierenden und sinkenden Realloöhnen geführt haben. Mit den 6 bis 6,8 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhungen konnten nicht einmal die gestiegenen Preise und Sozialabgaben ausgeglichen werden. Hinzu kommt, daß zahlreiche Unternehmer die letzte Tarifierhöhung auf die bisher gezahlten übertariflichen Zulagen anrechneten.

Obwohl die konkrete Tarifpolitik Sache der Einzelgewerkschaften ist, hat der DGB laut Satzung die Aufgabe, Grund-

sätze für die Tarifpolitik zu erarbeiten. Zweifellos gehört dazu die Frage der weiteren Beteiligung des DGB an der konzertierten Aktion. Die angeführten Ergebnisse in der Tarifpolitik zeigen nur zu deutlich, daß sich diese vom früheren Wirtschaftsminister und heutigen CDU-Mitglied, Karl Schiller, ins Leben gerufene gemeinsame Institution von Unternehmern, Bundesregierung und Gewerkschaften zur Begrenzung von Lohnerhöhungen zum Schaden für die Arbeiterschaft ausgewirkt hat.

Schon vor drei Jahren hatte der 9. DGB-Bundeskongreß im Antrag 73 ausdrücklich einen Beschluß des 8. DGB-Kongresses von 1969 (Antrag 299) bekräftigt. In dem Beschluß heißt es: „Sollte sich erweisen, daß die Bindung an die konzertierte Aktion die Gewerkschaften in ihrer Handlungsfreiheit einschränkt, und dadurch das Ungleichgewicht zwischen Kapital- und Arbeitnehmerinteressen verstärkt, haben der Bundesvorstand und der Bundesausschuß die Frage eines weiteren Verbleibens in der konzertierten Aktion zu prüfen.“

Wäre es nicht an der Zeit dies in Hamburg zu tun? Die Hauptvorstände der Gewerkschaft Holz und Kunststoff und der IG Druck und Papier haben nach entsprechenden Beschlüssen ihrer Gewerkschaftstage Anträge an den 10. DGB-Kongreß gestellt, der DGB möge seine Mitarbeit in der konzertierten Aktion einstellen. Bei Annahme dieser Anträge würde der von Unternehmern, Bundesregierung und Opposition betriebene Politik, die Tarifautonomie einzuschränken, Paroli geboten, und damit eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung einer aktiven Lohn- und Gehaltspolitik geschaffen.

Bei der Rechenschaftslegung des Bundesvorstandes über die Beschlüsse des 9. DGB-Kongresses von 1972 wird möglicherweise der schon zitierte Antrag 73 auch noch in einem anderen Zusam-

menhang eine Rolle spielen. Darin wurde der Bundesvorstand „beauftragt, weiterhin... jährlich eine eigene gewerkschaftliche Zielprojektion zu erstellen“. Diese Zielprojektion wurde letztmalig 1972, also noch vor dem damaligen DGB-Kongreß, vorgelegt, seitdem nicht mehr. Die Zielprojektionen, die den Tarifbewegungen Orientierungspunkte gaben, waren für die Gewerkschaften nützlich und trugen mit dazu bei, daß beachtliche Realloohnerhöhungen durchgesetzt wurden. Es wird sicherlich interessant sein, die wirklichen Beweggründe zu erfahren, die den DGB veranlaßten, keine Zielprojektionen mehr vorzulegen.

Eine detaillierte Zielprojektion, die sich an den Interessen der Lohnabhängigen ausrichtet, könnte auch für die vom DGB angestrebte Investitionskontrolle — nach Heinz Oskar Vetter ein Schwerpunkt des Hamburger DGB-Kongresses — ein gewichtiges Hilfsmittel sein.

Daß die Kommandozentralen der Unternehmerverbände von einer demokratischen Investitionskontrolle nichts wissen wollen, braucht nicht besonders unterstrichen werden. Bedenklich ist, wenn Gewerkschaftsfunktionäre sich als Verteidiger des kapitalistischen Profitsystems befähigen und daher von der Unternehmerpresse gelobt werden. So soll laut „Handelsblatt“ vom 24. März 1975 der Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik beim DGB, Rudolf Henschel, auf einer Tagung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (früher Industriemuseum) über die Formen der überbetrieblichen Investitionsplanung gesagt haben, „daß unser derzeitiges Gesellschaftssystem, trotz der Fehlentwicklung in vielen Punkten, erhaltenswert“ sei. Bei zwei Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeitern, sinkenden Realloöhnen, Lehrstellenmangel usw., ist diese Feststellung völlig unverständlich und löste in Gewerkschaftskreisen Kritik aus.

Im Gegensatz zu Rudolf Henschel sind in dem im vergangenen Jahr beschlossenen Programm der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) und dem Programm der IG Druck und Papier völlig andere Zielstellungen enthalten: Der zunehmenden Machtzusammenballung des Kapitals entgegenzutreten „mit dem Ziel, die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Vormachtstellung durch Besitz und Verfügungsgewalt über Produktionsmittel zu beseitigen“ (aus „Gesellschafts- und berufs-politisches Programm des DPG“).

In der Mai-Ausgabe werden sich NACHRICHTEN ausführlich mit den zum DGB-Kongreß vorliegenden Anträgen beschäftigen und über weitere Probleme informieren.

Werner Petschick

Maiaufruf 1975 des DGB

Arbeitnehmer kämpfen um ihre Rechte

- Sichere Arbeitsplätze
- Gerechtigkeit
- Starke Gewerkschaften
- DGB!
- Internationales Jahr der Frau

Unter diesem Motto begeht der Deutsche Gewerkschaftsbund den 1. Mai 1975.

Gerade jetzt, in einer Zeit wachsender Zuspitzung des politischen Meinungsstreites, müssen die Arbeitnehmer wieder um ihre Rechte kämpfen. Es geht um Rechte, die ihnen reformfeindliche und antigewerkschaftliche Kräfte streitig machen. Es sind jene Kräfte, die versuchen, aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen Unsicherheit für ihre Ziele Kapital zu schlagen.

Die gewerkschaftlichen Forderungen sind jetzt aktueller denn je. Auch die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften wissen sich verpflichtet, einen Beitrag zu leisten, damit sich die sozialen Grundsätze unseres demokratischen Staates weiter bewähren. Auch zu wirtschaftlich schwierigen Zeiten darf der soziale Fortschritt nicht gestoppt werden.

Der DGB fordert vor allem sichere Arbeitsplätze!

Die Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt müssen bekämpft werden. Dazu sind schnell wirksame Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur erforderlich. Zu den Grundrechten der Menschen gehört das Recht auf Arbeit. Dieses Grundrecht kann nur durch Vollbeschäftigung verwirklicht werden.

Der DGB fordert mehr soziale Gerechtigkeit!

Mehr soziale Gerechtigkeit ist das Ziel jeder Reformpolitik. Reformen dürfen deshalb nicht nur an ihren Kosten, sie müssen zuerst an ihrem Nutzen für die Allgemeinheit gemessen werden. Gerechtigkeit für den Arbeitnehmer heißt Mitgestaltung am Arbeitsplatz und im Betrieb, paritätische Mitbestimmung in den Unternehmen. Gerechtigkeit für den Arbeitnehmer heißt gerade im internationalen Jahr der Frau auch Gleichstellung der Frau im Arbeitsleben, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Gerechtigkeit für Arbeitnehmer heißt schließlich Chancengleichheit in Bildung und Beruf.

Der DGB fordert eine menschenwürdige Arbeitswelt!

Schutz der Gesundheit und der körperlichen Unversehrtheit ist oberstes Gebot. Nicht hemmungsloses Streben nach Gewinn darf Zielvorstellung unserer Gesellschaft sein. Im Mittelpunkt muß der Mensch stehen.

Um diese Ziele durchzusetzen, brauchen Arbeitnehmer starke Gewerkschaften! Die Stärke der Gewerkschaften beruht in der Solidarität ihrer Mitglieder, der Frauen wie der Männer, der deutschen wie der ausländischen Kolleginnen und Kollegen, der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Der Einzelne ist hilflos gegenüber den Mächtigen in unserer Gesellschaft. Nur der Zusammenschluß in Einheitsgewerkschaften in parteipolitischer und weltanschaulicher Unabhängigkeit kann diese Macht in ihre Schranken weisen. Wer den Gewerkschaften Machtgelüste im Staate vorwirft, will lediglich seinen eigenen Machtanspruch in der Gesellschaft verschleiern.

Der DGB steht ein für internationale Solidarität der Arbeitnehmer. Aus dieser internationalen Solidarität muß Hoffnung erwachsen. Hoffnung auf ein geeintes Europa, Hoffnung auf eine friedliche Welt.

WGB-Brief an IBFG und EGB

Auf der außerordentlichen Bürotagung des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) Ende Januar in Berlin/DDR (siehe auch NACHRICHTEN Nr. 2 und 3) wurde beschlossen, an die anderen großen internationalen und regionalen Gewerkschaftsbünde heranzutreten und ihnen gemeinsame Beratungen über Maßnahmen zur Abwendung der Krisenfolgen in den kapitalistischen Ländern und die Politik der multinationalen Konzerne vorzuschlagen. Der WGB hat inzwischen zu diesem Zweck ein Schreiben an den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), den Weltverband der Arbeit (WVA), den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und die Organisation der Vereinigten Afrikanischen Gewerkschaften geschickt. Nachstehend der Wortlaut des Schreibens. (Siehe auch unser Interview mit dem WGB-Generalsekretär, Gensous, auf Seite 29)

Liebe Kollegen!

Am 28., 29. und 30. Januar 1975 hielt das Büro des WGB eine außerordentliche Sitzung in Berlin ab, um sich mit der sich verschärfenden ökonomischen Krise des Kapitalismus und ihren Rückwirkungen auf die Arbeiter zu befassen, deren Interessen durch die verringerte Kaufkraft ihrer Löhne, durch Arbeitsplatzunsicherheit und wachsende Arbeitslosigkeit in höchstem Maß gefährdet sind.

In diesem Zusammenhang widmet der WGB der überragenden Verantwortlichkeit der multinationalen Gesellschaften für die gegenwärtigen unbeständigen Bedingungen große Aufmerksamkeit. Die Aktivitäten dieser riesigen Konzerne, die durch die Ausbeutung der Arbeiter die Hauptnutznießer der Krise sind, erzeugen Preissteigerungen, führen zu skandalösen Geldspekulationen und sind eine der Hauptursachen für die sich verschlechternde Lage...

Das bedeutet weiterhin die Organisierung der aktivsten und effektivsten Solidarität unter Arbeitern aller Länder gegen den gemeinsamen Gegner — die Übermacht der großen Konzerne; die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung und neuer wirtschaftlicher Beziehungen, basierend auf der Gleichberechtigung zwischen den Ländern, unter Berücksichtigung der Unabhängigkeit der Völker und nationaler Souveränität.

Das Büro des WGB glaubt, daß diese Einheit nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist, da die öffentlichen Stellungnahmen, die von internationalen und regionalen Gewerkschaftszentralen abgegeben wurden, sehr ähnliche Haltungen gegenüber den schädlichen Auswirkungen der Politik dieser Riesenmonopole und der Notwendigkeit, sich gegen sie zur Wehr zu setzen, offenbaren. Außerdem ist ein gewisser Grad an Zusammenarbeit in diesen Fragen zwischen den Gewerkschaftsorganisationen innerhalb der UNO und ihrer Spezialorganisationen bereits erzielt worden.

Darum hat das Büro des WGB beschlossen, sich mit internationalen Gewerkschaftszentralen in Verbindung zu setzen, sowohl dem IBFG und WVA als auch dem EGB sowie anderen autonomen regionalen Gewerkschaftsorganisationen, um vorzuschlagen, daß bi- und multilaterale Treffen stattfinden sollen, damit eine gemeinsame Analyse der besten Wege, durch die Gewerkschaftsbewegung gemeinsame Aktivitäten gegen die Politik der multinationalen Gesellschaften zu organisieren, durchgeführt werden kann. Andere Angelegenheiten, verbunden mit verschiedenen Aspekten der Krise, könnten auf diesen Zusammenkünften ebenfalls diskutiert werden.

Wir wären dankbar, wenn Sie uns die Meinung Ihrer Organisation zu diesem Vorschlag mitteilen würden. (gekürzt)

gez. Enrique Pastorino,
Präsident des WGB

gez. Pierre Gensous,
Generalsekretär
des WGB

CDU/CSU-Politiker diffamieren gewerkschaftliche Kontakte

Von Christian Götz, Leiter der HBV-Pressestelle

Wenn unsere führenden Wirtschaftsrosse in die Sowjetunion fahren und — was übrigens nur auf der Basis der von der sozialliberalen Koalition realisierten Entspannungspolitik möglich ist — anschließend große Aufträge mit nach Hause bringen, so haben sie sich um die deutsche Wirtschaft und damit um das deutsche Volk verdient gemacht. Wenn Franz Josef Strauß sich (sichtbar genüsslich) zwei Wochen lang von chinesischen Kommunisten der ersten Garnitur hofieren läßt, so stellt er damit erneut sein staatsmännisches Format unter Beweis. Wenn allerdings (wie am 30. Januar 1975 geschehen) der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter den ersten Mann der sowjetischen Gewerkschaften für einige Stunden zu einem Meinungsaustausch empfängt, so ist das ein „Skandal“ und eine moralisch verwerfliche Tat, durch die Prinzipien von Freiheit und Demokratie ver-raten wurden.

Nach diesem „einfachen Strickmuster“, das zwar jeder Logik entbehrt, sich dafür aber gut zur Diffamierung Andersdenkender eignet, beurteilen führende Unionspolitiker (so der Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Richard Jäger, und der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerhard Redemann) und die Springer-Presse — von Fall zu Fall — Ostkontakte.

Natürlich haben weder die Wirtschaftsrosse noch der CSU-Chef ihre jeweiligen kommunistischen Gesprächspartner vor Kontakten aufgefordert, zunächst ihren Lebenslauf einzureichen, um so überhaupt ihre „politische und moralische Legitimation“ für das Gespräch mit einem „Vertreter der freien Welt“ nachzuweisen. (Jeder halbwegs vernünftige Mensch weiß schließlich, daß nach diesen „Prinzipien“ letztlich kein einziger außenpolitischer Kontakt mehr möglich wäre.) — Ginge es nach der Meinung rechter Politiker und Publizisten, so müßte Heinz Oskar Vetter allerdings zunächst dafür sorgen, daß an die Spitze der sowjetischen Gewerkschaften der „richtige Mann“ gewählt wird, bevor er ihn als Gesprächspartner akzeptiert.

In Anwendung dieser „speziellen Logik“ gibt es übrigens noch einen interessanten Unterschied: Jeder Bürger konnte und kann am Fernsehschirm miterleben, daß auch in sozialistischen Ländern der Abschluß von Wirtschaftsabkommen bei einem „offiziellen Essen“ gewürdigt und gefeiert wird. Die deutschen Wirtschaftsrosse lehnen das selbstverständlich nicht ab. Sie sind ja keine „unhöflichen Banausen“. Und Franz Josef Strauß saß während seiner Reise durch Rotchina auch nicht gerade vor leeren Tischen, wenn die Kameras auf ihn gerichtet waren. Er war nicht so dumm, traditionelle Gast-

freundschaft zurückzuweisen und dadurch unter Umständen den politischen Erfolg seines Besuches zu gefährden.

Wenn Heinz Oskar Vetter das nächste Mal in die UdSSR fährt, dann sollte er allerdings darauf bestehen, daß man bewußt unhöflich ist und ihm nur Wasser und trocken Brot vorsetzt. Sonst werden ihm Springer-Journalisten erneut vorwerfen, er habe sich „unwürdig“ verhalten, indem er sich in der Sowjetunion „an Kaviar- und Sektparties beteiligte“.

Man verspürt den dringenden Wunsch, angesichts dieser dummen und zum Teil lächerlichen Vorwürfe einfach zur Tagesordnung überzugehen. Aber das wäre fahrlässig. Die an Beispielen beschriebene „doppelte Moral“ hat nämlich durchaus Methode. Es handelt sich um den massiven Versuch, spezifisch gewerkschaftliche Ostkontakte zu torpedieren, indem man sie in ein schiefes Licht bringt und politisch diskreditiert. Zugleich ist das für führende Unionspolitiker und Springer-Presse eine (weitere) begrüßte Gelegenheit, die demokratisch strukturierten Gewerkschaften und ihre gewählten Repräsentanten zu diffamieren.

Durch völlig unberechtigte Vorwürfe und unqualifizierte Kritik dieser Art dürfen sich die Gewerkschaften auf keinen Fall daran hindern lassen, ihre gewerkschaftlichen Ostkontakte systematisch weiterzuentwickeln, zumal diese Kontakte sich bisher insgesamt bewährt haben.

Das gilt — wie Heinz Oskar Vetter auf einer Pressekonferenz anläßlich des Schelepin-Besuches am 30. Januar 1975 betonte — auch für die deutsch-sowjetischen Gewerkschaftsbeziehungen. Sie sollen deshalb intensiviert werden, wozu insbesondere der Aus-

tausch von Delegationen zu Fachfragen, wie Umweltschutz, Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, Humanisierung der Arbeitswelt usw. gehören wird.

Außerdem diskutierten Schelepin und Vetter über Möglichkeiten, mit gewerkschaftlicher Hilfe den Massentourismus, und zwar in beiden Richtungen (!), zu verstärken. Nun betonen die Unionsparteien ständig, Ostkontakte seien nur dann sinnvoll, wenn sie zu einem „verstärkten Austausch von Menschen und Meinungen“ führten. Der DGB hätte deshalb von seiten der Opposition höchstes Lob für das geplante Vorhaben verdient. Bisher blieb das Lob aus prinzipieller Voreingenommenheit gegenüber den Gewerkschaften, Einseitigkeit und Parteilichkeit siegten wieder einmal, in diesem Fall sogar über eigene Postulate.

Übrigens können alle Kritiker beruhigt sein: Die Gewerkschaften unseres Landes sind sich der gegensätzlichen politischen Systeme in Ost und West, einschließlich der sich daraus zwangsläufig ergebenden unterschiedlichen Bedingungen für die gewerkschaftliche „Rolle“ und Arbeit, durchaus bewußt und „verkleistern“ diese Gegensätze nicht...

Die Befürworter der Entspannungs- und Koexistenzpolitik haben nie behauptet, dadurch würden alle politischen Gegensätze oder gar Systemunterschiede aufgehoben. Es gilt vielmehr, in Kenntnis dieser Fakten, die durch „ideologische Beschwörungsformeln“ nicht aus der Welt geschafft werden, nach Konfliktlösungen zu suchen. Außerdem versucht man, überall dort zu kooperieren und zusammenzuarbeiten, wo es beiden Seiten dient.

Die Wirtschaftsrosse aus Ost und West nutzen solche Gelegenheiten immer stärker; übrigens völlig unbehelligt durch eine Silbe der Kritik von seiten rechter Politiker und Publizisten. Angesichts dieser Tatsache haben die Gewerkschaften nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, dafür zu sorgen, daß auch auf diesem wichtigen Feld Arbeitnehmerinteressen nicht unter die Räder geraten.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit stellt unbestreitbar für das „Funktionieren“ der Entspannungs- und Koexistenzpolitik ein wesentliches Element dar. Daneben müssen aber gleichzeitig — und zumindest gleichrangig! — menschliche und „soziale“ Kontakte entwickelt werden, sonst besteht keine Chance, daß die Entspannungs- und Koexistenzpolitik auch die Qualität von dauerhafter Friedenspolitik gewinnt. Hier stehen sich auch künftig große Aufgaben für die Arbeitnehmerorganisationen in Ost und West.

(Mit freundlicher Genehmigung des Autors aus „Ausblöck“, Zeitschrift von HBV, März 1975, leicht gekürzt)

Erste Europäische Gewerkschaftskonferenz

Die führenden Vertreter von 44 Gewerkschaftsbünden aus 27 europäischen Ländern — darunter H. O. Vetter (DGB), H. Warnke (FDGB/DDR), N. A. Schelepin (UdSSR), L. Murray (TUC/Großbritannien), G. Seguy (CGT/Frankreich) — berieten am 28. Februar und 1. März 1975 gemeinsam über Probleme und Maßnahmen zum Fragenkomplex: „Humanisierung der Arbeitsumwelt, insbesondere Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz und Sozialbedingungen der Arbeitnehmer.“ (Siehe auch NACHRICHTEN März/1975, Seite 1.) Die Konferenz fand im Genfer Gebäude des Internationalen Arbeitsamtes (IAA) statt.

Nachdem ein Jahr zuvor die Führer der Gewerkschaftsbünde Europas am Rande der 2. europäischen Regionalkonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die im Januar 1974 in Genf tagte, die Einberufung dieser Konferenz beschlossen hatte, war dies die erste gemeinsame Veranstaltung von Gewerkschaften verschiedener internationaler Zugehörigkeit und Weltanschauung.

Die führenden Vertreter der Gewerkschaftsbünde aus kapitalistischen und sozialistischen Ländern Europas, von Gewerkschaften des Weltgewerkschaftsbundes (WGB), des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) bzw. Organisationen, die keiner Zentrale angeschlossen sind, stellten fast ausnahmslos fest, daß die Fragen der Verbesserung der Arbeitsumwelt eine enge Zusammenarbeit und Intensivierung der Kontakte zwischen den Gewerkschaften notwendig machen. Zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre sprachen sich für die Ausdehnung dieser Gespräche und Beratungen auch auf andere Fragen aus.

Nachdem vor über 25 Jahren — 1949 — mit der Gründung des antikommunistisch programmierten IBFG die bis dahin einheitliche Weltgewerkschaftsbewegung gespalten wurde, kann man jetzt ohne Zweifel davon sprechen, daß die Genfer Gewerkschaftskonferenz eine Wende in den Beziehungen zwischen den Gewerkschaften Europas hat deutlich werden lassen. Auch das ist ein Ergebnis der Entspannungspolitik.

Indessen wäre es falsch, anzunehmen, daß nunmehr alle Hindernisse für die europäische und weltweite Zusammenarbeit der Gewerkschaften unterschiedlicher internationaler Zugehörigkeit überwunden sind. Sowohl der IBFG-Spitze als auch dem einflußreichen US-amerikanischen Gewerkschaftsbund AFL/CIO gehen gemeinsame Veranstaltungen, aber auch bilaterale Beziehungen zu Gewerkschaften des WGB, gegen den antikommunistischen Strich.

Zuweilen spürt man auch beim DGB seine enge Anbindung an den IBFG, die sich u. a. in einer übertriebenen Rücksichtnahme auf den AFL/CIO-Präsidenten Meany, einen der letzten kalten Krieger dieser Welt, äußert, und den der DGB gern wieder im IBFG sähe. Etwas ungewöhnlich ist auch die Tatsache, daß der DGB mit auffälliger Dürftigkeit (Kurzkommunikation in der „Welt der Arbeit“ am 7. 3. 1975) auf die europäische Gewerkschaftskonferenz reagierte, an der er mit einer vom Vorsitzenden H. O. Vetter geführten Delegation teilnahm, der auch der stellvertretende Vorsitzende Gerd Muhr und das geschäftsführende Vorstandsmitglied Alfons Lappas angehörten.

Die europäische Gewerkschaftskonferenz in Genf hat den Weg für eine engere Zusammenarbeit der Gewerkschaften Europas frei gemacht. Für die Notwendigkeit einer solchen Zusammenarbeit im Interesse der werktätigen Menschen haben sich zahlreiche europäische Gewerkschaftsführer mit aller Deutlich-

keit erklärt, darunter auch der DGB-Vorsitzende Vetter. Möglicherweise wird schon 1976 eine weitere europäische Gewerkschaftskonferenz zum Thema Humanisierung der Arbeitswelt stattfinden.

Nachstehend bringen NACHRICHTEN — bis Redaktionsschluß als einzige Zeitschrift in der Bundesrepublik — die von der europäischen Gewerkschaftskonferenz, also auch vom DGB, beschlossenen Papiere im Wortlaut: das Kommuniqué und zwei Erklärungen. G. S.

Kommuniqué

der Konferenz der Europäischen Gewerkschaften über die Humanisierung der Arbeitsumwelt, insbesondere Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz und Sozialbedingungen der Arbeitnehmer

1. Die Konferenz der Europäischen Gewerkschaften hat am 28. Februar und 1. März 1975 in Genf getagt. 44 Zentralgewerkschaften aus europäischen Ländern nahmen teil. Die Teilnehmerliste liegt bei.

2. Die Hauptthemen der Konferenz waren die Arbeitsumwelt im allgemeinen und insbesondere gefährliche Stoffe, Produkte und Prozesse in Industrie und Handel. Als Grundlage für die Debatten hatte eine Gruppe von Sachverständigen Berichte zu diesen beiden Themen ausgearbeitet. Die Gruppe war von den vier europäischen Arbeitnehmervertretern im Verwaltungsrat des IAA einberufen worden; diese hatten von der im Januar 1974 abgehaltenen Konferenz der Europäischen Gewerkschaften den Auftrag erhalten, die jetzige Konferenz vorzubereiten.

3. Die Delegierten bekräftigten in einer breit angelegten und konstruktiven Debatte die Bedeutung dieser Fragen für die Gewerkschafter in allen Ländern Europas. Sie erkannten ferner an, daß eine erweiterte internationale Zusammenarbeit zur Lösung der Probleme beitragen kann, besonders angesichts der rasch wachsenden internationalen Wirtschaftsbeziehungen, der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit der Nationen und des Einflusses der multinationalen Gesellschaften.

4. In zwei Erklärungen hat die Konferenz die gemeinsame Haltung der europäischen Gewerkschaftszentralen zu diesen beiden Themen festgehalten. Der Wortlaut dieser Erklärungen liegt bei.

5. Die Konferenz forderte die Landesgewerkschaften auf, zu prüfen, wie sie auf Landesebene aktiv zur Verwirklichung der Ziele arbeiten können, die Arbeitsumwelt zu humanisieren und Gesundheit und Sicherheit der arbeitenden Menschen in den Betrieben und Verwaltungen ihrer Länder zu verbessern.

6. Die Konferenz bezeichnete es als wichtig, daß die europäischen Gewerkschaften prüfen, wie sie Fühlung halten und Informationen austauschen können über die Humanisierung der Arbeitsumwelt und den Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer, z. B. gegen Staub und giftige Stoffe. Als Kontaktmittel wurden der Austausch von Informationen sowie Seminare und Austauschbesuche erwähnt; betont wurde, daß die europäischen Gewerkschaftszentralen hierzu auch die Möglichkeiten nutzen sollten, die die Internationale Arbeitsorganisation und andere zwischenstaatliche Organisationen bieten.

7. Die Konferenz beschloß, daß die vier europäischen Arbeitnehmervertreter im Verwaltungsrat des IAA von sich aus die Gewerkschaften in Europa ersuchen sollen, im Lichte der Entwicklung zu prüfen, ob eine weitere Konferenz über dieses wichtige Thema, falls möglich im Laufe des Jahres 1976, zweckdienlich wäre. Diese Konferenz, die wiederum von Sachverständigen, die die vier europäischen Arbeitnehmervertreter im Verwaltungsrat ernennen, vorzubereiten wäre, hätte das bisher Erreichte und die Möglichkeiten für weitere Tätigkeiten

zu prüfen, besonders da die 61. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz 1976 die Probleme des Umweltschutzes erörtern wird.

8. Die Konferenz beschloß, den Generaldirektor des IAA zu ersuchen, die Empfehlungen und Schlußfolgerungen der Konferenz über die Humanisierung der Arbeitsumwelt entgegenzunehmen und in den einschlägigen zukünftigen Programmen zu berücksichtigen. Ferner unterstützte die Konferenz die Empfehlung der Zweiten Europäischen Regionalkonferenz der IAO, in regelmäßiger Folge europäische Regionalkonferenzen abzuhalten, und forderte die Einsetzung eines regionalen beratenden Ausschusses der IAO für Europa.

9. Die an der Konferenz teilnehmenden Gewerkschaften bekräftigten erneut, daß die Entwicklung von Kontakten und Zusammenarbeit zwischen den europäischen Gewerkschaftszentralen nicht auf die Schaffung neuer Organisationen hinausläuft, und daß sie sich auf Fragen der Gewerkschaftspraxis konzentrieren muß. Sie erkannten an, daß sie verschiedenen Gesellschaftssystemen angehören und verschiedene Weltanschauungen haben; sie bejahten indessen, daß innerhalb dieses Rahmens die Zusammenarbeit zwischen europäischen Gewerkschaften in gewerkschaftlichen Fragen, besonders im Themenbereich der Konferenz möglich und notwendig ist.

10. Die Konferenz dankte dem IAA für die Unterstützung und Gastfreundschaft während der Vorarbeiten und der Abhaltung der Konferenz.

„Bessere Arbeitsumwelt ebenso wichtig wie höhere Löhne“

Nachstehend der Wortlaut der Erklärung der europäischen Gewerkschaftskonferenz zu grundsätzlichen Fragen und Forderungen zur Problematik „Humanisierung der Arbeitsumwelt“:

Die Konferenz der Europäischen Gewerkschaften über die Humanisierung der Arbeitsumwelt, insbesondere Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz und Sozialbedingungen der Arbeitnehmer, die vom 28. Februar bis 1. März 1975 in Genf getagt hat, erklärt:

1. Ein grundlegendes Ziel der Gewerkschaftsbewegung besteht darin, im Hinblick auf die Förderung der Würde des einzelnen Arbeitnehmers Arbeit in einer völlig vor körperlichen und geistigen Schäden geschützten Umwelt bei einem Schutz- und Hygieneniveau zu sichern, das jederzeit mit der technischen Entwicklung Schritt hält. Das Ziel ist ferner, sinnvolle Arbeitsbedingungen für den einzelnen Arbeitnehmer zu schaffen. Dies gilt für alle Wirtschaftsformen, das private Unternehmertum und die öffentlichen Dienste.

2. In der industrialisierten Welt bleiben die traditionellen Probleme der Arbeitsumwelt, und als Folge der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung entstehen rasch neue Probleme.

3. Die Gewerkschaftsbewegung hat jedoch heute und in Zukunft die Aufgabe, nicht nur schädliche psychische, physische und chemische Faktoren der Arbeitsumwelt auszuschalten, sondern auch Bedingungen für den einzelnen Arbeitnehmer vorzubereiten, die ihm Wohlergehen bei der Arbeit sichern und ihm die Möglichkeit geben, seine eigene Arbeitssituation zu beeinflussen.

Die Beteiligung des Arbeitnehmers muß sich auf die Sicherheit am Arbeitsplatz, die Planung und Gestaltung der Infrastruktur, den Produktionsprozeß und die Arbeitsabläufe sowie die betrieblichen Entscheidungsinstanzen auf allen Ebenen erstrecken.

Die Gewerkschaftsbewegung muß verlangen, daß die physischen, geistigen und sozialen Bedürfnisse der Arbeitnehmer

bei der Planung des Produktionsprozesses berücksichtigt werden.

4. Die Verbesserung der Arbeitsumwelt ist genauso ein Teil der heutigen gewerkschaftlichen Arbeit wie die Sicherung höherer Löhne und einer volleren, besseren Beschäftigung.

5. Mittel, Wissen und Technik bieten heute die Möglichkeit, die Arbeitsumwelt in dieser Form zu humanisieren und zu demokratisieren.

6. Als wesentliche Vorbedingung für die Entwicklung, wie wir sie uns vorstellen, muß gelten, daß die Arbeitnehmer jederzeit und rechtzeitig vollständige und verständliche Informationen über die Tätigkeit und die Lage des Unternehmens erhalten.

7. Die Gewerkschaftsbewegung muß dafür sorgen, daß unsere grundlegenden Ziele in Bezug auf die Arbeitsumwelt auf dem Wege über die Gesetzgebung und Tarifverträge verwirklicht werden.

Die Konferenz stellt fest, daß die Rechtsvorschriften über die Arbeitsumwelt in den europäischen Ländern ausgebaut und wirksamer gestaltet werden müssen. Sie begrüßt die Vorbereitung fortschrittlicher Gesetzgebung, die zur Zeit stattfindet.

8. Die Gesetzgebung und / oder das Tarifrecht müssen den Unternehmensleitungen die Verantwortung für die Gewährleistung einer sicheren Arbeitsumwelt und die Wahrung und Einhaltung anerkannter Normen auferlegen. Dabei sollte von einer Bewertung aller Faktoren ausgegangen werden, die die körperliche und geistige Gesundheit und das Wohlergehen der Arbeitnehmer beeinflussen. Zuwiderhandlungen müssen geahndet werden. Die Gewerkschaften müssen Vollmacht haben, die Anwendung dieser Vorschriften zu überwachen.

Die Behörden müssen das Unternehmen verpflichten, für eine laufende Kontrolle und Überwachung im Rahmen der Arbeitsumwelt zu sorgen. Die Gewerkschaft muß auf Experten zurückgreifen können, um die entsprechenden Messungen zu überprüfen, und die Behörden müssen diese erproben.

9. Die Arbeitnehmer sind an der Planung und Gestaltung einer sicheren und gesunden Arbeitsumwelt zu beteiligen, die das Wohlbefinden des Arbeitnehmers fördert.

10. Gesetzgebung und / oder Tarifrecht müssen den Weg zur Wahl von Arbeitsschutzbeauftragten erschließen, die die Arbeitnehmer in Fragen des technischen und medizinischen Arbeitsschutzes vertreten.

Die Arbeitsschutzbeauftragten müssen auf Kosten des Unternehmens geschult und ausgebildet werden. Sie müssen die erforderliche Zeit für Inspektionen haben; auch müssen sie das Recht haben, die Einstellung jeder Arbeit zu verfügen, die ihrer Meinung nach mit einer durch unzulängliche oder fehlende Vorbeugungsmaßnahmen bedingten Gefahr für Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer verbunden ist, bis die zuständige öffentliche Arbeitsschutzinstanz entschieden hat, ob die Arbeit fortgesetzt werden kann.

In Firmen sollten Arbeitsumweltausschüsse geschaffen werden. Diese Ausschüsse achten auf Gefahren für Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer; auch obliegt ihnen die Vorbereitung und Überwachung von Maßnahmen zur Verhütung solcher Gefahren. Sie sind mit umfassenden Rechten in Fragen der Arbeitsumwelt ausgestattet und können u. a. von der Betriebsführung fordern, daß sie Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsumwelt trifft. Sie müssen das Recht haben, Sachverständige wie z. B. Betriebsärzte und technische Experten an ihrer Arbeit zu beteiligen.

11. Die Konferenz ist der Auffassung, daß die Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung im Zusammenhang mit der Humanisierung der Arbeitsumwelt mehr Koordinierung zwischen den europäischen Gewerkschaftsbünden erfordert. Dies macht eine weitergehende internationale Zusammenarbeit zwischen ihnen

notwendig. Besonders notwendig ist dies angesichts der rasch wachsenden internationalen Wirtschaftsbeziehungen, der wechselseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit zwischen unseren Ländern und des Einflusses der multinationalen Konzerne. Die Forderungen der Gewerkschaftsbewegung müssen in den verschiedenen Ländern im gleichen Umfang durchgesetzt werden, damit es nicht zu einer Gefährdung von Arbeitsplätzen durch ungleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen Unternehmen kommt. Die gleichen Forderungen müssen daher in allen industrialisierten Ländern gestellt werden. Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer sind keine Ware. Die Arbeitnehmer sollten keine Gefahren auf sich nehmen, selbst wenn diese teilweise durch höhere Löhne ausgeglichen werden.

12. Die Politik der nationalen Gewerkschaftsbünde sollte ständig überprüft und aufeinander abgestimmt werden, damit die staatlichen und zwischenstaatlichen Mittel für die Verbesserung der Arbeitsumwelt wirksam und rationell eingesetzt werden.

13. Die Konferenz unterstreicht die positiven Ergebnisse der Diskussionen über die Arbeitsumwelt. Sie sollten durch weitere Kontakte in diesen Fragen fortgesetzt werden. Die Konferenz hält es für wichtig, daß die europäischen Gewerkschaftsbünde Informationen über die Humanisierung der Arbeitsumwelt, Staub und die fortgesetzte Verwendung wie auch die weitere Entdeckung von giftigen Stoffen austauschen. In diesem Zusammenhang sollten die europäischen Gewerkschaftszentralen auch die Möglichkeiten nutzen, die ihnen von der Internationalen Arbeitsorganisation und anderen zwischenstaatlichen Organisationen geboten werden.

14. Die 61. Internationale Arbeitskonferenz der IAO wird die Probleme des Umweltschutzes beraten. Die Konferenz ersucht den Generaldirektor des IAA, die Empfehlungen und Schlußfolgerungen dieser Konferenz Europäischer Gewerkschaften über die Humanisierung der Arbeitsumwelt im Hinblick auf ihre Aufnahme in die künftigen einschlägigen Programme des IAA entgegenzunehmen. Die Konferenz unterstützt ferner die Empfehlung der Zweiten Europäischen Regionalkonferenz, daß regelmäßig europäische Regionalkonferenzen abgehalten werden sollten. Darüber hinaus fordert sie, daß ein regionaler Beratender Ausschuß der IAO für Europa geschaffen wird.

Mitbestimmung bei Regeln für Umgang mit gesundheitsgefährdenden Stoffen

Ein Spezialthema der europäischen Gewerkschaftskonferenz über die „Humanisierung der Arbeitsumwelt“ waren Fragen des Schutzes beim Umgang mit gesundheitsgefährdenden Stoffen und Produkten in Handel und Industrie. Dazu verabschiedete die Konferenz folgende Erklärung:

1. Die Konferenz Europäischer Gewerkschaften über die Verbesserung der Arbeitsumwelt, insbesondere Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz und Sozialbedingungen der Arbeitnehmer, die am 28. Februar und 1. März 1975 in Genf durchgeführt wurde, betont die Bedeutung der Zusammenarbeit europäischer Gewerkschaften bei der Sicherung einer besseren Arbeitsumwelt und gibt den Bemühungen, die sich auf die Probleme gesundheitsgefährdender Substanzen und Produkte richten, hohe Priorität.

2. Mit zunehmender Häufigkeit werden Informationen über die ernsthaften Effekte des Gebrauchs von Substanzen und Produkten verbreitet, von denen viele bereits seit mehreren Jahren verwendet werden. Viele dieser Produkte werden von den Arbeitnehmern ohne ausreichende Informationen über die damit verbundenen Gesundheitsrisiken und ohne ausreichenden Schutz benutzt.

3. Gewerkschaften müssen eine wirksame Beteiligung bei der Festlegung der Kriterien für den Gebrauch gesundheitsgefähr-

dender Stoffe und Produkte verlangen, damit der Gesundheit der Arbeitnehmer sowie der Arbeitsumwelt und nicht nur den technischen und ökonomischen Faktoren Priorität gegeben wird. Daher müssen Arbeitnehmervertreter echten Einfluß bei den Managemententscheidungen bezüglich gesundheitsgefährdender Substanzen haben, sowie bei der Auswahl von Materialien, der Gestaltung der Produktion und den Produktionsverfahren und die generelle Kontrolle der Arbeitsumwelt; Gewerkschaften, Arbeitnehmervertreter und Arbeitnehmer müssen klare und eindeutige Informationen über den Umgang mit gefährlichen Substanzen und Produkten erhalten. Die Arbeitnehmer müssen das Recht haben, das Arbeiten mit Stoffen abzulehnen, deren Wirkungen auf die Gesundheit unbekannt sind.

4. Die innerstaatliche Gesetzgebung muß die Verantwortung für eine sichere und gesunde Arbeitsumwelt eindeutig dem Management und den Arbeitgebern übertragen. Produzenten und Importeure müssen nach dem Gesetz verantwortlich sein für eine entsprechende Überprüfung, um sicherzustellen, daß Stoffe und Produkte ungefährlich sind oder daß geeignete Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden. Informationen über den Arbeits- und Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer, die durch ständige Kontrollen gewonnen werden, müssen den nationalen Behörden zur Verfügung gestellt werden.

5. Nationale Behörden haben die Verantwortung, die Gesundheit, die Sicherheit und das Wohlergehen der Arbeitnehmer zu überwachen, und sollten daher geeignete Mittel haben, dieses Ziel zu erfüllen, einschließlich gesetzlicher Möglichkeiten, gesundheitsgefährdende Substanzen und Produkte zu verbieten, zu genehmigen und zu kontrollieren. Die Entwicklung nationaler und internationaler Normen und Regeln muß in enger Kooperation mit Gewerkschaften vorgenommen werden. Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreter müssen in der Lage sein, an geeigneten Einrichtungen und Verfahren auf nationaler und betrieblicher Ebene teilzunehmen, um die Gesundheit und Sicherheit ihrer Mitglieder zu gewährleisten. Die Arbeitgeber haben einen Katalog bzw. ein Register der verwendeten Substanzen zu führen.

6. Entscheidend für die Gewährleistung eines sicheren und gesunden Arbeitsplatzes ist die Entwicklung von Forschung und Bildung als Voraussetzung ausreichender Sicherheitsbedingungen auf nationaler Ebene. Notwendig sind insbesondere chemische Analysen, toxikologische Tests chemischer Substanzen und epidemiologische Erhebungen über exponierte Arbeitnehmergruppen.

7. Ergebnislohnsysteme, die Gesundheitsgefahren für die Arbeitnehmer mit sich bringen, sollten durch Tarifvertrag unterbunden werden.

8. Maßnahmen sollten auf internationaler Ebene ergriffen werden, um nationale Bemühungen zu unterstützen, welche darauf gerichtet sind zu verhindern, daß Unterschiede in nationalen Arbeitsbedingungen bestehen, die dazu führen könnten, daß Investitionen in Ländern mit weniger günstigen Bedingungen oder Regelungen umgeleitet werden. Die Bemühungen hinsichtlich gesundheitsgefährdender Substanzen sollten koordiniert werden, um Ländern mit niedrigeren Normen Unterstützung zu leisten. In diesem Zusammenhang ist ein befriedigendes System der Beschriftung von Substanzen notwendig, unter besonderer Beachtung der Symbole und Sprachen, in denen die Anweisungen für Herstellung, Verwendung und Transport gegeben werden. Produkte müssen in der Sprache des Herstellungs- und Verwendungslandes und der Transportländer beschriftet werden. Die Verwendung von Code-Namen, welche die wirkliche Natur von Stoffen verschleiern, sollte untersagt werden.

9. Die Forschung über gefährliche Stoffe und Produkte sollte international koordiniert werden.

10. Internationale Organisationen, einschließlich der IAO, sollten sich der Frage internationaler Maßnahmen für die Kontrolle der Gefährdung durch chemische Substanzen und Produkte

annehmen. Sie müssen derartige Aufgaben bei der Planung ihrer zukünftigen Arbeit berücksichtigen.

11. Internationale Instrumente auf diesem Gebiet müssen entwickelt und kontrolliert werden, ebenso wie internationale Richtlinien für die Praxis usw.

12. Die Konferenz fordert, daß die IAO in Zusammenarbeit mit der WHO und anderen Organisationen eine internationale Datenbank errichtet, die Informationen sammelt — über giftige Substanzen in der Produktion sowie über wissenschaftliche Dokumente — um nationale Körperschaften, Institutionen und Organisationen in die Lage zu versetzen, sich ein volles Bild über die Verwendung giftiger Substanzen sowie die durchgeführte Forschung zu machen. Regierungen und Produzenten sollten die Pflicht haben, die erforderlichen Informationen bereitzustellen.

13. Eine internationale Einigung über die Festsetzung von Schwellenwerten ist dringend erforderlich. Die IAO sollte einen ständigen Expertenausschuß zu diesem Zweck ernennen, der die Schwellenwerte regelmäßig im Lichte neuerer Kenntnisse und Erfahrungen überprüfen sollte. Gewerkschaften sollten an diesem Ausschuß beteiligt sein, und sie werden sich bald über die Methoden zur Festsetzung von Schwellenwerten einigen müssen.

14. Die Konferenz erachtet es als nützlich, die bi- und multilaterale Zusammenarbeit europäischer Gewerkschaften im Hinblick auf die Probleme gesundheitsgefährdender Arbeitsstoffe und Produkte zu verbessern und in diesem Zusammenhang Delegationen und Informationen auszutauschen. Europäische Gewerkschaften sollten auch die diesbezüglichen Möglichkeiten der IAO nützen.

GEW zur Bildungspolitik

Auf der außerordentlichen Vertreterversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft am 8. März 1975 in Köln wurde nachfolgende „Entscheidung zur bildungspolitischen Lage“ angenommen:

Die Vertreterversammlung stellt fest,

daß Parlamente und Regierungen in der Bundesrepublik, besonders seit Ende der sechziger Jahre, der Entwicklung des Bildungswesens Vorrang gegenüber anderen öffentlichen Aufgaben eingeräumt haben. Die Bildungsausgaben sind stärker gestiegen als die Ausgaben für andere Bereiche. Die Zahl der heranwachsenden Bürger, die weiterführende Bildungseinrichtungen besuchen wie Realschulen, Gymnasien, 10. Klassen der Hauptschulen, berufliche Vollzeitschulen, Hochschulen, ist erheblich gestiegen. Die Anzahl der Lehrer, Erzieher und Hochschullehrer ist im Verhältnis stärker gestiegen als die Zahl der Schüler und Studenten.

Diese Ausweitung und Verbesserung des Bildungswesens entsprach dem gesamtgesellschaftlichen Bedürfnis nach einer größeren Zahl intensiver ausgebildeter Arbeitskräfte zur Sicherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angesichts der Entwicklung von der Produktions- zur Dienstleistungsgesellschaft. Diese Entwicklung entsprach aber auch dem Bedürfnis vieler Millionen einzelner Arbeitnehmer, ihren Kindern durch eine bessere Bildung soziale Sicherung und sozialen Aufstieg zu ermöglichen.

Nicht zuletzt wegen dieses Vorrangs wirtschaftlicher Beweggründe sind die wesentlichen Bestandteile der Bildungsreform — z. B. Elementarbereich, Gesamtschulen, Ganztagschulen, neue Lehrpläne und neue Lehrverfahren — gegenüber der Ausweitung bestehender Einrichtungen und der Verbesserung

äußerer Bedingungen ins Hintertreffen geraten. Eine Entwicklung des Bildungswesens in der Bundesrepublik, die nicht nur den traditionell begünstigten Gesellschaftsschichten und den aufstiegswilligen Familien aus den anderen Schichten der Gesellschaften zugute kommt, ist bisher nur in Ansätzen vorhanden. Die Gleichheit der Chancen ist noch nicht verwirklicht.

Staat und Bürger haben ihre Anstrengungen auf den Erwerb der Befähigungen konzentriert, die im beruflichen und sozialen Wettbewerb direkt verwertbar sind. Veränderungen der Inhalte und der Verfahren in den Bildungseinrichtungen, die statt Konkurrenz Solidarität, statt Wettbewerb Hilfsbereitschaft und statt Egoismus Gemeinsinn fördern wollen, konnten daher nicht durchgesetzt werden. Die sozialen und humanen Bestandteile der Bildungsreform sind kaum zum Zuge gekommen. Dies ist einer der wesentlichen Gründe dafür, warum gerade bei besonders engagierten Lehrern, Erziehern und Wissenschaftlern trotz der umfangreichen äußeren Verbesserungen tiefe Unzufriedenheit wegen der Situation des Bildungswesens besteht.

In dieser Lage, da die stürmische Ausweitung des Bildungswesens durch die entschiedene Veränderung seiner Strukturen, Inhalte und Verfahren ergänzt werden muß, liefert die aktuelle wirtschaftlich-politische Entwicklung den Anlaß, die finanzielle Förderung des Bildungswesens zu bremsen und damit der inneren Veränderung den Boden zu entziehen. Inhaber staatlicher und wirtschaftlicher Machtpositionen benutzen das vorübergehende Konjunkturtief, um die Entwicklung zur inneren Reform zu verhindern. Für die Angriffe derjenigen Politiker, Publizisten und Unternehmer, die Bildungsausgaben nur unter dem Gesichtspunkt der Verwertung von Kapital und der Verwirklichung von Aufstiegsbedürfnissen sehen können, ist nunmehr mit der Massenarbeitslosigkeit und den geschwächten Staatskassen der Boden bereitet. Sie mißbrauchen die aktuellen Schwierigkeiten unseres Wirtschaftssystems, um Entscheidungen von langfristiger Wirksamkeit für die Entwicklung des Bildungswesens herbeizuführen, die vorwiegend durch ihre eigene Interessenlage bestimmt sind.

Wenn auch die Weltwirtschaftslage schwer durchschaubar und das Ergebnis der sich verändernden weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung noch nicht abzusehen ist, so dürfte doch die Bundesrepublik in steigendem Maße ihren Beitrag für die Weltwirtschaft nur bei einem hohen Ausbildungsniveau der Beschäftigten leisten können. Das Abbremsen von Bildungsausgaben wird sich als verantwortungslos gegenüber der Zukunft unserer Gesellschaft entpuppen. Mindestens ebenso verantwortungslos ist es jedoch, den Zuwachs der Ausgaben für das Bildungswesen und Jugendhilfe in dem Augenblick zu drosseln, wo diese Ausgaben endlich auch den bisher benachteiligten Kindern und Jugendlichen zugute kommen würden.

Die allmähliche Erhöhung der staatlichen Bildungsausgaben in der Bundesrepublik auf den vom Deutschen Gewerkschaftsbund entsprechend den Erfahrungen in anderen Ländern geforderten Wert von acht Prozent des Bruttosozialprodukts ist möglich. Dieser Zuwachs ist einzuordnen in die steigenden Bedürfnisse für andere Gemeinschaftsaufgaben — z. B. Gesundheitswesen, Umweltschutz — und muß zu einer planvollen Veränderung in der Verteilung unseres Sozialprodukts auf die privaten und die öffentlichen Bedürfnisse führen. Die 1975 und wahrscheinlich auch 1976 zwangsläufig nur niedrigen Zuwachsraten in den öffentlichen Ausgaben rechtfertigen keineswegs die grundsätzlichen Einschränkungen, die in einigen Bundesländern für das Bildungswesen angekündigt oder verwirklicht worden sind.

Die Vertreterversammlung fordert

für 1975 und die folgenden Jahre die Beschäftigung aller vorhandenen Lehrer, sozialpädagogischen Fachkräfte und Hochschullehrer. Darüber hinaus fordert sie, daß die Ausbildungskapazitäten nicht entscheidend vermindert werden. Nur bei Erfüllung dieser Forderung können Ausbau und innere Veränderung aller Einrichtungen des Bildungswesens nach den Zielen des Bildungsgesamtplans und den bildungspolitischen Vorstel-

lungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes vorgenommen werden. Angesichts der gegenwärtigen Lage müssen dabei das Angebot eines 10. Vollzeitschuljahres für alle Schüler und der Ausbau der beruflichen Vollzeitschulen einschließlich überbetrieblicher Werkstätten den Vorrang haben, um die Jugendarbeitslosigkeit schnell abzubauen und das Versagen des bisherigen von privaten Entscheidungen der Unternehmer und Konjunkturläufen abhängigen Berufsausbildungssystems auszugleichen. Vorübergehenden Notmaßnahmen und den damit verbundenen Belastungen vor allem für die Berufsschullehrer stimmt die GEW nur zu, wenn die Berufsbildungsreform gleichzeitig zügig verwirklicht wird.

Die Vertreterversammlung erwartet

von allen Gliederungen der GEW bis hin zur Kreis- und Ortsebene Aktivitäten gegenüber den Wahlkreisabgeordneten, die im Landesparlament letztlich über die Anzahl der Planstellen für Lehrer und sozialpädagogische Fachkräfte beim Haushalt entscheiden. Der jeweils bestehende Mangel an Fachkräften soll präzise festgestellt und den Abgeordneten als Widerspruch zu bestehenden Einstellungssperren und zu früheren Versprechungen der Regierungen und Parteien dargestellt werden. In Zusammenarbeit mit den örtlichen Elternvertretungen und Elternorganisationen sowie mit den anderen DGB-Gewerkschaften soll in Diskussionsveranstaltungen, Kundgebungen oder Demonstrationen der Widerspruch zwischen der Arbeitslosigkeit von Lehrern und dem Lehrermangel in den Schulen immer wieder öffentlich diskutiert werden.

Die Vertreterversammlung erwartet

Von den Kolleginnen und Kollegen, die wegen des Lehrermangels Überstunden erteilen, daß sie diese Mehrarbeit aufgeben, sofern in ihrem Land Lehrer nicht eingestellt werden, die die von ihnen erteilten Mehrarbeitsstunden übernehmen könnten. Schüler, Eltern und Öffentlichkeit sind über diese Vorgänge rechtzeitig zu informieren.

Die Vertreterversammlung warnt

vor den Manipulationen mit der Arbeitszeit der Lehrer, wie sie eine Kommission von Staatssekretären für ein Abkommen der Länderregierungen vorschlagen will, das am 1. 8. 1975 in Kraft treten soll. Jeder Versuch, anstelle einer Beteiligung der Lehrer an der Arbeitszeitverkürzung eine Erhöhung der Unterrichtsstundenzahl einzuführen, wird auf den energischen Widerstand aller Lehrer stoßen. Die Auswirkungen auf die Arbeitssituation an den Schulen wären verhängnisvoll.

Die Vertreterversammlung bekräftigt

die immerwährende Aufgabe der GEW, den Zusammenhang von gewerkschaftspolitischen und bildungspolitischen Zielen für alle Arbeitnehmer überzeugend herauszuarbeiten. Inhaber der wirtschaftlich-politischen Macht versuchen, das Konjunkturtief mit der Massenarbeitslosigkeit und der Angst vieler Arbeitnehmer zur Abwehr der gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung und Mitverantwortung zu mißbrauchen. Die gleichen Kräfte wenden sich gegen eine durchgreifende Reform der beruflichen Bildung und eine Weiterführung der Reform des gesamten Bildungswesens, weil sie nicht zuletzt die Durchsetzungsfähigkeit der besser vorgebildeten Arbeitnehmer fürchten.

Die Vertreterversammlung fordert

mit dem 9. Bundesbeamtentag des DGB

- die sofortige Einstellung aller ausgebildeten Lehrer in den Schuldienst,
- die sofortige Einbeziehung aller Beamten in die allgemeine Arbeitszeitverkürzung des öffentlichen Dienstes,
- die sofortige Einführung eines freiwilligen 10. Schuljahres als Vorstufe für ein 10. Pflichtschuljahr für alle Schüler als erste Maßnahme für eine Vereinheitlichung der Sekundarstufe, um durch eine höhere Qualifikation aller Schüler eine der Ursachen von Jugendarbeitslosigkeit zu beseitigen.
- die sofortige Einführung des Berufsgrundbildungsjahres als 11. Schuljahr.

Berufsbildungsreform im Jugendinteresse!

In seiner Sitzung am 6. März 1975 hat sich der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, das höchste Organ zwischen den Kongressen, mit der Situation in der Berufsbildung und mit der Jugendarbeitslosigkeit beschäftigt. Aus seiner Stellungnahme veröffentlichen wir folgende Auszüge:

Der DGB erwartet von den Bundesländern:

- die umgehende Einführung des 10. Pflichtschuljahres;
- den beschleunigten Ausbau des schulischen Berufsgrundbildungsjahres;
- den Ausbau und die zusätzliche Errichtung beruflicher Vollzeitschulen, die zu qualifizierten Berufsabschlüssen führen;
- den Ausbau der Berufsschulen und eine Ausweitung der Berufsschulzeit;
- die Durchführung zusätzlicher Maßnahmen zur Beseitigung des Lehrermangels an den beruflichen Schulen.

Der DGB erwartet von Bund und Ländern:

- als Gemeinschaftsaufgabe die gemeinsame Finanzierung des Ausbaus des beruflichen Schulwesens und anderer öffentlicher Einrichtungen der Berufsbildung;
- die vorrangige Förderung des Ausbaus von Berufsbildungseinrichtungen in den Konjunkturförderungsprogrammen.

Der DGB erwartet von der Bundesanstalt für Arbeit:

- eine Verstärkung des Berufsberatungsangebotes, die Errichtung von Berufsinformationszentren und die Weiterentwicklung geeigneter Informationsmittel zur Berufswahl;
- die Verstärkung der Hilfen für noch nicht berufsfähige Jugendliche;
- zusätzliche Grundausbildungslehrgänge für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz;
- die vorrangige Nutzung von Belegungsmöglichkeiten in Berufsbildungseinrichtungen und Jugendwohnheimen, die durch die Bundesanstalt gefördert wurden für Bildungsmaßnahmen von Jugendlichen;
- Weiterführung der flexiblen und unbürokratischen Arbeitsweise bei den Initiativen zur Durchführung beruflicher Qualifizierungsmaßnahmen für ungelernete arbeitslose Jugendliche.

Der DGB erwartet von den Betriebs- und Personalräten und Jugendvertretern:

- die Nutzung aller Einflußmöglichkeiten, um weitere qualifizierte berufliche Bildungsmaßnahmen in den Betrieben zu schaffen und für eine ordnungsgemäße Durchführung der Berufsbildung zu sorgen.

Der DGB hofft, daß — gemeinsam mit den Gewerkschaften — alle Verantwortlichen in dieser Gesellschaft eine Reform der Berufsbildung im Interesse der Jugendlichen unterstützen und durchsetzen. Nur durch eine grundlegende Reform der Berufsbildung können die Mängel des vorhandenen Berufsbildungssystems und die einseitige Verfügbarkeit über das Ausbildungsangebot durch die Arbeitgeber auf Dauer beseitigt werden.

Entscheidung gegen Frauen

Die Ablehnung der Fristenlösung im Rahmen des Paragraphen 218 durch das Bundesverfassungsgericht ist ein Rückschlag im Streben nach mehr Demokratie und mehr sozialer Gerechtigkeit. Diese Entscheidung gegen das Parlament und gegen die in Not geratenen Frauen und Familien schreibt ein entwürdigendes Kapitel der Rechtsgeschichte fort.

Neben der ausführlichen formalen Definition, daß auch schon die Leibesfrucht menschliches Leben sei, fehlt die Auseinandersetzung mit dem tatsächlichen Leben, mit der millionenfachen Not, dem Elend und Leid verzweifelter Frauen. Nicht das soziale Problem, das den Gesetzgeber zur Neuregelung veranlaßt, nicht die Tatsache von zweierlei Recht für arm und reich oder die Unmenschlichkeit der Realität bewegte die Mehrheit der Verfassungsrichter. Das Minderheitsvotum der zwei Richter, die die Entscheidung ablehnen, spricht dies deutlich aus.

Das Urteil isoliert uns von der Entwicklung in Europa und in der Welt; in den meisten Nachbarstaaten gilt die Fristenlösung oder eine Praxis, die den Schwangerschaftsabbruch ohne Angst in einer Klinik ermöglicht. In Frankreich und Österreich haben die höchsten Gerichte die Fristenlösung als verfassungsgemäß eingestuft. In den USA ist gerade das Gesetz, das den Abbruch der Schwangerschaft in den ersten drei Monaten verbietet, als Verstoß gegen die in der Verfassung garantierten Menschenrechte gewertet worden. Die Richter in Karlsruhe haben sich gegen diese einhellige Entwicklung ausgesprochen. Die doppelte Moral, das häßliche Gemisch aus Lüge, Angst und Heuchelei und die Möglichkeit, aus Not und Furcht Geschäfte zu machen, werden fortbestehen.

Auch das Bundesverfassungsgericht läßt den Schwangerschaftsabbruch unter bestimmten Voraussetzungen zu. Indem es aber die Entscheidung darüber nicht den Betroffenen überläßt, spricht es den Frauen das Recht auf Selbstbestimmung und freie Entfaltung der Persönlichkeit ab. Nunmehr ist es unerlässlich, den verbleibenden Spielraum soweit als möglich auszufüllen. Wir werden aber nicht vergessen, wer dafür verantwortlich ist, daß alles Bemühen jetzt nur noch zu einer zweitbesten Lösung führt.

Eugen Loderer in „Metall“, Nr. 5, 11. März 1975, Seite 2 — Zeitung der IG Metall.

Kompetenzen überschritten

Das Bundesverfassungsgericht hat der Versuchung nicht widerstanden, sich als oberste politische Gewalt, als Gesetzgeber über dem Gesetzgeber aufzuspielen. Weit hinter dem gesellschaftlichen Bewußtsein in diesem Lande, weit auch hinter Gesetz und Rechtsprechung in vielen anderen



westlichen Ländern zurückbleibend, hat das Gericht die Fristenregelung verworfen und nicht nur das: Es hat dem Gesetzgeber praktisch vorgeschrieben, ein neues Gesetz vorzulegen, und es hat den Inhalt dieses Gesetzes durch die in seinem Spruch enthaltenen Übergangsregelungen bereits diktiert. Damit hat es seine Kompetenzen überschritten.

Die Mehrheit des Karlsruher Senats hat ein Urteil gegen die Frauen gesprochen. Die Richter haben mit dem Urteil aber auch sich selbst und dem für ihre Arbeit notwendigen öffentlichen Vertrauen in ihre Überparteilichkeit geschadet. Das politische Rollenverständnis, die Besetzung des Gerichts und seine juristische Qualität werden in Zukunft immer wieder zur Diskussion stehen.

„Welt der Arbeit“, Nr. 9, 28. Februar 1975, Seite 2 — Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Doppelte Moral

Für Gewerkschafter und alle fortschrittlichen Kräfte in diesem Lande, die engagiert für die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten drei Monaten eingetreten sind und es sich bei ihren Entscheidungen gewiß nicht leicht gemacht haben, wirkt dieses Urteil wie ein Schlag ins Gesicht. Dabei braucht es keiner Phantasie, um die Klageerhebung einzuordnen in eine ganze Kette von Aktivitäten der konservativen Kräfte in der CDU/CSU, die eindeutig darauf hinauslaufen, Parlamentsentscheidungen und den Mehrheitswillen der Bevölkerung zu ignorieren und diese durch Gerichtsentscheidungen wieder rückgängig zu machen.

Unter der Vorspiegelung von moralischen Vorstellungen wird hier handfeste Machtpolitik betrieben. Fragen wir uns nach den Inhalten dieser Moral, dann ist dies eine doppelte — eine, von der sie reden, und eine, nach der sie handeln. Sitzen denn nicht die, die zweifelhafte Stellungnahmen über den Einsatz atomarer Sprengköpfe abgeben, gleichzeitig aber von der Unverletzbarkeit werdenden Lebens reden, in ihren Reihen?

„druck und papier“, Nr. 5, 3. März 1975, Seite 6 — Zentralorgan der Industriegewerkschaft Druck und Papier.

Einseitige Machtpositionen

Seit Jahr und Tag wird von bestimmten Kräften in unserem Lande das Schreckgespenst des Gewerkschaftsstaates an die Wand gemalt. Die Gewerkschaften haben angeblich zuviel Einfluß im Parlament, auf die Regierung und bereiten über die erweiterte Mitbestimmung die totale Macht ergreifung in Wirtschaft und Gesellschaft vor. Je öfter diese Parole wiederholt wird und je mehr zarte Gemüter vor dem angeblich heraufziehenden Funktionsstaat zittern, um so besser und ungestörter können die für diese Zweckpropaganda verantwortlichen Kreise ihre eigenen Machtpositionen behaupten und ausbauen.

Gelegentlich gibt es aber Ereignisse, die allen, die nicht gerade mit Blindheit geschlagen sind, deutlich machen, wie die wirklichen Machtverhältnisse in unserem Lande liegen. Ein solcher Vorgang war der Mitte Januar zuge-spitzte Streit um die Berufsausbildung... Bei dieser aktuellen Auseinandersetzung ist aber wohl auch die Frage erlaubt, welche Reaktionen es in Funk und Fernsehen, der Presse und der gesamten Öffentlichkeit geben würde, wenn zum Beispiel die Gewerkschaften ihre Mitbestimmungsforderungen mit massiven Streikdrohungen unterstreichen würden. Das wäre dann selbstverständlich für alle eine Erpressung.

Wenn aber die Unternehmer praktisch durch die Aussperrung — die Nichtzulassung von Jugendlichen zu offensichtlich vorhandenen Ausbildungsplätzen ist nichts anderes — von Tausenden von Jugendlichen ihre Politik durchsetzen wollen, dann liefert dieser Erpressungsversuch den besten Beweis dafür, daß auch auf diesem Gebiet wirksame Reformen unumgänglich sind.

Dieser Vorgang zeigt aber auch, daß das dumme Geschwätz von dem drohenden Gewerkschaftsstaat nichts als Legende ist. Wahr ist, daß die Unternehmer die Macht besitzen, und sie haben wieder einmal mehr gezeigt, daß sie bereit sind, diese Macht in die Waagschale zu werfen, wenn es darum geht, ihre Position zu erhalten. Es bleibt zu hoffen, daß die deutsche Öffentlichkeit, insbesondere aber die Arbeitnehmer, dieser Entwicklung die entsprechende Aufmerksamkeit schenken und in Zukunft die Kräfte im politischen Kampf noch mehr unterstützen, die über Reformen bereit sind, einseitige Machtpositionen so zu verändern, daß wir ausgeglichene Verhältnisse in unserem Staat haben und solche Erpressungsversuche unmöglich gemacht werden.

Alois Pfeiffer in „Der Säkemann“, Nr. 3, März 1975, Seite 3 — Organ der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Fortwirtschaft.

IG Druck und Papier stellt Programm-Entwurf zur Diskussion

Wie NACHRICHTEN (11/74) bereits berichtete, hat der Hauptvorstand der IG Druck und Papier anlässlich des 10. ordentlichen Gewerkschaftstages in Hamburg auftragsgemäß einen Programmentwurf zu „Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften im letzten Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts“ unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen vorgelegt. „Nach einer breiten Diskussion in der Mitgliedschaft und den Organen unserer Gewerkschaft“ soll das Programm entsprechend einer Ankündigung des Ersten Vorsitzenden der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, auf einem späteren Kongreß beschlossen werden.

Mit dem vorliegenden Entwurf hat sich die IG Druck und Papier aktiv in die Diskussion zur Klärung inhaltlicher Fragen einer seit Jahren erwogenen Neufassung des DGB-Grundsatzprogramms eingeschaltet. Bereits auf dem im Mai 1975 stattfindenden 10. ordentlichen DGB-Kongreß dürften die im Entwurf aufgeworfenen Problemstellungen und Fragen nicht unbeachtet bleiben.

Anknüpfend an das gültige DGB-Grundsatzprogramm von 1963 werden in dem Entwurf der gewerkschaftliche Kampf kritisch untersucht und über die Rolle sowie Ziele und Aufgaben der Gewerkschaften als Kampforganisation der Arbeiterklasse im Kapitalismus allgemeingültige Aussagen gemacht. Diese sind nicht nur für den Bereich der IG Druck und Papier, sondern für die Strategie und Taktik einer an den Interessen der arbeitenden Menschen ausgerichteten Gewerkschaftspolitik für alle DGB-Gewerkschaften von Bedeutung. In diesem Sinne verlangt der Entwurf eine kämpferische Gewerkschaftspolitik, betont, die Einheitsgewerkschaften zu stärken, sie im Betrieb fest zu verankern und die innergewerkschaftliche Demokratie auszubauen. Konsequenter wird die Unternehmerideologie zurückgewiesen und sichtbar gemacht, daß für die Gewerkschaften „ohne progressive Theorie keine progressive Praxis möglich ist“ (S. 70).

Der mit Anhang 104 Seiten umfassende Entwurf gliedert sich in vier Hauptteile: A) Die gesellschaftliche Lage der Arbeitnehmer; B) Ziele und Aufgaben der Gewerkschaften; C) Durchsetzung gewerkschaftlicher Ziele; D) Gewerkschaften in Europa.

Im analytischen Teil über die Lage der Arbeiter (der zusammengefaßt und gefestgestellt: „Der Gegensatz zwischen rafft sicherlich noch an Aussagekraft gewinnen würde) wird u. a. treffend Kapital und Arbeit (ist) keineswegs beiseite... Auch die kapitalistische Gesellschaft unserer Tage wird durch entscheidende Machtübergewichte in den Händen des Kapitals und die sich dar-

aus ergebende spezifische Klassenlage der Arbeitnehmer gekennzeichnet... Aus Gründen der Profitmaximierung werden die Arbeitsbedingungen verschärft, die Arbeitsintensität nimmt zu. Die Investitionsentscheidungen der privaten Kapitaleigner bestimmen sowohl über die Arbeitsplätze wie über die Richtung der Produktion.“

Die Gewerkschaften sehen sich mit einer Situation konfrontiert, die „nicht mehr einfach (durch) die Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse“ gekennzeichnet ist. „Das deutsche und europäische Unternehmertum ist in eine Phase der Machtausdehnung nach innen und außen angetreten... Die deutschen und europäischen Gewerkschaften sehen sich großen Monopolen gegenüber, die weitgehend Staat und Gesellschaft beeinflussen... In zunehmendem Maße werden staatliche Entscheidungen vorweg bestimmt durch wirtschaftliche Entscheidungen großer Konzerne... Die bisherige Konjunkturpolitik war im wesentlichen eine Politik zur Stabilisierung der Gewinne“ (S. 9 bis 22).

Neben diesen und weiteren treffenden Aussagen übernimmt der Entwurf allerdings die von der SPD-Führung geprägte These einer angeblichen „öffentlichen Armut“ (S. 14). Ist ein Staat, der jährlich mehr als 30 Milliarden für eine sinnlose Rüstung verpulvert und den Konzernen Milliarden-Geschenke macht, wirklich arm? Es wäre zu begrüßen, wenn die vom letzten Gewerkschaftstag erhobene Forderung, die Rüstungsausgaben zu senken sowie das gewerkschaftliche Verlangen nach einer konsequenten Friedens- und Entspannungspolitik in das Programm aufgenommen würden.

Zu den Zielen und Aufgaben der Gewerkschaften wird erklärt: „Wollen die Arbeitnehmer ihre betrieblichen, wirtschaftlichen und politischen Interessen wahren, so müssen sie der Macht, die das Eigentum gibt, ein Gegengewicht entgegensetzen“ und „Machtkontrollen durchsetzen“. Dazu werden gerechnet:

„Starke und streikbereite Gewerkschaften, Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen und in der Gesamtwirtschaft, politische Kontrollen“ (S. 23). Der Forderung nach freier gewerkschaftlicher Betätigung im Betrieb wird große Bedeutung zugemessen. Die aktive Tarifpolitik soll auch künftig ihre zentrale Rolle unter den gewerkschaftlichen Aufgaben behalten.

In den Darlegungen zur Mitbestimmung wird betont, sie sei weder Selbstzweck noch Ziel, sondern ein Mittel zur Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse. Der Entwurf bekräftigt erneut die Forderung, „markt- und wirtschaftsbeherrschende Unternehmen und Schlüsselindustrien in Gemeineigentum zu überführen“ sowie „demokratische Investitionskontrolle und -steuerung“. Allerdings bedürfen die Grundforderungen „Sozialisierung“ und „Investitionskontrolle“ eine ebensolche Konkretisierung, wie sie bei der Mitbestimmung entwickelt wurde. Im Entwurf wird darauf verwiesen: „Das Grundgesetz hat sich nicht für eine bestimmte Wirtschaftsordnung entschieden. Auch eine sozialistische Wirtschaft ist mit den Bestimmungen des Grundgesetzes vereinbar“ (S. 36).

Im Abschnitt „kollektives Arbeitsrecht“ erfolgt nicht nur eine umfassende Wertung des arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Charakters des gültigen Betriebsverfassungsgesetzes, sondern offensiv werden die Forderungen zur gesetzlich garantierten freien gewerkschaftlichen Betätigung im Betrieb, Verbot jeglicher Aussperrung und nach gesichertem Streikrecht begründet. Unter anderem heißt es: „Auch der politische Streik ist zulässig... Desgleichen muß der spontane Streik auch juristisch rechtmäßig sein... kann es wirtschaftspolitische Entwicklungen geben, in den der Kampf um Lohnerhöhungen während der Laufzeit eines Tarifvertrages verständlich ist“ (S. 38/39). Probleme der Arbeitsbedingungen, der Sozial-, Bildungs- und Medienpolitik werden z. T. unter neuen Gesichtspunkten behandelt.

Besonders hervorzuheben ist der umfangreiche Hauptabschnitt der sich mit der „Durchsetzung gewerkschaftlicher Ziele“ beschäftigt (S. 52 bis 75). Die Skala reicht von der grundsätzlichen Rolle der Gewerkschaften und den allgemeinen Bedingungen zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen bis zur Darlegung vorrangiger Aufgabenbereiche. NACHRICHTEN werden sich mit dieser Problematik in einem weiteren Beitrag noch ausführlich beschäftigen.

Nicht zuletzt sind im vierten Hauptabschnitt (S. 76 bis 80) Aussagen zur internationalen Gewerkschaftspolitik von Bedeutung — mit der richtigen Einschätzung: „Die Gewerkschaften müssen für die Zukunft damit rechnen, daß sich für sie im Zuge multinationaler Ka-

Vertreterversammlung der GEW mit widersprüchlichen Aussagen

Am 8. März 1975 fand in Köln die außerordentliche Vertreterversammlung der GEW statt. Im Hintergrund standen die Attacken des Vorsitzenden der GEW, Erich Frister, gegen die Einheitsgewerkschaft in den letzten Monaten. Auf der Tagesordnung stand die Nachwahl eines zweiten stellvertretenden Vorsitzenden, eine Entschließung zur bildungspolitischen Lage, die Ergänzung der Satzung der GEW, eine Wahlordnung für Direktwahl und die Bestätigung des stellvertretenden Vorsitzenden des Fachgruppenausschusses Hochschulen.

Die Nachwahl des zweiten stellvertretenden GEW-Bundesvorsitzenden war notwendig geworden, weil Helmut Lohmann am 27. Januar 1975 von dieser Funktion zurücktrat. Er verweist in seiner schriftlichen Begründung darauf, daß die von der Kieler-Vertreterversammlung 1971 beschlossene Reformkommission, deren Vorsitzender er war, Vorschläge zur Stärkung der GEW ausgearbeitet habe, vor denen sich die GEW, vor allem durch Entscheidungen des Hauptvorstandes, immer mehr entfernt habe. Lohmann vertritt die Auffassung, daß die gewerkschaftliche Stärke auf der Aktivität der Mitglieder in einer straffen Organisation beruhe. Er wendet sich gegen Ausschlüsse, die sich nicht auf konkrete und bestimmte nachweisbare Tatsachen oder Handlungen gründen und fürchtet daher ein Abrutschen der GEW aus der rechtsstaatlichen Demokratie.

Als zweiter stellvertretender Vorsitzender wurde der bisherige Landesvorsitzende Baden-Württembergs, Siegfried Vergin, mit 256 Stimmen bei 117 Gegenstimmen und 17 Enthaltungen gewählt. Er gilt politisch als rechts stehend. Als gegen seine Kandidatur von Delegierten aus Baden-Württemberg gewichtige Argumente vorgebracht wurden, konnte Jörn Norden (Hamburg) einen sofortigen Schluß der Debatte durchsetzen.

Die „Entschließung der bildungspolitischen Lage“ stellt fest, daß die Chancengleichheit nicht verwirklicht ist. Inhaber staatlicher und wirtschaftlicher Machtpositionen benutzen das vorübergehende Konjunkturtief, um die Entwicklung zur inneren Reform zu verhindern. Das Abbremsen von Bildungsausgaben sei verantwortungslos gegenüber der Zukunft der Gesellschaft.

Es werden zahlreiche Forderungen aufgestellt, die, wenn sie zur Grundlage der gewerkschaftlichen Aktivität werden, trotz auf dieser Vertreterversammlung sichtbar werdenden negativen Entwicklungen diese überlagern und daher dennoch zu einer weiteren Stärkung dieser Gewerkschaft führen können. In seiner Begrüßungsrede verwies der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter darauf, daß es notwendig sei, die Einheitsgewerkschaft vor jeder Gefährdung zu bewahren. Jedes Hineinregieren von Parteien in die Einheitsgewerkschaft gefährde diese. Der DGB dürfe nicht zum Tummelplatz einseitiger parteipolitischer Exzesse werden. Aus seinen Ausführungen war allerdings nicht zu überhören, daß er bereit ist, der SPD gewisse Konzessionen einzuräumen.

Heftig umstritten war ein Antrag des Hauptausschusses, der vorsieht, dem Hauptvorstand das Recht einzuräumen,

essen der Arbeitnehmer national und international zu fördern“.

Allein diese komprimierte Übersicht macht deutlich, daß der Programm-Entwurf berechnete Forderungen der arbeitenden Menschen und eine an ihren Interessen ausgerichteten Gewerkschaftspolitik zum Ausdruck bringt. Nicht nur die Mitgliedschaft der IG Druck und Papier sollte sich mit diesem bedeutungsvollen Entwurf vertraut machen und durch eine breite Diskussion prüfen, wie er noch verbessert werden kann. Werner Petschick

Mitglieder ohne Einschalten der Schiedskommissionen bei Verstoß gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB auszuschließen. Trotz einer gerade zu diesem Tagesordnungspunkt zeitweilig erzeugten Atmosphäre der Intoleranz stimmten 97 Delegierte, das sind 26 Prozent, gegen die Ergänzung des Paragraphen 8 Ziffer 4 der Satzung. 277 Delegierte, 18 mehr als zur Zweidrittelmehrheit notwendig, befürworteten die Satzungsänderung. Die Vertreterversammlung beschloß eine „Ordnung für die Durchführung von Direktwahlen in der GEW“. Sie gilt für alle Wahlen zu Organen von GEW-Gliederungen und Untergliederungen sowie Fachgruppengremien, die durch die Mitgliedschaft direkt vorgenommen werden, sofern der Kreis der Wahlberechtigten 250 Mitglieder übersteigt. Danach sind Wahlen innerhalb der nächsten 5 auf die Wahlversammlung folgenden Werktagen an zwei Tagen in vom Wahlausschuß zu bestimmenden, zentralgelegenen Wahllokalen aufzustellen. Die zusätzliche Einrichtung fliegender Wahllokale ist zulässig. Des weiteren besteht auch die Möglichkeit der Briefwahl. Gegen dieses Wahlverfahren wurden Bedenken vorgebracht hinsichtlich seiner Praktikabilität und auch der Kosten. Ohne nähere Begründung lehnte die Vertreterversammlung die Bestätigung des stellvertretenden Vorsitzenden des Fachgruppenausschusses Hochschulen, Karl Schmidt, Hamburg, ab.

Nach der außerordentlichen Vertreterversammlung in Köln wird es jetzt notwendig sein, durch eine sachliche, an den Interessen der überwiegenden Mehrheit der Lehrer und Wissenschaftler orientierten Gewerkschaftspolitik wieder zu einer kontinuierlichen Arbeit zu kommen. Die Entschließung zur bildungspolitischen Lage kann hierzu eine Hilfe sein. (Siehe auch S. 18/19)

Heinz Schäfer

HBV lehnt Unternehmerangebot ab

Als völlig unzureichend hat die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) das Unternehmerangebot zurückgewiesen, die Gehälter der rund 300 000 Bankangestellten um 6,5 Prozent zu erhöhen. Die Gewerkschaft fordert Erhöhungen zwischen 8 und 9,6 Prozent sowie Abschluß eines neuen Manteltarifvertrages. An der Spitze der Forderungen steht ein Mindesturlaub von 25 Arbeitstagen, Verstärkung der sozialen Sicherheit bei längerer Krankheit und Berufsunfähigkeit sowie die Sicherung des Arbeitsplatzes für Bankangestellte über 45 Jahre. Darüber hinaus wird ein tarifvertraglich abgesicherter Bildungsurlaub verlangt.

Gefährdung der Einheitsgewerkschaft

Der 2. Landesbezirksvorsitzende der IG Druck und Papier in Hessen, Manfred Balder, nahm am 6. März 1975 in einer Mitgliederversammlung seiner Organisation in Offenbach am Main zu der Behauptung des GEW-Vorsitzenden, Erich Frister, Stellung, die Gewerkschaften würden sich ihrem Selbstverständnis nach nicht als Klassenorganisationen verstehen. Er erklärte hierzu:

Die gegenwärtige krisenhafte Entwicklung macht deutlich, daß wir kampfstärke Gewerkschaften brauchen. Dabei stellt sich eindringlich die Frage: Welchen Charakter muß eine gewerkschaftliche Organisation haben? In der Auseinandersetzung mit Kollegen, die marxistische Auffassungen vertreten, hat Erich Frister vor dem Hauptausschuß der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft behauptet, daß die Einheitsgewerkschaft nach dem Verständnis des DGB und seiner einzelnen Gewerkschaften keine Klassenorganisation wäre.

Dieser Behauptung des Kollegen Frister muß nachdrücklich widersprochen werden; sie ist nicht nur falsch, sondern auch gefährlich. Sie widerspricht nicht nur der Geschichte der Gewerkschaften, sondern auch ihrem heutigen Selbstverständnis und ihrer Politik. Die gewerkschaftlichen Aussagen hierzu sind eindeutig. So stellte Heinz Oskar Vetter 1971 auf dem außerordentlichen DGB-Bundeskongreß fest, daß sich in den vergangenen hundert Jahren nichts geändert hat und die Arbeiter und Angestellten nur durch die Gewerkschaften der gesellschaftlichen Übermacht derjenigen, die über Kapital und Eigentum an den Produktionsmitteln verfügen, eigene Macht entgegenstellen können.

Aus der Logik dieser Erkenntnis ergibt sich, daß die Gewerkschaften nur Klassenorganisationen sein können. Anders ist auch nicht die Aussage des 2. Vorsitzenden der IG Metall, Hans Mayr, zu verstehen, wenn er vor wenigen Tagen auf der 8. Angestelltenkonferenz seiner Organisation sagte, daß alle Gruppen und Schichten der Arbeitnehmer, Arbeiter und Angestellte, zu einer Klasse gehören. Im gleichen Sinne hat sich der hessische DGB-Vorsitzende, Armin Clauss, auf der 10. ordentlichen Landesbezirksdelegiertenkonferenz geäußert, indem er feststellte: „Die Einheitsgewerkschaft ist die einheitliche Organisation derjenigen, deren gesellschaftliches Schicksal durch die gleiche Klassenlage bestimmt ist. Als Selbsthilfe- und Kampforganisation sind die Gewerkschaften ökonomische und soziale Interessenvertretungen der Arbeitnehmer und daneben politische Bewegung.“

Aus diesen Erklärungen muß abgeleitet werden, daß der Kollege Frister sich nicht in Übereinstimmung mit der erklärten Politik des DGB und seiner Einzelgewerkschaften befindet. Abwegig und gefährlich wird die Position des Kollegen Frister aber auch dadurch, daß er faktisch führenden Gewerkschaftsfunktionären unterstellt, ihr gewerkschaftliches Selbstverständnis würde zu einer Richtungsgewerkschaft führen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Frister gefährdet mit seinen Attacken die Einheitsgewerkschaft, schwächt unsere Kraft gegen die Unternehmer und orientiert auf antikommunistische Richtungsgewerkschaften. Die Einheitsgewerkschaft ist aber eine bedeutende Errungenschaft der Arbeiterbewegung, die nach schweren Niederlagen aufgebaut wurde; deshalb müssen wir sie gegen jeden Angriff verteidigen, unter welchen Vorzeichen sie auch immer in Frage gestellt wird.

IG Bau hat 40 000 Angestellte

Nachdem von Oktober 1974 bis Februar 1975 im Organisationsbereich der IG Bau, Steine, Erden die Bezirks-Angestelltenkonferenzen stattgefunden haben, tagte am 8. und 9. März 1975 die 7. Bundesangestelltenkonferenz in Würzburg. Die erreichte Zahl von

40 000 organisierten Angestellten, bei insgesamt rund 500 000 Gewerkschaftsmitgliedern, wurde auf der Konferenz als „stolze Bilanz“ qualifiziert.

Gegenstand der Beratungen, wie auch der Referate und Anträge, war u. a. die Tarifpolitik.

PERSONALIEN

Wilhelm Biedorf, langjähriger Leiter des gewerkschaftseigenen Bundesverlages, ist Ende Februar im Alter von 68 Jahren gestorben. Biedorf leitete das DGB-Unternehmen von 1952 bis 1972.

Luis Figueroa, Präsident des verbotenen chilenischen Gewerkschaftsbundes OUT, wurde mit einer Delegation vom DGB-Vorsitzenden Vetter empfangen. Figueroa bekam von Vetter einen Scheck über 100 000 DM als Ergebnis einer Spendenaktion überreicht. Mit dem Geld soll die große Not vieler Familien von Verfolgten und Gefangenen in Chile gelindert werden.

Prof. Dr. Josef Schleifstein, Direktor des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), vollendete am 15. März 1975 sein 60. Lebensjahr. Schleifstein gilt als ein hervorragender Kenner der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der Lehren von Marx, Engels und Lenin. Durch die Herausgabe der 15bändigen Franz-Mehring-Ausgabe und durch zahlreiche Veröffentlichungen ist er weit über die Grenzen der BRD als marxistischer Wissenschaftler anerkannt.

Eugen Stotz, geschäftsführendes Hauptvorstandsmitglied der IG Druck und Papier, ist vom Aufsichtsorgan der Büchergilde Gutenberg als Nachfolger des verstorbenen Helmut Dreßler zum Geschäftsführer der Büchergilde Gutenberg berufen worden. Über die Nachfolge Stotz' im geschäftsführenden Hauptvorstand und in der Redaktion „Druck und Papier“ liegen noch keine Angaben vor.

Karl-Heinz Troche, geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Hauptkassierer der IG Metall, ist im Alter von 50 Jahren am 13. März 1975 gestorben. Troche war seit 1949 hauptamtlich bei der IG Metall beschäftigt. Er war u. a. Jugendsekretär, Bevollmächtigter und Geschäftsführer der Gewerkschaft in Dortmund. Seit dem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag, Anfang Oktober 1971, war er geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Hauptkassierer.

Heinz Oskar Vetter, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, wird auf dem 10. ordentlichen DGB-Bundeskongreß Ende Mai in Hamburg wieder für diese Funktion kandidieren. Damit haben sich langwierige Bemühungen einer großen DGB-Gewerkschaft als erfolglos erwiesen, von der es gerücheweise geheißt hatte, sie betreibe die Ablösung Vetters, weil er zu wenig auf diese Gewerkschaft höre. Offenbar hat dieses Tauziehen hinter den Kulissen jetzt zu einem Kompromiß geführt. Danach soll der jetzt erst 57 Jahre alte Vetter in Hamburg zum letzten Mal kandidieren.

Betriebsratswahl 1975: Für Kandidaten mit klarem Ziel

Ein erstes Ergebnis der im März begonnenen Betriebsratswahl 1975 liegt vor: In allen sechs inländischen VW-Werken hat die IG Metall insgesamt den Anteil ihrer Betriebsratsmandate von 80 auf 84 Prozent steigern können, das sind 193 von 230 Sitzen. Noch weiter abgeschlagen wurden die Spalter- und Splitterorganisationen: Der Christliche Metallarbeiterverband (CMV) erhielt nur noch 28 statt bisher 31 Mandate, die DAG nur drei gegenüber sechs.

Damit bestätigte sich ein verstärkter Trend zur Einheitsgewerkschaft, wie er auch in kleineren Teilergebnissen schon erkennbar wurde. Die Arbeiter-schaft erteilt den Propagandisten der Richtungsgewerkschaft eine Abfuhr.

Sehr nachdrücklich wandte sich der verantwortliche Redakteur der „Deutschen Post“ (Nr. 6), dem Organ der Deutschen Postgewerkschaft, Klaus-Dieter Zemlin, gegen die Aktivitäten des sogenannten Christlichen Gewerkschaftsbundes im Zusammenhang mit den Betriebsratswahlen. Die rege propagandistische Tätigkeit des CGB, die aus den Beiträgen der zahlenmäßig nie genau angegebenen Mitglieder nicht finanziert werden könnte, stehe im krasen Gegensatz zu seiner Bedeutungslosigkeit im tarif- und gesellschaftspolitischen Geschehen.

Die „historisch überholte Richtungsgewerkschaft“, schreibt Zemlin, der selbst Mitglied der CDU ist, sei „für die christlich-demokratischen Mitglieder der Einheitsgewerkschaft keine Alternative, um aus der einen oder anderen Schwierigkeit, mit der sie sich dort herumzuschlagen haben, herauszukommen.“ Zemlin warnte die CDU davor, sich einseitig auf den CGB festzulegen.

Die Betriebsratswahlen, die laut Betriebsverfassungsgesetz bis zum 31. Mai durchgeführt sein müssen, stehen dieses Mal besonders im Zeichen von Krise und Krisenfolgen und der damit verbundenen Notwendigkeit, den erreichten sozialen Standard im Betrieb zu verteidigen. Mehr denn je sind aktive, die Positionen der Gewerkschaften vertretende Betriebsräte notwendig.

Aus diesem Grunde empfiehlt sich, daß die Betriebsratskandidaten vor ihrer Wahl deutlich machen, nach welchen Prinzipien sie später als gewählte Mitglieder des Betriebsrats ihre Tätigkeit im Interesse der Belegschaft auszuüben gedenken. Beispielhaft für eine solche „Plattform“ ist der Orientierungsrahmen des Landesbezirks Hessen der IG Druck und Papier zur Betriebsratswahl 1975, der folgende Kriterien für die Auswahl der Kandidaten aufstellt:

„Die Kandidaten treten dafür ein, als Betriebsratsmitglieder

— ihre Tätigkeit an den Grundsätzen der gewerkschaftlichen Politik zu orientieren und nicht durch innerbetriebliche Zugeständnisse die von den Gewerkschaften durchgesetzten tariflichen und gesetzlichen Errungenschaften zu gefährden;

— die betriebsverfassungsrechtlichen Bestimmungen voll auszuschöpfen und insbesondere gegenüber der Geschäftsleitung auf rechtzeitige und umfassende Information über alle wesentlichen betrieblichen Vorgänge zu bestehen;

— die Belegschaft ständig über die betrieblichen Probleme zu informieren und regelmäßig Rechenschaft über ihre Tätigkeit abzulegen;

— Maßnahmen zur Sicherung der Ar-

beitsplätze, insbesondere hinsichtlich der tariflichen Besetzungsvorschriften durchzusetzen und die Zustimmung zu Überstunden nur in besonderen Ausnahmefällen zu geben;

— bei Kurzarbeit die Zustimmung zu verweigern, wenn dringende betriebliche Erfordernisse nicht gegeben sind und keine Ausgleichszahlung gewährt wird;

— bei Kündigungen in der Regel keine Zustimmung zu geben, sondern Widerspruch zu erheben bzw. mindestens eine angemessene Abfindung für den Verlust des Arbeitsplatzes zu vereinbaren;

— eine Politik zu entwickeln, die auf die vertragliche Absicherung der über-tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen orientiert;

— die IG Druck und Papier bei der Erarbeitung von Betriebsvereinbarungen im Planungsstadium einzuschalten;

— die Zusammenarbeit mit dem Vertrauenskörper auf der Grundlage der Richtlinien der IG Druck und Papier zu organisieren;

— die Betriebsversammlungen in gemeinsamen Besprechungen mit den Vertrauensleuten vorzubereiten;

— regelmäßig an den Bildungsveranstaltungen der IG Druck und Papier teilzunehmen, um sich die Kenntnisse anzueignen, die für eine konsequente Interessenvertretung im Betrieb notwendig sind!“

G. Siebert

Sprecherausschüsse bedingt zulässig

In zwei Beschlüssen hat das Bundesarbeitsgericht „Sprecherausschüsse“ für leitende Angestellte, sofern sie nicht als Konkurrenzorgane des Betriebsrats in Erscheinung treten, als zulässig erklärt (Aktz. 1 ABR 55/73 und 1 ABR 94/73). Damit ist klargestellt, daß solche „Sprecherausschüsse“ nicht generell, sondern nur unter bestimmten Bedingungen zulässig sind.

Zu diesen Bedingungen gehört, daß sie lediglich für den eng begrenzten Personenkreis im Sinne des § 5 Abs. 3 BetrVG errichtet werden, der — wie das Bundesarbeitsgericht schon früher entschieden hat — „in unmittelbarer Nähe zum Unternehmer und deshalb in einem natürlichen Interessengegensatz zur Belegschaft und zum Betriebsrat steht“. Weiter dürfen an der aktiven und passiven Wahl zum „Sprecherausschuß“ nur Angestellte teilnehmen, auf

die diese Definition zutrifft. Darüber hinaus hat das BAG entschieden, daß ein für diesen kleinen Personenkreis gebildeter „Sprecherausschuß“ leitender Angestellter im Gegensatz zum Betriebsrat keine Vereinbarungen treffen kann, die unmittelbarer Bestandteil einzelner Arbeitsverhältnisse werden.

Mit diesen BAG-Beschlüssen ist wiederum der gewerkschaftliche Standpunkt bestätigt worden, daß der Betriebsrat das alleinige Vertretungsorgan für die nach dem Betriebsverfassungsgesetz aktiv und passiv Wahlberechtigten ist. Jeder Betriebsrat wird dort, wo die von den Unternehmern gewünschten „Sprecherausschüsse“ gebildet werden, besonders darauf achten müssen, daß sie den ihnen gesteckten engen Rahmen nicht verlassen und etwa zum Konkurrenzorgan des Betriebsrats werden.

Arbeitslose und Gewerkschaften haben die gleichen Interessen

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik haben Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit einen so hohen Stand erreicht wie in der Gegenwart. Trotz allem Zweckoptimismus ist von einer Wende noch nichts zu spüren. Und selbst wenn die Zahl der Arbeitslosen eine rückläufige Entwicklung nimmt, wird mit einer Arbeitslosenquote von 3 bis 3,5 Prozent oder 800 000 Arbeitslosen in diesem Jahr gerechnet. Arbeitslosigkeit als Disziplinierungs- und Druckmittel wird wieder einmal von den herrschenden Kräften brutal angewandt. Ausdruck dafür ist das gesteigerte Arbeitstempo, sind die völlig unzureichenden Ergebnisse der jüngsten Tarifrunden und nicht zuletzt die soziale Unsicherheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Nicht wenige Stimmen warnen davor, den Bogen zu überspannen. Denn, so wird gesagt, dies könnte zur „Radikalisierung“ in der Arbeiterschaft, vor allem unter den Arbeitslosen führen. Die Befürchtungen dieser „Warner“ laufen allerdings in die Richtung, daß Arbeitslose und die noch in Arbeit stehenden Kollegen mehr und mehr nach den Ursachen der Krise, der Arbeitslosigkeit, fragen könnten. Geschieht dies, wächst zwangsläufig die Erkenntnis, daß die Verantwortlichen für diese Misere in den Chefetagen der Konzerne sitzen und die Ursachen im kapitalistischen Profit- und Ausbeutungssystem liegen.

Um aber von den wahren Ursachen abzulenken, werden die Krise und deren Folgen als „weltweit“ und „schicksalhaft“ hingestellt, wird in zunehmendem Maße offen oder versteckt nach dem „starken Mann“ gerufen, der wieder Ordnung und Sicherheit in unserem Lande schaffen soll. Die Rattenfänger von „rechts“ wittern wieder Morgenluft. Mit sozialer Demagogie versuchen die Rechtskräfte, die Arbeiterschaft und Mittelschichten auf den Leim zu führen. Das erinnert fatal an die dreißiger Jahre.

In dieser Situation haben alle demokratischen Kräfte der Bundesrepublik, allen voran die Gewerkschaften als demokratische Massenorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten eine große Verantwortung und Aufgabe. Denn es gilt, einer unheilvollen Rechtsentwicklung entschieden entgegenzuwirken. Wie wiederholt gefordert, sollten sich die Gewerkschaften stärker mit den Anliegen der Arbeitslosen beschäftigen.

Vorrangige Aufgabe eines jeden Gewerkschafters ist ohne Zweifel die Entwicklung und Förderung der Solidarität zwischen den in Arbeit stehenden Kol-

legen und Kollegen und den Arbeitslosen. Eine altbekannte Taktik der Unternehmer ist die Methode: teile und herrsche oder Zuckerbrot und Peitsche. Und je größer die Uneinigkeit der Kollegen im Betrieb, je tiefer der Spalt zwischen den Arbeitslosen und den in Arbeit stehenden Kollegen, um so leichter gelingt den Unternehmern die Ausübung ihrer Herrschaft, um so besser floriert die Ausbeutung.

Angesichts dieser Erfahrungen der Arbeiterbewegung ist es jetzt wichtig, Formen und Methoden zu entwickeln, durch die das solidarische Handeln der Lohn- und Gehaltsabhängigen gefördert wird. Dabei ist besonders dringlich, daß der Kontakt zu aktiven Ge-

**Besser informiert
durch
NACHRICHTEN**

werkschaftern, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, vom Betrieb aufrechterhalten wird. Sie sollten weiterhin zu allen betrieblichen und außerbetrieblichen Gewerkschaftsveranstaltungen gezogen werden. Ihre Funktion als gewerkschaftlicher Vertrauensmann oder Vertreter bzw. Delegierter müßten sie behaften und unter den Bedingungen der Arbeitslosigkeit ausüben. So behält der Entlassene eine enge gewerkschaftliche Bindung, können wichtige Voraussetzungen für die weitere ökonomische, gemeinsame Arbeit geschaffen werden.

Es ist zu begrüßen, daß auf der letzten Beiratsitzung der IG Metall die stärke-

re Einbeziehung aller Arbeitslosen in die gewerkschaftliche Arbeit beschlossen wurde. Mit der Kraft der Einheitsgewerkschaft wird es gelingen, alle Arbeiter und Angestellten für solidarisches Handeln im Interesse der Arbeitslosen zu mobilisieren. Auf Versammlungen des gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörpers, auf Vertreter- oder Delegiertenversammlungen sollte die Problematik der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit mehr als bisher auf der Tagesordnung stehen.

Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit beginnt im Betrieb. Kein Betriebsrat darf sich auf das verwerfliche Spiel der Unternehmer einlassen. Eine einheitliche und geschlossene Front der Betriebsbelegschaften hat schon oft die Pläne der Unternehmer durchkreuzt — auch bei geplanter Kurzarbeit und Entlassungen. Gewerkschaftliche Arbeitslosenversammlungen unter Beteiligung von noch beschäftigten Vertrauensleuten, Jugendvertretern und Betriebsräten sollten verstärkt durchgeführt werden. So könnte die Solidarität gegen Willkürentscheidungen der Unternehmer gefördert werden.

Umgekehrt würden örtliche Initiativen zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeitslosen, die nicht gegen die Gewerkschaften, sondern mit ihnen tätig werden, die aktive Unterstützung von Vertrauensleuten, Betriebsräten, Jugendvertretern und örtlichen Gewerkschaftsgremien finden. Solche, in Verbindung mit den Gewerkschaften durchgeführten Initiativen sind notwendig, um den berechtigten Forderungen von Arbeitslosen größeren Nachdruck zu verleihen, die Position der Gewerkschaften in den Verwaltungsorganen der Arbeitsämter zu stärken und um den aus dem Boden sprießenden sogenannten Arbeitslosenvereinen, die losgelöst von den Gewerkschaften arbeiten, entgegenzuwirken. Diese „Vereine“ bewirken nur, die Arbeitslosen zu isolieren, sie den Gewerkschaften zu entfremden, sie irrezuführen und vom einheitlichen und solidarischen Kampf der Arbeiterklasse abzuhalten.

Mehr denn je gilt es heute, die Folgen der kapitalistischen Krise abzuwehren, die Angriffe der Rechtskräfte auf die Tarifautonomie und die Einheitsgewerkschaft zurückzuschlagen und die Ausweitung von Mitbestimmungsrechten zu verhindern. Die aktive Solidarität ist einer der Hebel zur Überwindung von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, zur Durchsetzung einer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in der Bundesrepublik, die sich an den Interessen der Arbeiter und Angestellten orientiert.

H. Lang

CDU-Berufsbildungskongreß für „Lehrlingskopfprämie“

Am 14./15. März 1975 veranstaltete die CDU unter dem Motto „Berufsbildung — Bildungschance mit Zukunft“ einen Berufsbildungskongreß in Saarbrücken, angesichts des bedrohlichen Lehrstellenmangels und der Jugendarbeitslosigkeit sicherlich ein aktuelles Thema. Wer von der CDU aber Antworten auf die brennenden Fragen der jungen Generation erhofft hatte, sah sich enttäuscht. Kernpunkt der Rede des CDU-Vorsitzenden Kohl war die „Wiederherstellung der Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft aus freien Stücken“ durch einen Verzicht auf die Reform der Berufsausbildung.

Damit unterstützt die CDU genau den Kurs, den die fünf Spitzenverbände der Wirtschaft in ihrem berüchtigten Erpresserbrief an Bundeskanzler Schmidt vorgegeben haben: Lehrstellen gibt es erst dann wieder, wenn in der Berufsausbildung alles so bleibt, wie es die Unternehmer diktieren. Der Jugend konnte Kohl nichts anbieten — außer dem Appell, „von den wolkigen Bildungsutopien einer rosaroten Reform-Ära Abschied zu nehmen“.

Die Jugend war von der Teilnahme an der Konferenz ohnehin ausgeschlossen. Die CDU hatte zwar in einer Einladung großspurig angekündigt, die „Beteiligten und Betroffenen“ kämen zu Wort, aber Lehrlinge und junge Arbeiter blieben in Saarbrücken vor der Tür. Unternehmervertreter und reaktionäre Bildungspolitiker gaben sich ein Stelldichein. Das Durchschnittsalter der Kongreßteilnehmer lag weit jenseits der Vierziger. Von Politik für die Jugend blieb nicht einmal mehr der Schein.

Während die CDU einerseits in demagogischer Weise Sorge über wachsende Jugendarbeitslosigkeit heuchelt, versucht sie andererseits, die arbeitende Jugend gegen die studierende Jugend auszuspielen. Mit Hinweis auf die weitverbreitete Irrmeinung, für die Universitäten sei jetzt genug getan, fordert Kohl mehr staatliche Zuwendungen für die Berufsausbildung. Mit anderen Worten: noch stärker Subventionen für die Unternehmer. Kohls Begründung: „Gerade weil wir längere Zeit mit einem Mangel an Studienplätzen leben müssen, ist der Ausbau attraktiver beruflicher Bildungswege besonders wichtig.“ Solch eine Haltung nutzt weder den Studenten, denen der Weg zur Hochschule verbaut wird, noch den Lehrlingen, die ihre Lehrstellen an Abiturienten abtreten müssen. Diese Politik nutzt nur den Konzernen.

Dreh- und Angelpunkt der CDU/CSU-Vorstellungen ist die Schaffung von „Anreizen“ für die Unternehmer, wieder zusätzliche Lehrstellen zur Verfügung zu stellen. Neben dem Verzicht auf die Berufsbildungsreform versteht die CDU

darunter eine „Lehrlingskopfprämie“: Für jede Lehrstelle, die die Unternehmer wieder zur Verfügung stellen, sollen sie 4000 DM bekommen, ungeachtet der Qualität dieser Stelle. Der Steuerzahler soll zwar — anstelle der Unternehmer — erheblich mehr Mittel für die berufliche Bildung aufbringen, die Unternehmer sollen jedoch die uneingeschränkte Verfügungsgewalt behalten.

Der bayerische CSU-Kultusminister Maier warnte auf dem Kongreß vor „zuviel Bildung“ und sprach sogar von einem „außer Kontrolle geratenden Bildungsboom“. Er behauptete — angesichts fehlender Kindergärten und überfüllter Klassen —, Kindergärten und Grundschulen seien nicht voll ausgelastet. Die Bildungsfeindlichkeit der CDU/CSU wurde deutlich in Maiers Absage am Prinzip „universaler Bildung“ Humboldtscher Prägung. Demagogisch forderte Maier die „Emanzipation des beruflichen Bildungswesens vom Druck allgemeiner Bildungsüberlieferungen“. Während die demokratischen Kräfte die Eingliederung der Berufsausbildung in das allgemeine Bildungssystem fordern, will die CDU/CSU an der Eigenständigkeit der Berufsausbildung in Unternehmerverfügungsgewalt festhalten.

Sehr aufschlußreich ist, daß die CDU immer mehr von Positionen abrücken muß, die sie selbst erst vor wenigen Jahren — beispielsweise auf ihrem Hamburger Parteitag 1973 — eingenommen hatte. Damals war die Reform der Berufsausbildung noch das große Zugpferd für Jungwählerstimmen; heute jedoch könnten diese Versprechungen mit der Wirklichkeit verglichen werden. Das ist um so peinlicher, weil das Großkapital inzwischen vom Propagieren einer Berufsbildungsreform staatsmonopolistischen Charakters Abstand genommen hat und bedingungslos auf der Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes beharrt.

So ist es zu verstehen, daß die CDU-Führung vor allem von Vertretern der Sozialausschüsse kritisiert wurde, wenngleich vergeblich. In diesem Sinne

trat u. a. das CDU-Mitglied Horst Kowalak von der Abteilung Bildung des DGB-Bundesvorstandes auf. Als einzigem Vertreter des DGB war ihm wohl die Funktion eines Feigenblattes zugeacht. Doch die Blößen der CDU sind zu groß, als daß sie noch zu verdecken wären. Kowalaks Warnung, daß es die Lehrlinge nicht verstehen würden, wenn die CDU wegen Machtpolitik eine Berufsbildungsreform verhindere, blieb vergeblich.

Fazit dieses Kongresses bleibt: Die CDU hat bei der Berufsbildungsreform außer einem Nein nichts anzubieten. Die Ausarbeitung eigener Vorstellungen für ein neues Berufsbildungsgesetz wurde erst für 1976 (Bundestagswahl) angekündigt. Für bessere Berufsausbildung muß die Jugend selbst eintreten. Die aktive Unterstützung der Demonstrationen und Aktionen des DGB für ein demokratisches Berufsbildungsgesetz ist dazu der beste Weg.

Wolfgang Bartels

Referenten-Entwurf unzumutbar

Erhebliche Kritik hat der Referenten-Entwurf der Bundesregierung zur Neufassung des Berufsbildungsgesetzes ausgelöst, da er nicht die Interessen der jungen Menschen, sondern der Unternehmer vertritt. In mehreren Städten, so in Mainz, Hamburg und Frankfurt fanden in den letzten Wochen machtvolle Demonstrationen und Kundgebungen der Gewerkschaftsjugend und anderer demokratischer Jugendorganisationen statt. Für den 19. April sind weitere Großkundgebungen angekündigt.

Ebenso wie der DGB-Bundesvorstand hat die IG Metall den Entwurf kritisiert. IGM-Vorstandsmitglied Hans Preiss erklärte, daß der Entwurf in einigen Punkten sogar einen Rückfall hinter das seit 1969 geltende Gesetz bedeute. Weder die vorgesehene Finanzierungsregelung noch die geplante Organisationsstruktur entsprächen den gewerkschaftlichen Forderungen. Auf regionaler Ebene würden darüber hinaus die bestehenden Verhältnisse nicht nur zementiert, sondern den Kammern der Unternehmer würde erstmals offiziell die Berufsbildung als „Selbstverwaltung“ übertragen.

Nachdrücklich bekräftigte Preiss die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsvorstellungen auf allen Ebenen der Berufsbildung. Die bisher in der beruflichen Bildung bestehenden, ohnehin bescheidenen Mitwirkungsrechte würden durch den Gesetzentwurf weiter ausgehöhlt. Die IG Metall unterstützt die vom geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB beschlossenen Aktionen und Demonstrationen für ein demokratisches Berufsbildungsgesetz.

W. B.

Vordringlich ist die Verbesserung der sozialen Sicherung der Frauen

Das Bundesverfassungsgericht hat im März dieses Jahres entschieden, daß die Bestimmungen, die einem die Ehefrau überlebenden Mann eine Witwenrente nur dann zubilligen, wenn die Frau vor ihrem Tode den Familienunterhalt vorwiegend bestritten hat, noch verfassungskonform sind. Doch sei in Anbetracht der sich wandelnden Verhältnisse und Rechtsbeziehungen der Gesetzgeber gehalten, bis 1984 eine Neuregelung dieser Bestimmungen zu verabschieden.

Wenn der Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses der CDU, der rheinland-pfälzische Sozialminister Geißler, zu dem Urteil erklärte, es werfe ein „bezeichnendes Licht auf die schweren Versäumnisse der Bundesregierung“, so ist das pure Demagogie. Nicht die SPD/FDP-Koalition hat die unterschiedlichen Voraussetzungen für Witwen- und Witwenrenten geschaffen. Sie sind vielmehr während der zwanzigjährigen Bonner Regierungszeit der CDU/CSU in die ab 1957 gültigen Rentengesetze übernommen worden.

Voreilige Hoffnungen, daß es mit der vom Bundesverfassungsgericht aufgetragenen Neuregelung ab 1985 für alle Männer unter den gleichen Voraussetzungen, wie sie jetzt für die Witwenrenten bestehen, eine Witwenrente geben wird, werden sich nach den bekanntgewordenen Absichten der Bundestagsparteien nicht erfüllen. Die CDU/CSU hat dazu nach der Verkündung des Bundesverfassungsgerichts-Urteils erneut ihr Konzept „Partnerrente“ präsentiert. Es läuft im wesentlichen auf einen „Lastenausgleich“ zwischen Frau und Mann hinaus.

Der überlebende Ehepartner soll den gleichen Rentenanspruch aus den Rentenanwartschaften beider Ehepartner haben, wobei dann der Partner mit dem höheren oder alleinigen Rentenanspruch weniger erhält als nach geltendem Recht und damit der Beitrag zur Rentenversicherung für die oder den Versicherte(n) einen Rentenanspruch in unterschiedlicher Höhe begründet, je nachdem ob die oder der Versicherte verheiratet oder alleinstehend ist.

Auch das Renten-„Splittings“-Modell der SPD-Bundestagsfraktion läuft auf einen „Lastenausgleich“ zwischen den Ehepartnern hinaus. Es geht in seiner Konsequenz aber noch weiter. Wie der SPD-Bundestagsabgeordnete Glombig nach dem Witwenrenten-Urteil des obersten Verfassungsorgans erklärte, soll anstelle der Hinterbliebenenrente eine eigenständige Altersversicherung der Ehegatten treten. Das könnte bei nicht berufstätigen Ehefrauen dazu führen, daß sie nach dem Tode des Ehemannes nur noch ihre eigene Rente in

Höhe von maximal 50 Prozent des von dem verstorbenen Ehemann erworbenen und auf beide Ehepartner aufgeteilten Rentenanspruchs anstelle von jetzt 60 Prozent erhalten!

Die Schwäche beider Konzeptionen besteht darin, daß sie die Benachteiligung der Frauen in der Rentenversicherung, die im wesentlichen eine Folge ihrer Diskriminierung in Gesellschaft, Bildung und Beruf ist, zu Lasten der männlichen Versicherten in der Rentenversicherung ausgleichen wollen. Damit würde kein Beitrag zur Gleichberechtigung geleistet. Im Gegenteil: Die Benachteiligungen und die Fixierung der Frauen auf „ihre Rolle“ als Hausfrau, Kindergebärende und -erzieherin würden „erträglicher“ gemacht und damit verfestigt.

Es besteht die Gefahr, daß mit dem Witwenrenten-Urteil die Gewichte bei der notwendigen Weiterentwicklung der Rentenversicherung verschoben werden. Oberster Grundsatz der Sozialversicherung kann aber nur sein, daß die Versichertengemeinschaft für jeden Arbeiter und Angestellten bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit, im Alter und nach dem Tode für seine Hinterbliebenen den durch seine Arbeit erworbenen Lebensstandard sicherstellt.

Und da ist es ganz eindeutig so, daß das bis jetzt für Millionen Frauen nicht gewährleistet ist, nicht nur deshalb, weil weit mehr Frauen ihre Männer überleben als umgekehrt, sondern vor allem, weil viele Frauen immer noch keine oder nur eine sehr geringe eigene Rente haben und dann 60 Prozent der Rente des verstorbenen Mannes als Witwenrente nicht oder nur für eine sehr bescheidene Lebenshaltung ausreichen. Der Renten Anpassungsbericht 1975 hat das mit seinen Zahlen erneut eindrucksvoll bestätigt.

Obwohl die nach dem „Rentenreformgesetz 1972“ erfolgte Erhöhung von 1,2 Millionen kleiner Renten durch die Berechnung nach Mindesteinkommen zu 82 Prozent Frauen zugute gekommen ist, sind in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten von den gut

3,3 Millionen Versichertenrenten unter 500 DM im Monat mehr als 2,6 Millionen oder 79,2 Prozent Frauenrenten, während von den Männerrenten 21,3 Prozent den Betrag von 500 DM nicht erreichen. Fast 1,6 Millionen, das sind 47,4 Prozent aller Versichertenrenten, die Frauen beziehen, liegen im Monat sogar unter 250 DM! Bei den Männerrenten sind das nur 5,2 Prozent.

Aus der Statistik der Rentenversicherungsanstalten über die Altersruhegelder, die 1972 neu zugegangen sind, ist ebenfalls ein krasser Unterschied in der Höhe der Altersruhegelder von Frauen und Männern und dem Verhältnis des Altersruhegeldes zum Arbeitsverdienst zu ersehen. In der Angestelltenversicherung haben die 1972 neu zugegangenen Altersruhegelder im Durchschnitt für Männer 888 DM, für Frauen dagegen nur 312,60 DM betragen. Bei den Arbeitern war 1972 der durchschnittliche Bruttolohn im Monat 1149,20 DM. Ihre neu zugegangenen Altersruhegelder hatten im Durchschnitt eine Höhe von 594,90 DM oder 51,8 Prozent des Bruttolohnes. Frauen hatten einen durchschnittlichen Bruttolohn von 714,60 DM, die neu zugegangenen Altersruhegelder für Frauen haben im Durchschnitt 206,70 DM betragen, das waren nur 28,9 Prozent des Bruttolohnes.

Vordringlich ist eine gezielte Verbesserung der Rentenansprüche der Frauen, und zwar jetzt und nicht erst 1984! Das „Internationale Jahr der Frau“ sollte Anlaß sein, nicht nur mehr oder weniger schöne Reden für die Gleichberechtigung und Chancengleichheit der Frauen zu halten, sondern ihr etwas zu tun. Wie von den Gewerkschaften schon seit Jahren gefordert, müßten bei der Berechnung der Renten die Jahre der Kindererziehung mindestens bis zum Beginn der Schulpflicht voll angerechnet werden.

Das „Babyjahr“, das ein Schritt in diese Richtung sein könnte, wurde 1972 von der CDU/CSU zu Fall gebracht, so wie jetzt die Fristenregelung. Solange die Frauen in der Wirtschaft keine gleichen Aufstiegschancen haben und unterbezahlt werden, muß ihnen bei der Berechnung der Rente dafür ein Zuschlag als Ausgleich gewährt werden, wie das die Gewerkschaften ebenfalls schon seit langem fordern. Soweit bei der Berechnung einer Rente Tabellenwerte zu Anwendung kommen, dürfen für Frauen nicht länger geringere Werte als für Männer angewendet werden. Mit Recht wird außerdem von Gewerkschaften und Rentnerverbänden gefordert, daß die Witwen-(Witwer-)Rente höher als 60 Prozent der Versichertenrente sein müßte, weil sich nach dem Tode eines Ehegatten die Lebenshaltungskosten für den überlebenden Partner nicht um 40 Prozent vermindern.

A.B.

In 1600 Städten der DDR heißt es: Frau Bürgermeister

Von unserer DDR-Korrespondentin Roswitha Saalfeld

Als wir uns vor einigen Wochen über die Vorbereitung des Internationalen Frauentages 1975 unterhielten, meinte eine Kollegin unseres Betriebes scherzhaft: „Im Grunde genommen haben wir diesmal ein ganzes Jahr lang Frauentag, 1975 ist ja schließlich das Jahr der Frau.“ Nun erwartet beileibe keine Frau der DDR etwa an jedem Tag dieses Jahres — wie am Internationalen Frauentag üblich — einen Blumengruß als Zeichen der Achtung und Anerkennung. Diese Aufmerksamkeit mag weiterhin auf den 8. März beschränkt bleiben. Tägliches Erleben hat vielmehr längst zu der Erkenntnis geführt, daß wir Frauen — ob als Mechaniker, Forscher oder Leiter tätig — zu völlig gleichberechtigten Partnerinnen der männlichen Kollegen geworden sind.

Wir wissen, daß der Kampf um die Verwirklichung der Rechte der Frau für gesellschaftlichen Fortschritt, für Demokratie und Frieden nicht auf einen bestimmten Zeitraum beschränkt sein kann. Dennoch wird das von der UNO proklamierte „Internationale Jahr der Frau“ dieses Bestreben kräftig fördern, vor allem in jenen Ländern, wo heute auf vielen Gebieten die Frau noch als Mensch zweiter Klasse behandelt wird, was im Widerspruch zu ihrer tatsächlichen Bedeutung für den Fortschritt der Menschheit steht.

Immer wird jedoch die wirkliche Gleichberechtigung von Mann und Frau als eine Frage der sozialen Ordnung zu betrachten sein. Gerade an den Rechten und Möglichkeiten, die eine Gesellschaftsordnung den Frauen einräumt und wie sie deren berechnete Ansprüche verwirklicht, wird der gesellschaftliche Fortschritt und der Charakter eines Staates besonders augenfällig. In jedem sozialistischen Land ist heute dieser Nachweis zu finden, auch in der DDR.

Es gibt in der DDR kein Gebiet des Lebens, auf dem nicht Frauen ihre gleichberechtigten, in Verfassung und Gesetzen gesicherte Stellung wahrnehmen. 84,5 Prozent aller arbeitsfähigen Frauen stehen im Beruf, lernen oder studieren. Bleiben wir beim Studium: An den Hochschulen sind 54 Prozent, an den Fachschulen 63 Prozent aller direkt Studierenden junge Frauen und Mädchen. Die Volkskammer besteht zu 31,8 Prozent aus weiblichen Abgeordneten, in den Kreistagen ist ihr Anteil noch um neun Prozent höher. Mehr als 1600 Städte und Gemeinden der DDR haben eine Frau als Bürgermeister, und jeder dritte Richter ist weiblichen Geschlechts.

Mit Zahlen und Tatsachen, an denen die gleichberechtigte Stellung der Frau nachzuweisen ist, kann ich auch aus

dem eigenen Betrieb aufwarten. Unsere rund 6500 „Mann“ zählende Belegschaft, die Bildröhren für Fernsehgeräte und andere elektronische Bauelemente produziert, besteht fast zur Hälfte aus Frauen. Es gibt bei uns die qualifizierte Kollegin am Band ebenso wie die Kollegin Direktor. Sie ist als Leiterin kein Einzelfall, immerhin sind fast 20 Prozent dieser Leitungsfunktionen von Frauen besetzt.

Noch ist uns das zuwenig. Der Anteil der Frauen in leitenden Funktionen gehört zu jenen spezifischen Fragen, mit denen wir uns beschäftigen, um schrittweise die Probleme zu lösen, von denen es abhängt, ob eine Frau ihre gesetzlich garantierten Rechte auch in vollem Umfang in Anspruch nehmen kann. Unbedingt gehört dazu, die Voraussetzungen weiter zu verbessern, damit die Frauen ihre Aufgaben in Beruf, Familie und Gesellschaft in Einklang bringen können. Hier liegen gerade für die Gewerkschaftsleitung meines Betriebes konkrete Aufgabengebiete.

Wenn mit der UNO-Resolution 3010 für das Jahr der Frau die Ziele gestellt werden, die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu fördern, dann können die sozialistischen Länder für sich in Anspruch nehmen, diese Aufgaben seit langem gelöst zu haben. Der Weltkongreß zum Internationalen Jahr der Frau wird im Oktober in unserer Hauptstadt tagen. Er findet in einem sozialistischen Lande statt, in dem sich die Stellung der Frau in den letzten 30 Jahren grundlegend geändert hat. Er tritt in einer Stadt zusammen, deren Bürger August Bebel war, als er das Ziel seines Wirkens für die Frauen so beschrieb: „Die Frau der neuen Gesellschaft ist sozial und ökonomisch vollkommen unabhängig, sie ist keinem Schein von Herrschaft und Ausbeutung mehr unterworfen, sie steht dem Mann als Freie, Gleiche gegenüber und ist Herrin ihrer Geschichte.“

Herbert Warnke verstorben

Am 26. März 1975 verstarb in Berlin, 73jährig, der Vorsitzende des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), Herbert Warnke. 1902 in Hamburg geboren, erlernte er bei der Werft Blohm und Voss den Beruf eines Nieters. Schon als Lehrling beteiligte sich der junge Gewerkschafter, der 1923 Mitglied der KPD wurde, aktiv an den Streiks der Hamburger Werftarbeiter. 1928 wählten ihn seine Kollegen zum Vertrauensmann und ein Jahr später zum Betriebsratsvorsitzenden auf dieser Hamburger Werft.

Wegen seines Kampfes gegen die Brünningschen Notverordnungen teilte Warnke das Los vieler aktiver Gewerkschafter: Er wurde 1930 entlassen. Ab 1931 war er Sekretär der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) in Bremen und Mitglied der Bezirksleitung Weser-Ems der KPD. Von den Faschisten verfolgt, arbeitete Herbert Warnke illegal und ging 1936 auf Beschluß seiner Partei ins Ausland. In Dänemark und Schweden trat er besonders für die Sammlung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte gegen den Hitlerfaschismus ein und wirkte in den Häfen unter den deutschen Seeleuten.

Im Dezember 1945 kehrte Herbert Warnke in die damalige sowjetische Besatzungszone zurück, wo er am Aufbau des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes mitarbeitete. Am 25. Oktober 1948 wurde er Vorsitzender des FDGB. Der FDGB, der am 15. Juni 1975 seinen 30. Jahrestag begeht, ist untrennbar verbunden mit der Tätigkeit seines verstorbenen Vorsitzenden, der sich ständig für die Zusammenarbeit der Gewerkschaften — unabhängig ihrer Zugehörigkeit zu den verschiedenen Gesellschaftssystemen — einsetzte. Im Oktober 1972 reiste die erste DGB-Delegation in die DDR. Am 14. und 15. März 1973 trafen die beiden Gewerkschaftsvorsitzenden Warnke und Vetter — diesmal in Düsseldorf — zusammen. Dort erklärte Herbert Warnke auf einer Pressekonferenz, daß die Zugehörigkeit zu den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen „kein Hindernis“ sei, über „Fragen von gemeinsamem Interesse zu sprechen, wenn dabei sachlich gesprochen wird“.

Wenn nun seit März 1973 eine rege Delegationstätigkeit zwischen den Einzelgewerkschaften beider deutscher Staaten in Gang gekommen ist, so hat Herbert Warnke daran wesentlichen Anteil. G. M.

Europäische Gewerkschaftskonferenz fördert Zusammenarbeit

Interview mit Pierre Gensous, Generalsekretär des WBG

Die Führungen der Gewerkschaften Europas saßen in Genf gemeinsam am Verhandlungstisch. Die erste europäische Gewerkschaftskonferenz führte die Gewerkschaftsbünde mit unterschiedlicher internationaler Zugehörigkeit und weltanschaulicher Orientierung zusammen: Organisationen, die dem Weltgewerkschaftsbund (WBG), dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) bzw. dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) angehören. Unter den Beobachtern weilte auch der WBG-Generalsekretär Pierre Gensous, dem unser Redaktionsmitglied Gerd Siebert anschließend einige Fragen stellte.

NACHRICHTEN: Am 28. Februar und 1. März 1975 haben in Genf die Führungen der Gewerkschaftsbünde Europas, die dem WBG, dem IBFG oder keiner Weltzentrale angehören, gemeinsam über Fragen der „Humanisierung der Arbeitsumwelt“ beraten und erwogen, 1976 eine weitere europäische Gewerkschaftskonferenz durchzuführen. Kollege Gensous, Sie haben an den Beratungen in Genf teilgenommen. Wie bewerten Sie das Ergebnis?

Pierre Gensous: Man kann diese Konferenz als eines der wichtigsten Ereignisse im Weltgewerkschaftsgeschehen einschätzen. Das Interesse und die Bedeutung der Konferenz liegen bereits in der Tatsache, daß alle wesentlichen europäischen Gewerkschaftsführer an einem Tisch Platz nehmen konnten. Dies bekräftigt den Bruch mit einer Zeit der langen Spaltung, ja, des kalten Krieges der Gewerkschaften.

Die Bedeutung der Konferenz liegt auch in der Tatsache, daß man ernsthaft über ein konkretes Thema diskutierte. Zu diesem Thema hat die europäische Gewerkschaftsbewegung von jetzt an eine gemeinsame Plattform. Darüber hinaus sind die Teilnehmer übereingekommen, zusammen in bestimmten Körperschaften, wie der ILO, zu wirken, und sie rufen zur Aktion auf jeweiliger Landesebene auf, um die von der Konferenz gesteckten Ziele zu erreichen.

Dies zeigt, daß bedeutende Schritte getan wurden, denn man ging schrittweise vom Austausch der Informationen und von bilateralen Kontakten, die in den letzten Jahren stattfanden, zum Stadium der multilateralen Zusammenarbeit und gemeinsamen bzw. übereinstimmenden Aktion über.

NACHRICHTEN: Seit 25 Jahren ist die Weltgewerkschaftsbewegung gespalten. Kann man sagen, daß durch die Treffen der europäischen Gewerkschaftsführer 1974 und 1975 die Bedingungen

für eine Phase der Zusammenarbeit besser geworden sind? Worin bestehen noch Hindernisse?

Pierre Gensous: Was in Genf in den Jahren 1974 und 1975 stattfand, legte die Grundlagen für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen allen Gewerkschaftszentralen Europas. Aber darüber hinaus, wenn man die Rolle betrachtet, die die europäische Gewerkschaftsbewegung in der Weltgewerkschaftsbewegung spielt — ihren Einfluß in den verschiedenen Weltorganisationen, die Bedeutung der Konzentration der gewerkschaftlich organisierten Werktätigen auf diesem Kontinent — so kann man behaupten, daß der in Europa beobachtete Prozeß in der gesamten Weltgewerkschaftsbewegung Auswirkungen hat und weiter haben wird. Positive Auswirkungen.

Im übrigen, wenn die in Europa erzielten Fortschritte, sagen wir, aufsehenerregend sind, so stehen sie doch nicht vereinzelt da. Diese Tendenz zur Annäherung, zur Zusammenarbeit, zur Einheit kann man auch auf anderen Kontinenten beobachten. So ist in Afrika mehr und mehr die Rede von der Schaffung einer kontinentalen Gewerkschaftszentrale, welche alle afrikanischen Gewerkschaften vereint. In Lateinamerika beraten zahlreiche Landesorganisationen, sowohl des WBG als auch des IBFG, des WVA oder autonome Organisationen, um zu einem Einheitsstreifen aller Gewerkschaften Lateinamerikas zu gelangen.

Diese Bewegung, so glauben wir, wird sich noch verstärken. Sicher wird sie sich nicht ohne Hindernisse und Verzögerungen vollziehen. In der letzten Zeit verbirgt der US-amerikanische AFL-CIO beispielsweise nicht seine Unzufriedenheit und vervielfacht seine Erklärungen und zweifellos seinen Druck, um zu versuchen, die Annäherung zwischen allen Gewerkschaften der Welt zu blockieren. Die Verfechter des Kapitalismus verbergen ihrerseits nicht ihre Beunru-

higung. Wir unterschätzen diese Manöver nicht, aber sie haben nicht mehr die Kraft, endgültig den Lauf zur gewerkschaftlichen Zusammenarbeit, zur Gewerkschaftseinheit aufzuhalten.

NACHRICHTEN: Der WBG hat Ende Januar auf einer außerordentlichen Bürotagung in Berlin (DDR) erneut seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem IBFG, dem WVA und den regionalen Zentralen sowie allen Gewerkschaften erklärt. Von welcher Zielsetzung läßt sich der WBG dabei leiten?

Pierre Gensous: In der Tat hielt der WBG kürzlich eine außerordentliche Tagung seines Büros ab, und zwar zu einem bestimmten Thema: Die Krise der kapitalistischen Welt, ihre Auswirkungen auf die Existenzbedingungen der Werktätigen und der Völker.

Warum diese außerordentliche Tagung? Weil wir die Lage als ernst und besorgniserregend einschätzen. Um einen positiven Ausgang durchzusetzen, muß man die Verbindung aller fortschrittlichen Kräfte verwirklichen, und besonders die internationale Gewerkschaftsbewegung muß eng zusammenarbeiten. Das ist der Sinn unserer Empfehlung an die anderen Gewerkschaftsorganisationen. Wir formulieren in unserem Brief konkrete Vorschläge zu Aktionen und Tätigkeiten im Weltmaßstab. Es scheint uns besonders, daß der IBFG, der WBG und der WVA gemeinsam oder in Übereinstimmung handeln müßten, um die Empfehlungen der UNO über „die neue internationale ökonomische Ordnung“ zu konkretisieren. Zu diesem Thema kann man verschiedene Aktionsformen erwägen. Wir schlagen vor:

— daß die internationalen Gewerkschaftsorganisationen gemeinsam der nächsten Sitzung des Europäischen Wirtschaftsrats der UNO im Juli 1975 ein Memorandum über die Forderungen der Werktätigen angesichts der Krise vorlegen;

— gemeinsam für eine wirksame Teilnahme der Weltgewerkschaftsbewegung in der UNO-Kommission über die multinationalen Gesellschaften einzutreten;

— gemeinsam für die Verteidigung der Rechte der ausländischen Arbeitskräfte zu wirken, die von der Krise stark bedroht werden;

— eine konsequente Aktion in Zusammenhang mit dem dramatischen Charakter zu entwickeln, den das Problem des Hungers in der Welt trägt.

Es handelt sich nur um einige Vorschläge. Aber wir glauben, daß es höchste Zeit ist, daß die Weltgewerkschaftsbewegung geeint in diesen wie auch zu anderen Fragen handelt.

Italien: Kampf gegen Krise – für Einheit der Gewerkschaften

Interview mit Aldo Bonaccini, CGIL-Sekretär

Mit eindrucksvollen Massenaktionen wehren sich die italienischen Werktätigen erfolgreich gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf ihre Schultern. In diesen Kämpfen hat der Prozeß der Zusammenarbeit und Vereinigung der drei Gewerkschaftsbünde CGIL, CISL und UIL bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Auf der kürzlich stattgefundenen außerordentlichen Bürotagung des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) in Berlin/DDR sprach unser Redaktionsmitglied Gerd Siebert mit dem Sekretär des Zentralvorstandes der CGIL, Aldo Bonaccini. CGIL ist der mit Abstand größte italienische Gewerkschaftsbund.

NACHRICHTEN: In Italien hat die Krise des kapitalistischen Systems besonders tiefgehende Formen angenommen. Die Massenaktionen der italienischen Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften gegen das Abwälzen der Krisenfolgen auf die Schultern der Werktätigen werden von den Gewerkschaftsmitgliedern in der BRD aufmerksam verfolgt. Welche generelle Zielsetzung haben in diesen Kämpfen die Gewerkschaften, und wie lauten die wichtigsten Forderungen?

Aldo Bonaccini: Die italienische Gewerkschaftsbewegung stellt sich drei Hauptziele, die folgende sind:

Das erste Ziel ist der Kampf zur Abwehr der Krisenfolgen für die am meisten von der Krise betroffenen Kategorien, und das sind bei uns die Rentner, die Arbeitslosen und die Arbeiter, die gezwungen sind, im Ausland zu arbeiten. Ebenso führen wir natürlich den Kampf gegen die Krisenfolgen für alle Gruppen der Werktätigen, also gegen eine weitere Erhöhung der Lebenshaltungskosten.

Das zweite Ziel besteht im Kampf gegen den Abbau der Arbeitsplätze. Hierzu haben wir einmal konkrete gewerkschaftliche Maßnahmen eingeleitet, schließen zum anderen Betriebsverträge ab und erarbeiten zum dritten ein allgemeines System der Unterstützung bei Arbeitszeiteinschränkung bzw. Arbeitszeitverlust, das das Ziel verfolgt, den Arbeitsplatzverlust zu verhindern.

Das dritte Hauptziel ist unser Kampf für mehr produktive Investitionen bzw. Investitionen auf sozialem Gebiet. Das sind insbesondere die Gebiete des sozialen Wohnungsbaus, notwendige Investitionen im Gesundheitswesen und im öffentlichen Verkehrswesen. Ich kann darüber hinaus sagen, daß es bereits erste vielversprechende Ergebnisse in unserem gewerkschaftlichen Kampf um diese drei Hauptziele gibt, der seit einigen Monaten dauert. Es

gab in dieser Zeit zwei große Generalstreiks und darüber hinaus auf der Ebene der Provinzen und Regionen zahlreiche Streiks und andere Kampfformen.

Zu den ersten interessanten Ergebnissen gehört einmal ein Abkommen über die allgemeine Erhöhung der Renten, insbesondere der niedrigsten Renten, das wir schon abgeschlossen haben, dann über garantierten Mindestlohn bei Kurzarbeit. Hier geht es darum, zu verhindern, daß Entlassungen vorgenommen werden. Ein drittes Ziel, das wir bereits erreicht haben, ist die Einführung der gleitenden Lohnskala. Außerdem wird eine nationale Konferenz zu dem Problem der Gastarbeiter einberufen werden, und wir sind am Anfang des Abschlusses bestimmter Pläne über soziale Investitionen, wie wir sie fordern.

NACHRICHTEN: Die drei italienischen Gewerkschaftsbünde CGIL, CISL und UIL haben die organisatorische Vereinigung zu einer Einheitsgewerkschaft beschlossen. Wie weit ist dieser Prozeß gediehen, gibt es Widerstände?

USA: Absinken des Reallohns

Von Dr. Robert Adams, Senatspräsident a. D.

Selbst in Industriestaaten mit vergleichsweise niedriger Inflationsrate, unter denen die Bundesrepublik mit einer Quote von 7,2 Prozent im Jahre 1974 an der Spitze steht, zeigt sich in manchen Berufssparten, daß trotz Lohnerhöhung eine gelinde Minderung des Realeinkommens eingetreten ist. Ein allgemeiner Rückgang des Realeinkommens im Laufe des Jahres 1974 ist hingegen in den USA festzustellen, die

Aldo Bonaccini: Bei dieser Frage handelt es sich um einen politischen Prozeß von allergrößter Bedeutung. Die Lage heute sieht folgendermaßen aus: Es finden gerade zur gegenwärtigen Zeit seit Wochen – und auch in den nächsten Wochen – in den Städten, Betrieben und auch auf territorialer Ebene Vollversammlungen und Debatten der Werktätigen statt, die die für Ende März/April geplante gemeinsame Sitzung der Generalräte der drei Gewerkschaftszentralen vorbereiten sollen. Diese gemeinsame Sitzung hat die Hauptaufgabe, die Endetappe des Vereinigungsprozesses zu beschließen. Die programmatische Plattform für diesen Vereinigungsprozeß ist ja bereits 1972 erarbeitet worden. Heute geht es darum, die organisatorischen Ziele noch zu präzisieren.

NACHRICHTEN: Die CGIL ist 1974 in den Europäischen Gewerkschaftsbund aufgenommen worden. Wie sieht jetzt das Verhältnis zum Weltgewerkschaftsbund aus?

Aldo Bonaccini: Wir sind in den Europäischen Gewerkschaftsbund eingetreten, weil dieser eine regionale Organisation ist und sein muß, unabhängig von den drei internationalen Zentralen, die es gibt. Der EGB ist die Organisation der europäischen Gewerkschaften, unabhängig von deren internationaler Zugehörigkeit. So haben wir es betrachtet, so haben wir uns verhalten und werden uns auch in der Zukunft so verhalten.

Wir bleiben Mitglied des Weltgewerkschaftsbundes. Wie bekannt, haben wir aus Gründen der allgemeinen Strategie der Gewerkschaftsbewegung auf dem 8. Weltgewerkschaftskongreß 1973 in Warna und schon lange vor unserem Eintritt in den Europäischen Gewerkschaftsbund den Antrag gestellt, daß unsere Zugehörigkeit zum WGB die jetzige Form (Assoziertenstatus – G. S.) erhält, also dahingehend geändert wird. Ich möchte sie als eine beweglichere Form bezeichnen.

in diesem Jahr die hohe Inflationsquote von 12,2 Prozent aufweisen.

Das Department of Labour gab vor kurzem eine Übersicht bekannt, wobei für den Reallohn die Dollarbeträge in den Wert des Dollars des Jahres 1967 umgerechnet wurden; die Steuern, unter die in den USA auch die Beiträge zur Sozialversicherung fallen, sind abgezogen. Zugrunde gelegt ist

Portugal: Sieg der Demokratie

Der fehlgeschlagene Putsch rechtsgerichteter Offiziere und reaktionärer Politiker vom 11. März 1975, der von den Banken finanziert und von dem amerikanischen Geheimdienst CIA unterstützt wurde, hat in Portugal die antifaschistische und antimonopolistische Entwicklung beschleunigt. Regierung und die „Bewegung der Streitkräfte“ (MFA) haben aus diesem Versuch, die demokratische Entwicklung zu blockieren, ihre Konsequenzen gezogen: Es wurde ein Oberster Revolutionsrat mit weitreichenden Vollmachten gebildet. Seine erste gesetzliche Maßnahme war die Verstaatlichung der Banken und Versicherungen. Weitere marktbeherrschende Industriekonzerne werden folgen.

Mit der Verstaatlichung der Banken, die in Portugal fast die gesamte Industrie sowie die Handels- und Agrarunternehmen kontrollierten und beherrschten, wurde verhindert, daß der revolutionäre Prozeß durch Wirtschaftssabotage und Finanzmanipulationen zum Schaden des Volkes gestört würde. Diese Maßnahmen haben in der Bevölkerung volle Zustimmung gefunden, besonders auch bei den in der Einheitsgewerkschaft Intersindical vereinten Gewerkschaften. Mit der Ver-

staatlichung der Banken wurde der Reaktion das Instrument ihrer Macht genommen. Ministerpräsident Goncalves erklärte dazu: „Das Geld des Volkes wird nun nicht mehr in Schwindelgeschäften vergeudet werden, sondern den Bedürfnissen des Volkes dienen.“

Inzwischen bereiten die Gewerkschaften und die demokratischen Parteien die ersten freien und demokratischen Wahlen in Portugal vor. Daß die Regierung den Parteien die Beteiligung an der Wahl verboten hat, die den Putsch General Spínolas unterstützt haben, ist nur vernünftig. Es ist darum überflüssig, daß z. B. in der Bundesrepublik die CDU/CSU Krokodilstränen darüber vergießt. Und auch Willy Brandt brauchte sich keine „tiefe Sorge“ zu machen.

Sorge sollte vielmehr darüber bestehen, daß in Spanien mit Unterstützung des amerikanischen Geheimdienstes CIA aus Portugal geflüchtete Offiziere eine sogenannte Befreiungsarmee aufstellen, um von Spanien aus in Portugal Terror und Unsicherheit zu verbreiten. Dagegen Stellung zu beziehen, ist die Aufgabe eines jeden aufrichtigen Demokraten. sr

das durchschnittliche Einkommen eines nichtländlichen Arbeitnehmers mit drei Angehörigen. Der Reallohn pro Woche sank von Juni 1972 bis Dezember 1974 von 97,10 auf 89,16 Dollar.

Der Verlust ist nicht nur auf den Anstieg der Preise, der durch die Lohnerhöhungen nicht ausgeglichen wurde, zurückzuführen, sondern auch auf den vielfachen Wegfall der Überzeitarbeit, die in den USA mit 150 Prozent des Normallohns zu vergüten ist, auf Kurzarbeit und auf Aufrücken in höhere Steuer- und Sozialversicherungsgrade.

Die Gewerkschaften streben angesichts der fortschreitenden Inflation, die bei den Lebensmitteln in den letzten Monaten ein etwas langsames Tempo eingeschlagen hat, in den Tarifverträgen die „escalator-Klausel“ an, nach der die Löhne automatisch der inflationären Entwicklung angepaßt werden. Derartige Verträge, die nur einen Teil der industriellen Arbeitnehmerschaft erfassen, haben im Jahre 1974 immerhin eine Lohnerhöhung um 11,7 Prozent garantiert, womit die Inflationsquote von 12,2 Prozent nahezu erreicht wurde. Der Verlust an Kaufkraft durch Kurz-

arbeit, Wegfall der Überzeitarbeit und Aufrücken in höhere Steuer- und Sozialversicherungsgrade kann dadurch allerdings nicht vermieden werden.

Alle gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer erreichten im Jahre 1974 eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 9,2 Prozent, die mit den erwähnten beeinträchtigenden Faktoren ein fühlbares Nachhinken hinter der Inflationsquote beinhaltet.

Die Tagung der gewerkschaftlichen Dachorganisation AFL – CIO (American Federation of Labour – Congress of Industrial Organization) im Januar 1975 erhofft von folgenden beiden Maßnahmen eine Besserung der Lage, insbesondere einen Rückgang der Arbeitslosigkeit oder zumindest Verhütung eines weiteren Anstiegs:

1. Steuersenkung für die unteren und mittleren Schichten in Höhe von 15 Milliarden Dollar.
2. Freigabe von 25,3 Milliarden Dollar, die der Kongreß im Rahmen der Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft schon bewilligt, Präsident Ford jedoch bisher zurückgehalten hat.

VERLAGSINTERNES

Wie bereits in den letzten drei Jahren, so wird sich auch 1975 der NACHRICHTEN-Verlag mit einem eigenen Stand an der im Oktober stattfindenden internationalen Frankfurter Buchmesse beteiligen. Die Anmeldung dafür ist bereits herausgegangen. Bis zu dem Zeitpunkt müssen die bereits angekündigten Titel wie „Betriebe unter der Lupe“, 3. Auflage des „Kommentars zum Betriebsverfassungsgesetz“, „Sozialistische Betriebsdemokratie“ sowie „Ausländische Arbeiter in der BRD“ gedruckt vorliegen.

Die Mitarbeiter des Verlages und der Redaktion hoffen, daß bis Oktober das Referat und die wichtigsten Diskussionsbeiträge unseres am 7./8. Juni in Frankfurt/Main stattfindenden Arbeiterseminars in Buchform vorliegen. Da das Thema „Investitionen – Konzerne – Kontrolle“ angesichts der zunehmenden Machtfülle der Großunternehmen schon seit geraumer Zeit in den Gewerkschaften diskutiert wird, ist damit zu rechnen, daß dieser Titel ebenso ein Schlager wird, wie das Buch vom vorigen Arbeiterseminar „Löhne, Profite, Preise in der BRD“. Leider sind davon nur noch wenige hundert Exemplare vorrätig. Falls Sie Interesse daran haben, das Buch kann in jeder collectiv-Buchhandlung erworben oder direkt beim Verlag bestellt werden.

Bis auf wenige Exemplare ist auch die 2. Auflage von „entschleierte profite – Bilanzlosen leichtgemacht“ vergriffen, die 3. Auflage in Vorbereitung, natürlich mit Bilanzen, die dem neuesten Stand entsprechen.

Vielfach hatten Leser angeregt, ebenso wie zum Betriebsverfassungsgesetz einen Kommentar zum Bundespersonalvertretungsgesetz herauszugeben. Es ist uns gelungen, Rolf Goffken, der den NACHRICHTEN-Lesern durch seine Beiträge zu arbeitsrechtlichen Fragen bekannt ist, als Autor zu gewinnen. Da Goffken anerkannter Fachmann auf dem Gebiet des Arbeitsrechts ist, wird dieser Titel für die Arbeiter, Angestellten und Beamten bei Bahn-, Post- und Bundesbehörden für ihre Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit wichtig sein. Nach Schätzungen von Rolf Goffken wird das Buch bis Ende des Jahres vorliegen. Über Umfang und Preis werden wir unsere Leser in den nächsten Ausgaben informieren.

In den vergangenen Wochen sind Ihnen die Jahresabonnementsrechnungen für das laufende Jahr zugegangen. Sie wissen ja, wir werden nicht wie andere Massenmedien von den Unternehmern finanziert. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie bei Ihrem nächsten Gang zur Post an die Begleichung der Rechnung denken würden. jaco

Terminkalender

- **25. bis 31. Mai 1975**
10. ordentlicher Bundeskongreß des DGB in Hamburg
- **31. Mai bis 1. Juni**
Bundeshandwerkstagung der IG Bau-Steine-Erden in Mainz
- **6. bis 8. Juni**
Bundestagung junger Gewerkschafter der IG Bau-Steine-Erden in Koblenz
- **7. und 8. Juni**
Arbeiterseminar '75 der Zeitschrift NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik in Frankfurt/Main
- **10. bis 13. Juni**
Woche der Wissenschaft im Rahmen der Ruhrfestspiele in Recklinghausen
- **8. bis 10. Juli**
18. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands in Rostock
- **12. September**
9. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie in Duisburg
- **6. bis 11. Oktober**
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden in Hamburg
- **12. bis 17. Oktober**
Aktionswoche des DGB zum „Internationalen Jahr der Frau 1975“
- **13. bis 17. Oktober**
11. Bundeskongreß der Deutschen Angestelltengewerkschaft in Wiesbaden
- **Oktober**
Bundeshandwerkstagung des DGB in Saarbrücken
- **13. bis 14. November**
Bundespersönalrätekonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Saarbrücken
- **28. bis 29. November**
3. Frauentag der IG Bergbau und Energie in Hamm
- **November**
Bundes-Arbeiterkonferenz des DGB in Düsseldorf

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der NACHRICHTEN liegt ein Prospekt des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt, mit dem Titel: „Der SPD-Orientierungsrahmen '85 – Analyse und Kommentare“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Zu guter Letzt

„Muß ein in den Ruhestand versetzter Oberregierungsrat befürchten, daß eine eventuell angestrebte Reaktivierung nicht vorgenommen wird, wenn er in der Zeit seines Ruhestandes intensiven Kontakt mit Mao-Anhängern geknüpft und gepflegt hat?“ Das fragte am 20. März im Bayerischen Landtag die SPD-Abgeordnete Lieselotte Seibel. – „Natürlich nicht!“ erwiderte Finanzminister Huber (CSU), „wenn man davon ausgehen kann, daß derjenige für die Erhaltung der demokratischen, freiheitlichen Staatsordnung in der Bundesrepublik eintritt.“

Der also Gemeinte ist der Herr Oberregierungsrat i. R. Franz Josef Strauß. Und der tritt natürlich.

Eugen Maucher, Bundestagsabgeordneter der CDU, ist über den DGB-Vorsitzenden Vetter erbost, weil dieser den sowjetischen Gewerkschaftsvorsitzenden Schelepin empfangen hat. Und über den IG-Metall-Vorsitzenden Loderer ist Maucher erbost, weil der das Verfassungsklageurteil zum § 218 kritisierte. Das teilte Maucher in einem am 20. März veröffentlichten Brief an Vetter mit – und trat aus der Gewerkschaft ÖTV aus.

Der Beweis, daß den Gewerkschaften seitens der CDU auch mal was Gutes widerfährt ...

Vor dem Export-Klub in München zollte ein prominenter Bankier am 19. März den Gewerkschaften angesichts der jüngsten Tarifabschlüsse „in höchstem Maße gesamtwirtschaftliches Verantwortungsbewußtsein“. Der Redner war Hermann J. Abs, Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank.

Das ist denn wohl des Guten zuviel.

Am 5. April und am 3. Mai 1975 findet im Künstlerhaus von Hannover, Sophienstraße, je eine illustre Veranstaltung statt. Schülervertreter und Schülerredakteure sollen dort „im Rahmen eines Gesellschaftspolitischen Modell-Seminars mit den Grundlagen des Marxismus vertraut“ gemacht werden. Veranstalter: die Schüler-Union (CDU) und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, deren Präsident Hanns Martin Schleyer ist.

Der Marxismus-Referent ist, entgegen anderslautenden Informationen, nicht Papst Paul, sondern ein BDA-Vertreter namens Linke (Hermann). Aber der heißt bloß so.

Gersy

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschafts-Spiegel – Informationen und Kommentare

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lükrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

6 Frankfurt/M. 1, Postfach 18 03 72, Glauburgstr. 66; Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 10-58 029-0 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postscheckk.: Frankfurt/M. 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 2,50 DM; Jahresabonnement 25,- DM, einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 12,50 DM.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66.

Dr. Heinz Schäfer, 61 Darmstadt, Pädagogstraße 2.

Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Neuss.

Ständige Mitarbeiter:

Günter Arndt, Frankfurt/M.; Wolfgang Bartels, Dortmund; Peter Baumöller, Düsseldorf; Günther Blum, Ratingen; Heinrich Bramkamp, Bochum; Mick Costello, London; Barbara Degen, Frankfurt/M.; Sabine Eiermann, Gießen; Claus Friedrich, DDR; Rolf Geffken, Hamburg; Jörg Goldberg, Köln; Lorenz Knorr, Frankfurt/M.; Dr. Udo Meyer, Hamburg; Heinz Pahlke, Westberlin; Herbert Prudlo, Ilse; Karl-Heinz Schulz, Hamburg; Manfred Sokolof, Essen; Hans Vossen, Düsseldorf.



NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH.

Frankfurt am Main